

Von
1904
bis **2004**

Eine Dokumentation



Wasserwirtschaft
Abfallwirtschaft
Altlasten
Bodenschutz
Kulturbau

BWK
die Umweltingenieure

Vorwort

Bereits 100 Jahre alt und dennoch jung stellt sich der BWK-Bund der Ingenieure für Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Kulturbau den sich ständig wandelnden Aufgaben in den Umweltbereichen Wasserwirtschaft, Siedlungswasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz und Kulturbau. Im Dezember 1904 schlossen sich in Siegen Wasserwirtschaftsfachleute, die mit so genannten Meliorationstechnikern landwirtschaftlich nutzbare Flächen zur Verbesserung der Ernährungsgrundlagen der Bevölkerung bereitstellten, zusammen, um ihre Interessen gemeinsam öffentlich zu vertreten. Von der Melioration und Kulturtechnik bis zur Ökologie und Umweltschutz reichen die Schlaglichter, die eine über hundertjährige Entwicklung kennzeichnen, die mehr als 4.000 Ingenieure und Naturwissenschaftler im BWK mitgestaltet haben. In allen Bundesländern arbeiten Landesverbände des BWK, deren Mitglieder örtlich in Bezirksgruppen zusammenwirken. Sowohl technisch-wissenschaftliche Aufgaben, Fortbildung als auch berufsständische Angelegenheiten werden zum Teil auch in Kooperationen mit Nachbarverbänden sachkundig vertreten. Aktuelles Fachwissen präsentiert der BWK in der von ihm herausgegebenen Fachzeitschrift „Wasser und Abfall“.

Der BWK steht also in einer langen erfolgreichen Tradition und präsentiert sich zugleich als junger dynamischer Verband, der sich den ständig wandelnden Aufgaben von der Wasserwirtschaft bis zum Stoffstrommanagement mit dem Ziel einer umweltgerechten Gestaltung unserer Lebensräume verpflichtet fühlt. Dabei beruht die Arbeit des BWK vorrangig auf den Ingenieur-, Natur- und Umweltwissenschaften, aber auch auf den Gebieten des Umweltschutzrechts und des Umweltmanagements. Eingebettet in gemeinsame europäische Anforderungen stehen die im BWK verbundenen Fachleute zur Lösung weltweiter Wasser- und Umweltprobleme bereit.

Den sich immer schneller ändernden Anforderungen im beruflichen Umfeld, aber auch im gesellschaftlichen Bereich begegnet der BWK aus seinem langjährig gewachsenen Selbstverständnis. Kolleginnen und Kollegen aus den verschiedensten

Fach- und Ausbildungsrichtungen, Jung und Alt, Studierende und Hochschullehrer arbeiten zusammen, erhalten Anregungen und schauen regelmäßig über die Grenzen ihrer Fachgebiete. Dem Wohl der menschlichen Gesellschaft im Einklang mit einer intakten Umwelt zu nutzen, ist ihre Motivation.

Unter den unterschiedlichsten Staatsformen in der deutschen Geschichte hat der BWK Höhen und Tiefen seines Berufsstandes sowie in der gesellschaftlichen Anerkennung der Bedeutung von Wasserwirtschaft und Umweltschutz erlebt und gemeistert. Der derzeitigen Rücknahme von wasserwirtschaftlicher Kompetenz im öffentlichen Bereich können die Mitglieder des BWK begegnen, indem sie als fachübergreifende, unabhängige und neutrale Berater der Gesellschaft zur Verfügung stehen.

Im Zentrum aller BWK-Aktivitäten stand und steht das Wasser. Wasser ist die wichtigste unverzichtbare und nicht ersetzbare Ressource, ohne die Leben auf der Erde nicht möglich wäre. Diese Lebensgrundlage für eine wachsende Weltbevölkerung zu erhalten, wird dem BWK auch in den kommenden hundert Jahren eine Fülle von Herausforderungen bieten.

Diese Chronik ist vom ehemaligen Präsidenten des BWK, Herrn Dr. *Dietrich Ruchay*, und einem Team von Mitwirkenden in aufwändiger Arbeit, in der gerade die letzten 10 Jahre mit bedeutenden Weiterentwicklungen des BWK zu beschreiben waren, aufgestellt worden. Dafür sei im Namen aller BWK-Mitglieder von Herzen gedankt.

Ich hoffe und wünsche, dass dieses Beispiel ehrenamtlichen Engagements sowie Verantwortungsbewusstsein und Leistungsbereitschaft, die seit hundert Jahren den BWK getragen haben, für die nächsten Jahrzehnte erhalten bleiben.



Ulrich Rott

Prof. Dr.-Ing. Ulrich Rott
Präsident des BWK

© 1994, 2004 Bund der Ingenieure für Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Kulturbau (BWK) e. V., Pfullingen
Alle Rechte vorbehalten

Herausgeber:

Bund der Ingenieure für Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Kulturbau (BWK) e.V.
Geschäftsstelle:
Dr. Ing. Antje Schöler
Hegelweg 17
72793 Pfullingen
Tel. 0 71 21/38 55 10
Fax 0 71 21/38 55 11
E-Mail: info@bwk-bund.de

Redaktion:

Dr. Ing. E. h. Dietrich Ruchay, Monheim

Umschlag-Layout:

ravi-Design, Hameln

Satz:

Satzwerk
Gestaltung & DTP, Dreieich

Druck:

Kliemo, Eupen

Papier:

Cycluspriint, 100 % Recycling

Inhalt

	Vorwort	1
I	Einleitung	5
II	Die Zeit bis 1945	5
III	Der Aufbau des BWK nach 1945	9
	1. In Westdeutschland	9
	2. Der Berufsstand in der früheren DDR	12
	3. Ausdehnung des BWK auf alle Bundesländer nach der Wiedervereinigung	14
IV	Organisation des BWK-Bundesverbandes	16
	1. Bundesversammlung	16
	2. Bundesvorstand	16
	3. Bundeskongress	17
	4. Bundesausschüsse und Beauftragte	18
	5. Landesverbände	19
	6. Bezirksgruppen	19
	7. Satzungen	19
V	Fach- und Verbandszeitschriften des BWK	22
	1. WASSER & BODEN	22
	2. WASSER UND ABFALL	24
	3. Der Ferdinand Schweicher Preis	26
	4. Die Grünen Blätter	26
VI	Aktivitäten des BWK	27
	1. Berufsständische Arbeit	27
	2. Ingenieurausbildung	30
	3. Fortbildung	31
	4. Öffentlichkeitsarbeit	32
	5. Jubiläumsveranstaltung 1979 in Wiesbaden (75 Jahre BWK)	34
	6. Bundesversammlung, Bundeskongress und Seminare vom 23. bis 25. September 2004 in Rostock anlässlich des 100-jährigen Bestehens des BWK	35
	7. Haushaltspläne und Beiträge	36
	8. Fördervereine des BWK	38
	9. Fachausstellungen im Rahmen von Bundeskongressen	38

VII	Technisch-wissenschaftliche Arbeitsgruppen des BWK	39
	1. Allgemeines	39
	2. Die Gründungsphase	39
	3. Eine Zwischenbilanz	40
VIII	Zusammenarbeit des BWK mit anderen Organisationen	43
	1. Kuratorium für Wasserwirtschaft – KfW	43
	2. Arbeitsgemeinschaft Deutsche Wasserwirtschaft – ADW	44
	3. Zusammenarbeit des BWK mit Verbänden außerhalb der ADW	44
	4. Institut für das Recht der Wasserwirtschaft	45
	5. Wasser – Berlin – Kongress und Ausstellung	45
	6. Kommission Altlasten	45
	7. ZBI	46
IX	Persönlichkeiten, die den BWK prägten	48
	1. Ferdinand Schweicher	48
	2. Hans Suhr	49
	3. Richard Zayc	50
	4. Dietrich Ruchay	51
	5. Bodo Cousin	53
	6. Peter Könekamp	54
	7. Horst Schelp	55
X	Zusammenfassung und Ausblick	57
XI	Anhang	59
	1. BWK-Bundesverband	59
	2. BWK-Landesverbände	61
	3. Vorgängerorganisationen des BWK 1904–1945	78
	4. Träger des Ferdinand-Schweicher-Preises bis 1998	78
	5. Verleihung des BWK-Studienpreises	80

I Einleitung

Der Bund der Ingenieure für Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Kulturbau (BWK) e. V. ist die Nachfolgeorganisation des Vereins Preußischer Meliorationstechniker, der 1904 in Siegen gegründet wurde. Unser Berufsverband besteht also nunmehr seit 100 Jahren. Der Bundesvorstand beschloss aus diesem Anlass, die Chronik, die zum 90-jährigen Bestehen des BWK von *Andreas Paulsen* verfasst wurde, weiterzuführen.

1979 hat der BWK in Wiesbaden sein 75-jähriges Jubiläum gefeiert. Den BWK-Mitgliedern und der Öffentlichkeit wurde eine vom damaligen BWK-Präsidenten *Richard Zayc* bearbeitete Dokumentation zur Geschichte des BWK für die Zeit von 1904 bis 1979 vorgestellt.

Die Dokumente reichen bis 1904 zurück. Viele noch verfügbare Verbandsakten, Zeitschriften und Veröffentlichungen wurden vor 1979 von unserem langjährigen Mitglied *Wilhelm Thomas* aus Düsseldorf in mühevoller Kleinarbeit zusammengetragen und auf 160 Seiten (Maschinenschrift) chronologisch erfasst. In Heft 10/1979 von WASSER & BODEN, der damaligen Verbandszeitschrift des BWK, ist eine überarbeitete und wesentlich verkürzte Fassung der von Herrn *Thomas* bearbeiteten Chronik veröffentlicht worden.

Der 1990 im Alter von 88 Jahren verstorbene *Wilhelm Thomas* war seit der Gründung des

BWK aktives Mitglied und gehörte auch schon viele Jahre der Vorgängerorganisation an. Im Bundesvorstand wirkte er als Obmann für berufsständische Fragen. Ihm ist es zu verdanken, dass die Entwicklung des BWK durch Dokumente umfassend belegt ist.

Auf dieser Grundlage schrieb *Andreas Paulsen*, der ehemalige Vizepräsident des BWK, die Chronik bis zum Jahr 1994 fort. *Andreas Paulsen* trat 1951 in den BWK ein und war bis zu seinem frühen Tod am 23. November 1998 auf allen Ebenen für seinen Landesverband Schleswig-Holstein und Hamburg und für den Bundesverband tätig. Er kannte daher den Verband aus eigener Erfahrung und machte nicht nur die fachliche Entwicklung der Nachkriegszeit in der früheren Bundesrepublik mit, sondern engagierte sich auch noch sehr intensiv beim Aufbau der Kommunalverwaltung in Mecklenburg-Vorpommern nach der Wiedervereinigung. (s. a. WASSER UND ABFALL, BWK INTERN 1999, Heft 1-2, Seite 41)

Die jetzt vorgelegte Chronik enthält für die Zeit bis 1945 eine verkürzte Fassung der bereits 1979 veröffentlichten Dokumentation. Bis 1994 werden weitgehend die Ausführungen von *Andreas Paulsen* übernommen, und nur die letzten zehn Jahre sind neu dokumentiert worden.

II Die Zeit bis 1945

Bis Mitte des 19. Jahrhunderts wurden umfangreiche Maßnahmen der Bodenverbesserung durchgeführt, ohne dass hierfür fachlich ausgebildetes Personal zur Verfügung stand. Erst langsam entwickelte sich aus der Praxis heraus ein neuer Berufsstand, die Meliorations- oder Kulturbauingenieure. Mit dem Ziel, diesem Berufsstand eine gründliche und umfassende Ausbildung zu sichern, entstanden in der Zeit zwischen 1853 und 1906 so genannte Wiesenbauschulen in Siegen, Suderburg, Bromberg, Königsberg, Schleusingen und Eger.

Die Absolventen dieser Schulen gingen nach ihrer Ausbildung in die Planung, in die Bauwirtschaft und in die Verwaltung. Sehr schnell zeigte sich, dass die fachliche Entwicklung weiterging; daher trafen sich die Kollegen zum gelegentlichen Erfahrungsaustausch. Dabei kam es z. B. in Düsseldorf und Münster zur Bildung von Ortsvereinen der Meliorationstechniker.

Die Satzung des Meliorationstechniker-Vereins Düsseldorf vom 28. März 1890 ist erhalten geblieben und in WASSER & BODEN, Heft 10/1979 abgedruckt. Diese Satzung ähnelt im

Grundsatz schon unseren heutigen Regelungen. Die Zulassung als Mitglied setzte eine bestimmte Vorbildung und fachliche Tätigkeit voraus. Neben der Förderung der Meliorationstechnik und der Wahrung der Interessen des Berufsstandes war schon damals die Fortbildung der Mitglieder ein Schwerpunkt des Vereins. Diese Ortsvereine waren Vorläufer des Zusammenschlusses zum Verein Preußischer Meliorationstechniker. Zur Gründung dieses ganz Preußen umfassenden Vereins kam es am 28. Dezember 1904 in Siegen.

1907 beschloss die Mitgliederversammlung, eine eigene Zeitschrift herauszugeben. Im April 1908 erschien die erste Nummer unter dem Titel „Der Meliorationstechniker“. Sie wurde in Wiesbaden gedruckt und erschien zunächst fünfmal im Jahr. Neben Mitteilungen zum Berufsstand wurden auch persönliche Nachrichten der Mitglieder veröffentlicht. Die Mitgliederzahl lag Ende 1908 bei 380.

Die Meliorationstechniker waren nicht die einzigen Wasserfachleute, die sich im vorigen Jahrhundert zusammenschlossen. Bereits 1856, als es noch 30 selbstständige deutsche Staaten gab, kam es zur Gründung des „Vereins Deutscher Ingenieure“ (VDI) mit dem Ziel, „alle geistigen Kräfte der Technik zu gemeinsamem Wirken zusammenzufassen“.

Die Vorgängerorganisation des BWK, der Verein „Preußische Meliorationstechniker“, entwickelte sich gut. 1911 hatte der Verein bereits über 500 Mitglieder und gab sich eine neue Satzung. Danach nannte er sich „Verband“. Ihm gehörten nicht nur Einzelmitglieder, sondern auch einzelne Vereine, z. B. die Meliorationstechnische Vereinigung Magdeburg an.

Auf dem 1. Verbandstag am 5. Juni 1911 in Charlottenburg wurde eine Petition zur Verbesserung der Besoldung der Meliorationstechniker beschlossen, die dem zuständigen Landwirtschaftsminister vorgelegt wurde. Auch an den Beratungen zum 1913 in Kraft getretenen Preußischen Wassergesetz war der Verband Preußischer Meliorationstechniker beteiligt und reichte dazu eine Vorlage an das Abgeordnetenhaus ein. Am 2. Verbandstag 1913 in

Magdeburg zählte der Verband bereits 700 Mitglieder. Der 3. Verbandstag, der 1915 in Königsberg stattfinden sollte, musste wegen des Ersten Weltkrieges abgesagt werden. Durch den Krieg kam die Arbeit des Verbandes, der 1918 etwa 780 Mitglieder hatte, zum Erliegen.

Nach dem Ersten Weltkrieg versuchten die Vereine und Verbände sich neu auszurichten. Es kam zu neuen Zusammenschlüssen. Es bildeten sich Vereine verschiedener Art. Dazu zählte auch der DWWV (Deutscher Wasserwirtschafts- und Wasserkraftverband). Er war damals ohne Zweifel der größte Fachverband der Wasserwirtschaft. Fachlich lagen seine Schwerpunkte auf den Gebieten des konstruktiven Wasserbaus, insbesondere der Wasserkraft. Den ebenfalls damals gebildeten Fachverein der höheren Kulturbaubeamten kann man als eine weitere Vorgängerorganisation des BWK ansehen. Einzelheiten über seine Entstehung und seine Organisation hat Herr *Thomas* nicht in Erfahrung bringen können. Mit den Kulturtechnikern hatte der Verein der höheren Kulturbaubeamten naturgemäß viele Berührungen. Die Zusammenarbeit war gut. Zu einem eigentlichen Zusammenschluss kam es damals leider jedoch nicht.

Beim Verband Preußischer Meliorationstechniker hatte sich die Überlebensfrage nach dem Ersten Weltkrieg erstaunlich rasch geklärt. Im Juni 1919 wurde in Hannover der erste Verbandstag nach dem Krieg abgehalten. Dabei wurde er umbenannt in „Verband Deutscher Kulturtechniker (VDK)“. Er hatte 815 Mitglieder. Die Ausdehnung über das ganze Reichsgebiet war beabsichtigt. In der Satzung wurden neben der Fortbildung die Herausgabe einer Verbandszeitschrift und die Beeinflussung des Bildungswesens für Kulturtechniker besonders erwähnt. Im August 1919 erschien bereits die erste neue Verbandszeitschrift unter dem Titel, „Zeitschrift des Verbandes Deutscher Kulturtechniker“.

Die schwierige Zeit um 1920 kommt in der Einladung zum Verbandstag nach Potsdam zum Ausdruck. Die Einladung war mit dem Vermerk versehen: „Wegen der Lebensmittelnot in den Großstädten wollen sich die Teilnehmer

bitte selbst mit Proviant versehen.“ Die Tagesordnung dieser Veranstaltung kennzeichnete die damalige Ratlosigkeit bei der Suche nach einer geeigneten Interessenvertretung. Spannungen zwischen den im VDK zusammengeschlossenen Berufsgruppen führten sogar zu einem Antrag, den Verband aufzulösen und neu zu gründen. Zur Auflösung kam es jedoch nicht und auch nicht zum Austritt aus den Arbeitsgemeinschaften mit anderen Verbänden.

Deutlich ruhiger ging es 1921 zu, als der VDK seine Verbandstagung in Münster durchführte. Das Verbandsklima hatte sich erheblich verbessert, nachdem der Gesamtverband beschlossen hatte, keine gewerkschaftlichen Ziele zu verfolgen.

Sehr große Schwierigkeiten brachte das Jahr 1923 mit seiner Geldentwertung. Die Verbandszeitschrift konnte nur unter großen Anstrengungen und mit erheblichen Einschränkungen herausgegeben werden. Im November 1923 musste ihr Umfang auf vier Seiten reduziert werden.

Auch der Verbandstag konnte nicht durchgeführt werden, und selbst Vorstandssitzungen fielen für fast zwei Jahre aus. Durch den Ausbau der Kulturbau-Dienststellen bei den Kreisen traten außerdem Abgrenzungsprobleme auf. Die gemeinsame Arbeit im VDK wurde aber dennoch engagiert weitergeführt, und selbst in dieser schweren Zeit stieg die Mitgliederzahl an.

Als dann im September 1925 der nächste Verbandstag in Berlin abgehalten wurde, konnten neben den berufsständischen Fragen am zweiten Tag wieder Fachvorträge geboten werden. Die neutrale Haltung des Verbandes gegenüber den Gewerkschaften und das Bemühen, zwischen den eigenen verschiedenen Gruppen ausgleichend zu wirken, hatten sich als vorteilhaft erwiesen.

Auf einer Vorstandssitzung im Juli 1926 in Landsberg a. d. Warthe wurde beschlossen, eine Vertretung im „Deutschen Ausschuss für Kulturbauwesen (DAfK)“ anzustreben. Dieser Ausschuss für Kulturbauwesen stand zunächst unter der Leitung des 1917 gegründeten „Normenausschusses des Deutschen Instituts für

Normung (DIN)“ und hatte sich zum Ziel gesetzt, Dränrohre, kleinere Brücken, Durchlässe, Schleusen, Schöpfwerke und Bodenuntersuchungen zu normen. Der DAfK war Vorläufer des 1952 in KWK umbenannten „Ausschusses für Kulturbauwesen in Westdeutschland“.

Die Verbandstagungen in Hamburg (1927) und Siegen (1929) führten zu einer Konsolidierung des Verbandes. Die Satzung blieb in den Grundzügen unverändert. Die Fortbildung und die Förderung der fachtechnischen Angelegenheiten standen im Vordergrund, während die berufsständischen Angelegenheiten etwas zurücktraten. Beibehalten wurde die Herausgabe einer Zeitschrift und der Pflichtbezug durch die Mitglieder.

Im Plenarsaal des früheren Herrenhauses in Berlin feierte der VDK im Jahre 1930 sein 25-jähriges Bestehen. Überschattet wurde die Jubiläumsfeier durch die fortschreitende Wirtschaftskrise. Erhebliche Einsparungen in den öffentlichen Haushalten wirkten sich besonders bei den Arbeiten zur Bodenverbesserung aus. Viele Kulturbauingenieure wurden arbeitslos.

Der Vorstand des VDK veröffentlichte im März 1930 eine Bekanntmachung unter der Überschrift „Überfüllung des Kulturbauingenieurberufes“. 8 % der damals 1.250 Mitglieder wurden als Arbeitslose geführt.

Um die Meliorationsarbeiten wieder in Gang zu bringen, schloss sich der Verband Deutscher Kulturtechniker mit sechs weiteren Verbänden und Genossenschaften zur Deutschen Landeskulturarbeitsgemeinschaft (DELA) zusammen. In einer Entschließung wurde gefordert, mit Hilfe des freiwilligen Arbeitsdienstes umfassende Bodenverbesserungen zur Hebung der Produktionskraft durchzuführen. Diese Bodenverbesserungen sollten Vorrang vor jeder sonstigen Betätigung der öffentlichen Hand haben. Ihre damalige volkswirtschaftliche Bedeutung wird hier sehr deutlich.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten gingen auch an dem Berufsverband nicht vorbei. Mit Heft 3 vom 15. März 1932 musste die „Zeitschrift des Verbandes Deutscher Kulturtechniker“ nach 24 Jahren erfolgreicher Tätigkeit ihre Selbstständigkeit aufgeben. Die Aufgaben über-

nahm die „Deutsche Landeskulturzeitung“, die zusammen mit anderen Verbänden herausgegeben wurde.

Große Unruhe für den VDK und seine Mitglieder brachte die Preußische Sparverordnung von Dezember 1931. Darin wurde die Auflösung der Staatlichen Kulturbauämter angeordnet. Diese Entscheidung löste höchste Aktivität beim Verband aus. Er legte Vorschläge für eine Reform der Staatlichen Kulturbauverwaltung vor. Da diese Reformvorschläge notgedrungen in die Aufgabenverteilung zwischen Staat und Kommunalverwaltung eingriffen, kam es auch innerhalb des Verbandes zu Spannungen. Die Durchführung der Sparverordnung schleppte sich bis 1933 hin. Danach wurde kaum noch etwas geändert.

Ausgerechnet am 30. Januar 1933, also dem Tag der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten, fand in Berlin der Verbandstag des VDK statt. Über die politischen Ereignisse wurde in der Niederschrift nicht berichtet, aber in der Sitzung ging es sehr bewegt her. 25 % der Mitglieder waren stellungslos. Auf diesem Verbandstag wählte man den Oberingenieur *Henrich* aus Berlin zum neuen Vorsitzenden, der seit 1925 die Gruppe der freiberuflichen Mitglieder im Verband vertrat. Weiter wurde beschlossen, zwei stellvertretende Vorsitzende zu wählen, und zwar je einen aus den Reihen der Staats- und einen aus den Reihen der Kommunalbeamten.

Unter dem neuen Verbandsvorsitzenden begann bald eine Einstimmung auf die geänderten politischen Verhältnisse. Der Vorstand unterstützte das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung, und es gelang, bis zum Herbst fast alle arbeitslosen Mitglieder wieder in Arbeit und Brot zu bringen. Um die enge Zusammenarbeit des Verbandes mit der Deutschen Arbeitsfront zu belegen, wurde zum einen der Staatskommissar in der Reichsleitung des Deutschen Techniker Verbandes in den Vorstand berufen und zum anderen dem Vorsitzenden *Henrich* das Amt des Reichsfachgruppenobmannes der Fachgruppe Kulturtechniker im „Deutschen Techniker Verband (DTV)“ übertragen.

Die Mitgliederzahl, die 1932 auf 900 gesunken war, hatte bis Ende 1934 wieder 1300 erreicht. Man band 1935 die Verbandstagung an die „Grüne Woche“ in Berlin an. Nach 1935 wurde der VDK in die sich nach und nach aufbauenden NS-Organisationen einbezogen. Der Verband war damit nicht mehr eine freie Vereinigung, sondern wurde einer von der Partei betreuten Organisation angegliedert.

Im November 1938 beschloss der engere Beirat eine neue Satzung sowie die Umbenennung des Verbandes in „Reichsverband der Deutschen Ingenieure für Wasserwirtschaft und Kulturtechnik e. V.“ und seine Einbindung in den „Arbeitskreis Wasserwirtschaft“ innerhalb der „Fachgruppe Bauwesen e. V.“ des NS-Bundes Deutscher Technik (NSBDT). 1938 taucht also erstmalig der Begriff „Ingenieure für Wasserwirtschaft und Kulturtechnik“ auf, der sich in unserem Namen BWK bis heute erhalten hat.

Diese Veränderung wirkte sich auch in einer umfassenderen Ausbildung an den Ingenieurschulen aus, deren Absolventen sich bereits 1938 entsprechend Ingenieure nennen durften. Nun konnten auch alle Diplom-Ingenieure, die in der Wasserwirtschaft und Kulturtechnik tätig waren, Mitglied des Reichsverbandes werden. Nach den Verbandsunterlagen ist der erste Diplom-Ingenieur im Januar 1939 dem Verband beigetreten.

Nach der neuen Satzung wurde der Vorsitzende nicht mehr von den Mitgliedern gewählt, sondern vom Reichsverwalter berufen und abberufen.

Dieser hatte nach Anhörung des engeren Beirats auch das Recht der Satzungsänderung. Wahlen fanden nicht mehr statt. Der Beirat wiederum wurde vom Vorsitzenden berufen. Der Reichsverband gliederte sich nach Gebieten, die den politischen Gauen angepasst waren. Die einzelnen Gaugruppen waren in Bezirksgruppen unterteilt. Zur Vereinfachung des Zeitschriftenwesens wurde ab 1. April 1939 die „Deutsche Wasserwirtschaft“ zum offiziellen Organ des Reichsverbandes Deutscher Ingenieure für Wasserwirtschaft und Kulturtechnik bestimmt.

Wegen der Kriegsergebnisse nahm die Verbandstätigkeit nach 1940 deutlich ab. Es liegen noch Berichte vor über eine Tagung der Gau-gruppe Ostpreußen in Königsberg 1940 und der Bezirksgruppe Liegnitz im April 1941. Im November 1941 wurde dann in einem Aufruf die Auflösung des Reichsverbandes Deutscher Ingenieure für Wasserwirtschaft und Kulturtechnik mitgeteilt. Für die Ausrichtung der Technik sollte nur noch unmittelbar der NS-Bund Deutscher Technik zuständig sein. Die

organisatorische Erfassung der Wasser- und Kulturbauingenieure blieb zunächst noch erhalten. Sie gehörten zum Arbeitskreis Wasserbau und Wasserwirtschaft in der Fachgruppe Bauwesen. Letztmalig erschien die Zeitschrift 1943.

Mit dem Ende des Krieges 1945 wurden alle vom NS-Staat gleichgeschalteten Organisationen aufgelöst. Damit endete auch die Zusammenarbeit der Wasser- und Kulturbauingenieure.

III Der Aufbau des BWK nach 1945

1. In Westdeutschland

Zahlreiche Wasser- und Kulturbauingenieure waren gefallen oder in den Kriegswirren umgekommen. Viele Überlebende hatten als Folge des Krieges ihre Heimat und ihren Arbeitsplatz verloren, oder ihnen war aus politischen Gründen die Arbeit verwehrt.

Aber genauso wie viele andere Deutsche nicht resignierten und trotz oder gerade wegen der fast unvorstellbaren Verwüstungen und Zerstörungen am Wiederaufbau mitwirkten, fanden sich sehr bald nach Kriegsende auch wieder Ingenieure für Wasserwirtschaft und Kulturtechnik zusammen, die angesichts der zerstörten und verfallenen Ver- und Entsorgungsanlagen an den Wiederaufbau der lebenswichtigen wasserbaulichen Anlagen in den Städten und auf dem Lande gingen.

Rasch erkannten diese Männer, dass in der damaligen Notlage der Einzelne ziemlich machtlos war. Ganz natürlich entwickelten sich der Wille zur Zusammenarbeit und damit auch der Wunsch zum erneuten verbandlichen Zusammenschluss. 1945 waren die Schwierigkeiten, neue Verbindungen anzuknüpfen, unvorstellbar groß, abgesehen davon, dass jeder selbst mit dem Überleben kämpfte. Erst Monate nach Kriegsende, als die ersten öffentlichen Verkehrsmittel, wenn auch nur in beschränktem Umfang, verkehrten und auch wieder Nachrichten übermittelt

werden konnten, ließen sich erste Begegnungen verabreden. Dabei galt es damals auch, die Grenzen der drei „Westzonen“ zu überwinden. Zur russischen Besatzungszone war der Zugang bald sogar völlig gesperrt.

Die ersten Anfänge der neuen verbandlichen Arbeit dürften von der Notgemeinschaft der aus dem Osten verdrängten Kulturbauingenieure ausgegangen sein, die sich am 3. Februar 1946 in Siegen bildete. Dass Siegen wieder Keimzelle einer Neugründung der berufsständischen und technisch-wissenschaftlichen Vereinigung von Kulturbauingenieuren wurde, lag wohl mit daran, dass hier an der ehemaligen Bauschule, der Geburtsstätte des Verbandes, viele der im Osten eingesetzten Kulturbauingenieure ausgebildet worden waren und dort auch Angehörige, Verwandte oder Bekannte hatten, bei denen sie nach der Flucht aus den östlichen Reichsgebieten Zuflucht fanden. Dem ebenfalls aus dem Osten verdrängten Kreisbaumeister *Karl Hartmann*, langjähriges Vorstandsmitglied des Verbandes Deutscher Kulturbauingenieure, kommt das Verdienst zu, sich als erster um die Sammlung der Kulturbauingenieure in einer Notgemeinschaft bemüht zu haben. Auf der gemeinsamen Versammlung dieser Notgemeinschaft beim Weihnachtstreffen der „Ehemaligen“ der Bauschule Siegen am 21. Dezember 1946 hat er den Anstoß gegeben, einen „Ausschuss zur Neugründung des Verbandes Deutscher Kultur-

bauingenieure“ (Gründungsausschuss genannt) zu bilden, den er dann als Vorsitzender leitete. *Hartmann* sah seine Aufgabe darin, im verbliebenen Reichsgebiet die Neugründung des Verbandes Deutscher Kulturbauingenieure zu betreiben, dessen Mitglieder nur die Absolventen der damaligen Fachschulen sein sollten.

Schon am 3. August 1947 gelang es ihm, den Landesverband Hessen und am 30. August 1947 den Landesverband Nordrhein-Westfalen des künftigen Reichsverbandes zu gründen. Bemerkenswert und bezeichnend für die damalige Zielsetzung des neuen Verbandes sind die Ausführungen im ersten Rundschreiben des Gründungsausschusses vom Oktober 1947. Die Notwendigkeit eines neuen Zusammenschlusses der Kulturbauingenieure wird hier in Ziff. 2 begründet:

„Die im demokratischen Staatsleben beruhende Notwendigkeit für jeden Beruf zur selbständigen Wahrnehmung und Vertretung seiner Belange aus eigener Kraft ließ auch den Zusammenschluss der Kulturbauingenieure in einer besonderen Berufsvereinigung erstrebenswert erscheinen, zumal schon in allen anderen Bereichen derartige Zusammenschlüsse beobachtet wurden. Die Wahrnehmung und Förderung der technisch-wissenschaftlichen und technisch-wirtschaftlichen Arbeit auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft, der Kulturtechnik und des Landeskulturwerkes einschließlich der damit verbundenen landwirtschaftlichen Fragen und des Wegebaues, die Verbreitung der Ergebnisse dieser Arbeit und der Erfahrungs- und Meinungsaustausch in einer Verbandszeitschrift, die zugleich über die Personalveränderungen berichtet, die Mitwirkung bei der Gestaltung und Ordnung des geistigen Rüstzeuges der Berufskameraden, des Studiums und der beruflichen Fortbildung, die Wahrung der Berufsehre und der Schutz des Berufsstandes gegen schlechte Einflüsse, die Beratung bei der Organisation und dem Aufbau der Wasserwirtschaftsverwaltung und bei der Ordnung der Besoldungs- und Anstellungsverhältnisse sind wichtige Gründe, die einen beruflichen Zusammenschluss unbedingt erforder-

lich machen, wenn sich der Beruf als solcher behaupten will.“

Fast gleichzeitig hatte sich in Norddeutschland eine weitere Keimzelle für den Zusammenschluss der Ingenieure für Wasserwirtschaft und Kulturtechnik entwickelt. Auf Anregung des Ingenieurs *Bodo Cousin* fand am 29. November 1946 in Hamburg eine erste Begegnung vor allem junger Ingenieure statt, die anstrebten, einen Berufsverband zu gründen. Der sollte allerdings von Anfang an einen weiteren Rahmen haben, als es der Gründungsausschuss in Siegen vorgesehen hatte. Die Hamburger Kollegen trafen sich am 5. März 1947 zum zweiten Mal. Auf dieser Veranstaltung wurden bereits Fachvorträge gehalten. Im Juni kam dann eine Verbindung mit dem Gründungsausschuss in Hessen zustande, und es wurden im gegenseitigen Schriftwechsel die unterschiedlichen Meinungen ausgetauscht. Die Auffassungen unterschieden sich vor allem darin, dass man im Norden nicht allein den Kulturbau im früheren Sinne, sondern auch die Wasserwirtschaft in ihrer vielfältigen Gesamtheit als fachliche Verbandsaufgabe sehen wollte. Das Ziel, Ingenieure mit Hoch- und Fachschulausbildung in einem Verband zusammenzufassen, wurde dadurch unterstrichen, dass schon im vorbereitenden Gründungsausschuss Hoch- und Fachschulabsolventen beteiligt waren.

Am 16. März 1948 wurde dann der „Verband Deutscher Wasserwirtschaft – Landesverband Schleswig-Holstein und Hamburg“ auf dem Süllberg in Hamburg gegründet. Dieser Landesverband hat sich in seiner ersten veröffentlichten Mitteilung dazu bekannt, dass er sich als Glied eines künftigen Verbandes aller deutschen Wasserwirtschaftler empfindet.

Bemerkenswert an der Satzung sind folgende Passagen:

„Zweck des Verbandes ist: Zusammenschluss aller in der Wasserwirtschaft tätigen Kräfte zur Wahrnehmung und Förderung aller wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Aufgaben der gesamten Wasserwirtschaft zum Wohle der menschlichen Gemeinschaft.“

Ordentliche Mitglieder können werden:

- alle in der Wasserwirtschaft tätigen Ingenieure mit abgeschlossener Hoch- und Fachschulausbildung.
- Personen mit abgeschlossener Hoch- oder Fachschulausbildung, die in den mit der Wasserwirtschaft in enger Verbindung stehenden Fachgebieten (Meteorologie, Geologie, Hygiene, Biologie, Land und Forstwirtschaft, Naturschutz u. a.) tätig sind.“

Kreisbaumeister *Hartmann*, der weiterhin der Motor für die Gründung eines Berufsverbandes im Restgebiet Deutschlands sein wollte, war offensichtlich von dem Hamburger Treffen sehr beeindruckt und bat in einem Rundschreiben die Berufskameraden, sich eingehend mit dem Hamburger Beschluss zu beschäftigen und dazu Stellung zu nehmen.

Die Bitte *Hartmanns*, sich mit dieser Frage der Struktur der Mitgliedschaft zu befassen, hatte entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung eines umfassenden Berufsverbandes.

Im April 1948 wurde in Hannover diese Frage – nach Vortrag von *Hartmann* und *Cousin* über die jeweiligen Zielsetzungen – in einer Gründungsverhandlung zum Landesverband Niedersachsen eines Bundes von Kulturbauingenieuren weiter behandelt. Die große Mehrheit der dort versammelten Ingenieure entschied sich für den Zusammenschluss aller in der Wasserwirtschaft tätigen Ingenieure, gleich ob Hochschul- oder Fachschulabsolventen.

Ein Ausschuss hatte noch im April 1948 eine entsprechende Satzung für einen Landesverband Niedersachsen ausgearbeitet.

Diese Satzung ist dann vom Vorstand des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen und dem Gründungsausschuss, die am 14. April 1948 gemeinsam tagten, grundsätzlich gebilligt worden.

Der Gründungsausschuss hatte diese Satzung außerdem allen anderen Landesverbänden zur Annahme empfohlen, um so die Voraussetzungen für eine gemeinsame Dachorganisation zu schaffen. Dieses Abweichen von der ursprünglich eingeschlagenen Richtung spricht für den Weitblick der damals aktiven Kulturbauingenieure.

In Rheinland-Pfalz war am 12. Mai 1948 ein vorläufiger Vorstand gebildet worden, der die neue Satzung übernahm. Der Landesverband Hessen stellte am 18. Juni 1948 auf diese neue Satzung um. Auf einem außerordentlichen Verbandstag am 5. Dezember 1948 hatte sich dann auch der Landesverband Nordrhein-Westfalen in Anlehnung an Hannover eine neue Satzung gegeben und sich umbenannt in „Verband der Wasser- und Kulturbauingenieure – Landesverband Nordrhein-Westfalen“.

Inzwischen hatte die Militärregierung die Satzung des Verbandes „Deutsche Wasserwirtschaft – Landesverband Schleswig-Holstein und Hamburg“ genehmigt, und der Verband war am 3. März 1948 in das Vereinsregister eingetragen worden.

In einem Aufruf wurden alle auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft tätigen Kräfte mit Hoch- oder Fachschulausbildung zur Mitgliedschaft aufgefordert. Dabei wurden ausdrücklich auch Meteorologen, Geologen, Hygieniker, Biologen, Naturschutzbeauftragte usw. eingeladen. Damals gelang es jedoch nicht, einen solch umfassenden Verband zu bilden.

In Niedersachsen hatte Regierungsdirektor *Ferdinand Schweicher* als Leiter der Niedersächsischen Wasserwirtschaftsverwaltung frühzeitig erkannt, dass eine hoch entwickelte Wasserwirtschaft Voraussetzung, Grundlage und Gradmesser für die Kulturstufe eines Volkes ist und bleibt. Nach zahlreichen Kontakten *Schweichers* mit den Männern in Hamburg, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und auch in den anderen Ländern wurde unter seiner Leitung am 27. Oktober 1948 nach einem Gründungsauftrag, der von ihm und *Hartmann* unterzeichnet war, von rd. 200 Teilnehmern (Fach- und Hochschul-Ingenieuren der staatlichen und kommunalen Wasserwirtschaft, der Verbände und der freien Wirtschaft) einstimmig der Landesverband Niedersachsen und Bremen des Bundes der Wasser- und Kulturbauingenieure gegründet. *Schweicher* wurde einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Gleichzeitig wurde eine Satzung angenommen, die Grundlage der späteren Bundessatzung geworden ist.

Nach längeren schwierigen Verhandlungen mit der französischen Besatzungsmacht konnte am 10. Juni 1949 auch der Landesverband Rheinland-Pfalz des Bundes der Wasser- und Kulturbauingenieure nach dem Vorbild in Niedersachsen gegründet werden.

Auf der 2. Jahrestagung des damals in Schleswig-Holstein und Hamburg bestehenden Verbandes Deutsche Wasserwirtschaft im April 1949 erhielt der Vorstand den Auftrag, einen Zusammenschluss mit dem Verband der Wasser- und Kulturbauingenieure von Niedersachsen und Bremen herbeizuführen. Das gelang auch am 12. September 1949 und war sicher ein wichtiger Schritt zur Bildung des neuen Gesamtverbandes. Dieser kam in Dreiebergen am 18. Juni 1950 durch Wahl des Bundesvorstandes (als Bundesvorsitzender wurde *Ferdinand Schweicher* gewählt) und Verabschiedung der Bundessatzung zustande. Neben rd. 350 Mitgliedern des damaligen Landesverbandes Niedersachsen und Bremen hatten auch die Vorstandsvorsitzenden der Landesverbände Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen teilgenommen. Ein klarer Erfolg zäher und zielstrebigere, sicherlich auch langwieriger Bemühungen und Verhandlungen des ersten Niedersächsischen Landesvorsitzenden *Ferdinand Schweicher*, der namens des „Gründungsausschusses“ für diesen Verband schon 1949 in der noch ganz jungen Zeitschrift WASSER & BODEN zum Beitritt in die vorgesehenen Landesverbände des damals noch „Verband der Wasser- und Kulturbauingenieure“ genannten Bundes aufgerufen hatte und die Grundzüge der vorgesehenen Bundessatzung veröffentlichte.

Die erste Bundesvorstandssitzung am 28. November 1950, in der die bis dahin gegründeten Landesverbände vertreten waren, genehmigte dann die Bundessatzung, die am 1. Januar 1951 in Kraft trat. Man einigte sich darauf, die Satzung des Landesverbandes Niedersachsen als Muster für die Satzungen der anderen Landesverbände zu verwenden.

Auszüge aus dem Satzungsmuster von 1948:
„Zweck des Verbandes ist:

a) *Zusammenschluss und berufsständische Vertretung der im Wasser- und Kulturbau tätigen Ingenieure.*

b) *Pflege und Förderung der technischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Fragen der Wasserwirtschaft und Kulturtechnik.*

Ordentliche Mitglieder können alle Ingenieure des Wasser- und Kulturbauwesens mit abgeschlossener Hoch- oder Fachschulausbildung werden. Jedes Mitglied ist verpflichtet, die Verbandszeitschrift ohne Unterbrechung zu beziehen.

Der Mitgliederversammlung steht die Bestellung von Fachausschüssen zu.“

Fünf Landesverbände

- Hessen
- Niedersachsen, Berlin, Bremen
- Nordrhein-Westfalen
- Rheinland-Pfalz und Saarland
- Schleswig-Holstein und Hamburg

bildeten von 1950 bis 1990 den Bundesverband. Eine Ausdehnung des BWK in die damalige DDR war aus politischen Gründen nicht möglich. Das Ziel, den BWK auf die südlichen Bundesländer auszudehnen, konnte erst 40 Jahre später erreicht werden.

Die Landesverbände behielten im Rahmen des föderalistischen Aufbaues des Bundes der Wasser- und Kulturbauingenieure ihre rechtliche Selbstständigkeit als Mitglieder des Bundes.

Das 1948 in Hannover entwickelte Muster einer Satzung hat sich hinsichtlich der Verbandsstruktur und der Ziele bis heute bewährt.

Die Fortbildung der Mitglieder, die sich bald zu einer wichtigen Aufgabe des BWK entwickelte, wurde damals in der Satzung noch nicht ausdrücklich erwähnt. Im Übrigen haben sich die seinerzeit formulierten Strukturen und Ziele des Verbandes trotz mancher Satzungsänderung erhalten. Der BWK kann dankbar sein, dass seine Gründungsväter in den schwierigen Jahren des Aufbaues nach dem verlorenen Krieg so viel Weitblick hatten!

2. Der Berufsstand in der früheren DDR

Mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 2 hat die damalige Militärregierung nach dem Zweiten Welt-

krieg alle deutschen Ingenieurvereine aufgelöst. Unter dem bewussten Bruch mit der Tradition des Vereins Deutscher Ingenieure und anderer traditioneller technischer Vereinigungen wurde im Juli 1946 die Kammer der Technik (KdT) gegründet. Diese Neugründung entsprach dem Wunsch der Ingenieure, sich wieder in einem Ingenieurverband zu vereinigen.

Die KdT entwickelte sich in den Folgejahren zur mitgliederstärksten deutschen Ingenieurorganisation aller Fachrichtungen und hatte zum Jahresende 1989 noch 215.000 Mitglieder. Obwohl sich auch die KdT nicht des Führungsanspruchs der SED entziehen konnte, war ihre Haupttätigkeit doch fachtechnischer Art und nicht nur politisch orientiert. Diese fachtechnische Tätigkeit stieß auf bestimmten Gebieten jedoch an Grenzen. Als Beispiele seien hier das Gebiet des Umweltschutzes und der landwirtschaftlichen Produktionsentwicklung genannt.

Grenzen gab es auch bei der berufsständischen Interessenvertretung, wenn es darum ging, die Rolle der Ingenieure in der Wirtschaft mehr hervorzuheben und aufzuwerten.

Trotz des vorhandenen politischen Einflusses auf die Leitungsebene der KdT und die Einengung der zeitweilig angedachten Aufgaben waren die Leistungen auf fachtechnischem Gebiet von großer Bedeutung und nahmen erheblichen Einfluss auf die Wirtschaft, die Forschung und die Wissenschaft der DDR. Auch Internationale Anerkennung konnte erreicht werden.

Eine Vielzahl von Betriebssektionen, Fachgremien und Fachausschüssen organisierte und koordinierte die Kammerarbeit für das einzelne Mitglied an der Basis. Dabei kam dem breiten Spektrum des Angebotes an fachtechnischer Qualifizierung auf fast allen technischen Gebieten große Bedeutung zu. Diese Angebote der Qualifizierung, die auch Nichtmitgliedern zugänglich waren, besaßen ein hohes Niveau. Bedauernd war nur, dass auf Grund der wirtschaftlichen Gegebenheiten und der politischen Orientierung in der Praxis nicht alles auf der Grundlage fachlicher Überlegungen realisiert werden konnte.

Als Beispiele für das, was nicht realisiert werden konnte, seien die angestrebte Qualitätssicherung in den volkseigenen Betrieben und die Einführung umweltverträglicher Produktionsprozesse genannt. Hier waren den Ingenieuren Grenzen gesetzt.

Nationale und internationale Fachtagungen und Kongresse fanden regen Zuspruch und waren zur damaligen Zeit für einen Teil der Fachingenieure die einzige Möglichkeit, mit Fachkollegen, die außerhalb des RGW-Bereiches tätig waren, in Verbindung zu treten. Bei solchen Veranstaltungen konnten Erfahrungen über den Stand der Entwicklung einzelner Fachbereiche in der Welt gesammelt werden, was von der politischen Führung sonst nicht immer gewünscht war.

Der Fachverband Wasser in der „Kammer der Technik“ gab die Fachzeitschrift „Wasserwirtschaft – Wassertechnik“ heraus. Diese Zeitschrift war auch in Westdeutschland bekannt, weil sie mit unserer Zeitschrift WASSER & BODEN ausgetauscht wurde. Über Kontakte des BWK oder seiner Einzelmitglieder zum Fachverband Wasser in der „Kammer der Technik“ ist nichts bekannt geworden.

Nach der Wende war die KdT, wie alle Organisationen der ehemaligen DDR, als Erfüllungsgehilfe der Planwirtschaft mit SED-Einflussnahme, sicher nicht ganz unbegründet, Anfeindungen ausgesetzt. Dies bezog sich weniger auf die fachlichen Leistungen der Fachausschüsse und Bezirkssektionen als vielmehr auf die personelle Besetzung der hauptamtlichen Funktionen in den KdT-Vorständen.

Hier waren ausschließlich politische Erwägungen Grundlage personeller Entscheidungen. Fachkompetenz spielte eine untergeordnete Rolle. In den letzten Jahren vor der Wende wurde oftmals die Besetzung des Leiters der Betriebssektion von der Mitgliedschaft in der SED abhängig gemacht, um die Einflussnahme der allgewaltigen SED auch in diesem Gremium abzusichern. Mit solchen Entscheidungen kam es in vielen Betriebssektionen zu einem nicht zu übersehenden Qualitätsverlust in der fachlichen Arbeit sowie bei fachlichen

Veranstaltungen. Es gab jedoch auch fachlich starke Bezirks- und Betriebssektionen, die sich einer politischen Einflussnahme entziehen konnten.

Die Mehrzahl der Ingenieure der Wasserwirtschaft, die in der KdT engagierte Facharbeit leisteten, lehnte mit der Wende jedoch eine weitere Mitgliedschaft im Verband KdT ab und bemühte sich um eine Integration in den angesehenen Ingenieurverbänden der Bundesrepublik. Diese Bestrebungen der in der Wasserwirtschaft tätigen Ingenieure führten schon bald zur Gründung von Landesverbänden des BWK in allen fünf neuen Bundesländern.

3. Ausdehnung des BWK auf alle Bundesländer nach der Wiedervereinigung

Schon bei der Neugründung des BWK nach dem Zweiten Weltkrieg in den Jahren 1947/48 hatte man das weitgesteckte Ziel, einen Verband für das gesamte Gebiet des verbliebenen Deutschland zu bilden. Aus politischen Gründen war dies in der damals sowjetisch besetzten Ostzone nicht möglich. Es gelang auch nicht, in Bayern und Baden-Württemberg Landesverbände zu gründen. Im süddeutschen Raum hatten sich bald berufsständische Gruppierungen, die über das Fachgebiet hinausreichten, wie z.B. eine Vereinigung für akademisch ausgebildete oder im Staatsdienst tätige Ingenieure, gebildet. Rund 40 Jahre lang war für die BWK-Organe des Bundesverbandes die Süderweiterung ein ständiges Thema. Viele Bemühungen blieben erfolglos. Einzelmitglieder aus diesem Raum schlossen sich im Laufe der Zeit den Landesverbänden in Hessen und Rheinland-Pfalz an oder verblieben in ihren früheren Landesverbänden.

Nach Wende und Wiedervereinigung wurde die Ausdehnung des BWK auf Landesverbände in den neuen Bundesländern der ehemaligen DDR ein herausragendes Ereignis. Die Mauer war zum Symbol der Verhältnisse im Nachkriegsdeutschland geworden. Sie hatte auch dazu geführt, dass kollegiale Kontakte, die noch nach 1945 zu früheren Mitgliedern des

VDK bestanden hatten, allmählich abbrachen. Ab 1990 überschlugen sich dann die Ereignisse: Erstes BWK-Mitglied, das in der damals noch bestehenden DDR lebte und arbeitete, wurde Dr.-Ing. habil. *Michael Kinze* aus Dresden (nach Gründung Vorsitzender des BWK-Landesverbandes Sachsen). In „BWK-Intern“ der Ausgabe Februar 1990, veröffentlichte der Bundesvorstand einen Aufruf mit der Bitte, Anschriften von Kollegen im Gebiet der DDR zu sammeln.

Weil Landesverbände noch nicht bestanden, wurden die neuen BWK-Mitglieder aus diesem Raum zunächst Einzelmitglieder des Bundesverbandes. Die Arbeit des Bundesverbandes war jedoch von vornherein darauf ausgerichtet, für die zu erwartenden neuen Bundesländer selbstständige Landesverbände zu gründen.

Sehr schnell war zu erkennen, dass viele Berufskollegen aus dem Gebiet der ehemaligen DDR das Bedürfnis hatten, sich über die technisch-wissenschaftlichen und berufsständischen Ingenieurvereinigungen in Westdeutschland zu informieren. Daraus entwickelten sich persönliche Kontakte über die Grenzen hinweg. Auf der Grundlage dieser Kontakte gelang es z. B. dem BWK-Landesverband Schleswig-Holstein und Hamburg, schon in den ersten Wochen des Jahres 1990 Kollegen aus Mecklenburg/Vorpommern als Gäste bei einer Fortbildungsveranstaltung des Landesverbandes zu begrüßen. Im März 1990 nahmen erstmalig fünf Kollegen aus dem Gebiet der DDR als Gäste an einer Bundesvorstandssitzung des BWK in Münster teil. Mit ihnen wurde das weitere Vorgehen sorgfältig abgestimmt. Abgesprochen wurde dabei, dass die bestehenden fünf BWK-Landesverbände Partnerschaften zu den noch zu bildenden Landesverbänden in den neuen Bundesländern übernehmen:

- LV Schleswig-Holstein und Hamburg und LV Mecklenburg/Vorpommern
- Bezirksgruppe Berlin-West und LV Brandenburg
- LV Niedersachsen und Bremen und LV Sachsen-Anhalt
- LV Hessen und LV Thüringen
- LV Nordrhein-Westfalen und LV Sachsen

Diese Partnerschaften sollten beim Aufbau der neuen Landesverbände, bei der Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen und bei der Erarbeitung von Stellungnahmen zu Angelegenheiten der neuen Bundesländer helfen. Diese vom Bundesvorstand eingerichteten Partnerschaften haben sich schnell zu freundschaftlichen, persönlichen Beziehungen auf kollegialer Basis entwickelt.

Auf der Grundlage dieser Aktivitäten konnten schon im ersten Halbjahr 1990 in der noch bestehenden DDR flächendeckend BWK-Landesverbände gegründet werden:

- LV Sachsen am 7. 4. 1990 in Dresden
- LV Mecklenburg/Vorpommern am 25. 4. 1990 in Rostock
- LV Thüringen am 3. 5. 1990 in Erfurt
- LV Brandenburg und Berlin (Ost) am 12. 5. 1990 in Potsdam
- LV Sachsen-Anhalt am 12.6. 1990 in Magdeburg

Nach diesen Gründungen ist die Bezirksgruppe Berlin/West, die früher zum Landesverband Niedersachsen und Bremen gehörte, dort ausgeschieden und hat sich dem Landesverband Brandenburg und Berlin angeschlossen. Die Partnerschaft für diesen Landesverband hat zusätzlich der Landesverband Nordrhein-Westfalen übernommen.

Ende 1990 hatten die fünf neuen Landesverbände bereits etwa 600 Einzelmitglieder. Seit 1990 wurden vom BWK in den neuen Bundesländern Fortbildungsveranstaltungen auf der Ebene der Landesverbände und der Bezirksgruppen durchgeführt. Nachdem 1990 hauptsächlich provisorische Gründungsvorstände in den Landesverbänden gewählt wurden, haben diese 1991 ihre ersten Mitgliederversammlungen durchgeführt und die satzungsgemäßen Vorstände gewählt.

Die Ingenieure und Naturwissenschaftler in Ost- und Westdeutschland hatten 40 Jahre unterschiedliche Entwicklungen durchlaufen. Deshalb ist es besonders erfreulich, dass es nirgends Berührungsängste gab. Die „neuen“ Mitglieder aus dem Gebiet der alten DDR waren

den „alten“ BWK-Mitgliedern nie fremd. Es hat sich sehr schnell durch gemeinsame Aktivitäten eine Selbstverständlichkeit der Zusammenarbeit ergeben. Dabei soll jedoch nicht verschwiegen werden, dass die Mitgliederzahl in den neuen Landesverbänden nicht in dem Maße steigt, wie es wünschenswert wäre. Die geringe Zahl der Mitglieder in den neuen Bundesländern dürfte auch auf die wirtschaftlichen und damit beruflichen Schwierigkeiten in den ostdeutschen Bundesländern nach der Wiedervereinigung zurückzuführen sein.

Im Gegensatz zu der erfreulichen Ost-Erweiterung des BWK ging die seit langer Zeit geplante Süd-Erweiterung nur schleppend voran. 1991 war es endlich soweit. Es wurden selbstständige Landesverbände in Bayern und Baden-Württemberg mit zunächst bescheidener Mitgliederzahl gegründet. Für Bayern übernahm der Landesverband Hessen und für Baden-Württemberg der BWK-Landesverband Rheinland-Pfalz und Saarland die Partnerschaft.

Die neuen Landesverbände im Süden der Bundesrepublik haben andere Entwicklungen genommen, als es in dem 1950 gebildeten Bundesverband üblich war. Die im öffentlichen Dienst tätigen Kollegen der süddeutschen Bundesländer halten sich noch zurück. Getragen wurden diese Landesverbände bisher hauptsächlich von Mitgliedern aus Ingenieurbüros, von Firmen und von den Hochschulen.

Die Hilfe beim Aufbau von insgesamt sieben neuen BWK-Landesverbänden erforderte 1990/91 die Anspannung aller Kräfte unserer ehrenamtlichen Verwaltung. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang die besonderen Leistungen unseres damaligen Bundesgeschäftsführers *Horst Schelp*. Auch im Hinblick auf die finanziellen Hilfen für die neuen Landesverbände wurde die Grenze der Leistungsfähigkeit des BWK erreicht. Alle, die beim Aufbau der neuen Landesverbände beteiligt waren, haben diese Arbeit nicht nur aus Überzeugung, sondern auch mit Freude geleistet.

Nachdem die sieben neuen Landesverbände auf der Grundlage der Mustersatzung des Bundesverbandes gegründet waren, konnte die Bundesversammlung 1990 in Bremen die Auf-

nahme der fünf Landesverbände in den neuen Bundesländern und 1991 in Erfurt die Aufnahme der zwei neuen Landesverbände in Süddeutschland beschließen. Diese Beschlüsse sind manchem Mitglied der Bundesversammlung als Höhepunkt seiner Arbeit in Erinnerung geblieben.

Im März 1991 hat erstmalig seit der Gründung des BWK eine Bundesvorstandssitzung in Schierke (Harz) stattgefunden, an der Vertreter aus allen Ländern der inzwischen wiedervereinigten Bundesrepublik teilnahmen.

Nach eingehender Erörterung der Situation in den neuen Bundesländern reagierte der erweiterte Bundesvorstand auf die besonderen Schwierigkeiten, die sich beim Aufbau abzeichneten, mit folgender Resolution:

„In den neuen Bundesländern dürfen die Entscheidungen über Aufgaben, Verwaltungsstrukturen und Personal der Umweltverwaltungen nicht weiter verzögert werden. Allerdings müssen erst neue, funktionsfähige Verwaltungseinheiten geschaffen werden, bevor alte Strukturen abgeschafft werden. Die weitere Abwanderung bewährter Fachleute muss aufgehalten werden.

Die neuen Verwaltungseinheiten sind bevorzugt mit qualifizierten und erfahrenen Arbeitskräften aus den neuen Bundesländern zu besetzen. Nur in Ausnahmefällen sind Fachleute aus den alten Bundesländern einzustellen. Die alten Bundesländer sollten Fachleute vorzugsweise als Berater abordnen.“

IV Organisation des BWK-Bundesverbandes

Die erste Aufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg wurde dadurch abgeschlossen, dass sich die in den westdeutschen Ländern gebildeten Organisationen unseres Berufsverbandes zum Bund der Wasser- und Kulturbauingenieure zusammenschlossen. In der am 1. Januar 1951 in Kraft getretenen 1. Satzung des BWK-Bundesverbandes wurde der föderalistische Aufbau festgeschrieben. Die Landesverbände erfassten die Einzelmitglieder, während der Bundesverband, dessen Sitz seit 1951 Hannover ist, von allen Landesverbänden gebildet wird. Dies sind derzeit die Landesverbände:

1. Baden-Württemberg
2. Bayern
3. Brandenburg und Berlin
4. Hessen
5. Mecklenburg-Vorpommern
6. Niedersachsen und Bremen
7. Nordrhein-Westfalen
8. Rheinland-Pfalz und Saarland
9. Sachsen
10. Sachsen-Anhalt
11. Schleswig-Holstein und Hamburg
12. Thüringen

Die Organe des Bundesverbandes sind die Bundesversammlung und der Bundesvorstand.

Oberstes Organ des Bundesverbandes ist die Bundesversammlung.

1. Bundesversammlung

Sie setzt sich aus den von den Landesverbänden gewählten Bundesvertretern, dem Bundesvorstand und den Ehrenmitgliedern zusammen. Jeder Landesverband entsendet je angefangene 100 Mitglieder einen stimmberechtigten Bundesvertreter. Vornehmste Aufgabe der Bundesversammlung ist es, über die Grundsätze zur Erfüllung der Aufgaben des BWK zu beraten und zu beschließen. Neben der Wahrnehmung der satzungsgemäßen Aufgaben trägt die jährlich stattfindende Bundesversammlung auch ganz wesentlich dazu bei, dass Einzelmitglieder des BWK sich über die Landesgrenzen hinaus kennenlernen und dadurch den Zusammenhalt fördern.

2. Bundesvorstand

Der Bundesvorstand leitet den Bund und vertritt ihn nach innen und außen. Er ist der Bundesversammlung verantwortlich.

Die Wahrnehmung der Interessen der BWK-Mitglieder gegenüber der Regierung und den politischen Gremien der Bundesrepublik Deutschland sowie die Mitwirkung bei technisch-wissenschaftlichen Organisationen auf Bundesebene ist Sache des Bundesvorstandes. Daneben hat er die Landesverbände bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu beraten und zu unterstützen.

Dem Bundesvorstand gehören der Präsident, der Vizepräsident, der Bundesgeschäftsführer, der Bundesschatzmeister, die Vorsitzenden und Geschäftsführer der Landesverbände, der Gesamtkoordinator für die technisch-wissenschaftlichen Arbeitsgruppen, die Referenten für Ausbildung, Fortbildung, gesellschaftliche Auswirkungen der Umwelttechnik, Öffentlichkeitsarbeit und der Stellvertretende Bundesgeschäftsführer an.

Seit 1991 ist zu beobachten, dass der Geschäftsführende Vorstand (Präsident, Vizepräsident, Geschäftsführer und Schatzmeister) zunehmend organisatorische Aufgaben wahrnimmt.

3. Bundeskongress

Seit 1986 führt der BWK-Bundesverband im Anschluss an die Bundsversammlung einen ganztägigen Bundeskongress mit Fachthemen in eigener Regie durch. Bis dahin hatte die Bundsversammlung in Verbindung mit der Jahrestagung eines Landesverbandes getagt. Für die Gestaltung des fachlichen Teiles war bis dahin der Landesverband zuständig. Der Kongressteil wird jedoch nicht mehr vom jeweiligen Landesverband, sondern vom Bundesvorstand gestaltet. Durch die gute Reputation

des BWK-Bundesverbands ist es gelungen, angesehene Referenten für den Kongress zu gewinnen und zugleich eine Plattform einzurichten, um sich zu aktuellen fachlichen Fragen auf Bundesebene zu äußern. Inzwischen ist dieser Bundeskongress zu einer festen Einrichtung geworden. Die Themen der bisherigen Veranstaltungen sind der Anlage zu entnehmen.

Außerdem hat sich eingebürgert, vor und während der Tage von Bundesversammlung und Bundeskongress zusätzliche, allerdings kostenpflichtige Seminare zu aktuellen Fachthemen, insbesondere aus der Regelwerksarbeit, anzubieten. Dadurch kann auch den unterschiedlichen Fachinteressen der BWK-Mitglieder oder Interessierter Rechnung getragen werden.

4. Bundesausschüsse und Beauftragte

Wichtige Arbeit wird für den BWK-Bundesverband in den Bundesausschüssen unter Leitung der Referenten des Bundesvorstandes und durch Beauftragte geleistet.

1953 beschloss die Bundesversammlung in Siegen die Bildung des ersten Fachausschusses auf Bundesebene. Gegründet wurde der Ausschuss für berufsständische Fragen. Nach den guten Erfahrungen mit diesem ersten Bundesausschuss kam es später zur Bildung weiterer Ausschüsse. Diese Ausschüsse haben die Aufgabe, die Arbeit des Bundesvorstandes zu unterstützen, die entsprechende Tätigkeit der Landesverbände zu koordinieren und gegenseitige Erfahrungen auszutauschen. Mitglieder der Ausschüsse sind die Referenten der Landesverbände und die von der Bundesversammlung gewählten Referenten des Bundesverbandes. Die Vorsitzenden dieser vier Ausschüsse gehören als Referenten dem Bundesvorstand stimmberechtigt an. Nach der 1987 beschlossenen Satzung sind Ausschüsse einzurichten für:

- Ausbildung
- Fortbildung

- Öffentlichkeitsarbeit
- gesellschaftliche Auswirkungen der Umwelttechnik.

Hervorzuheben ist besonders die Tätigkeit unserer ehrenamtlichen Geschäftsführer des Bundes und der Landesverbände. Bei ihnen laufen alle Fäden der BWK-Arbeit zusammen. Dabei haben ihre Zusammenkünfte nicht den Status eines Ausschusses. Ihr ehrenamtliches Engagement in allen organisatorischen Fragen, das verbunden ist mit steigender Verwaltungsarbeit in der so genannten Freizeit, ist die entscheidende Voraussetzung für eine erfolgreiche BWK-Arbeit!

Zur Bearbeitung besonderer Angelegenheiten können vom Bundesvorstand weitere Arbeitskreise oder Beauftragte für besondere Aufgaben berufen werden. Wichtige Funktionen sind wahrzunehmen in Organisationen auf Bundesebene, in denen der BWK vertreten ist. Nach dem Stand 2004 wird der BWK im Präsidium des ZBI und der Arbeitsgemeinschaft Deutsche Wasserwirtschaft (ADW) vertreten durch den Präsidenten und den Bundesgeschäftsführer. BWK-Mitglieder, die dem Bundesvorstand nicht angehören, wurden als Beauftragte ernannt:

- im deutschen Normenausschuss Wasser des DIN (NAW)
- im Verein „Kongress und Ausstellung Wasser Berlin“
- im Verein zur Förderung des Institutes für das Recht der Wasserwirtschaft an der Universität Bonn
- in den Arbeitskreisen des ZBI
- für Ausstellungen im Rahmen des Bundeskongresses
- für die technisch-wissenschaftlichen Arbeitsgruppen
- für die Zeitschrift WASSER UND ABFALL

Viel Arbeit muss von den Ausschussmitgliedern und Referenten sowie den Beauftragten geleistet werden, um die Meinungen des BWK zu erarbeiten und diese dann auch nach innen und außen zu vertreten.

5. Landesverbände

Die seit 1991 in allen Bundesländern bestehenden BWK-Landesverbände bilden den Bundesverband. Sie sind eigenständig und führen auf der Grundlage eigener Satzungen ihre Arbeiten durch. Die Vorteile dieses föderalistischen Aufbaues im BWK liegen darin, dass die Landesverbände eine überschaubare Anzahl von Einzelmitgliedern haben und sich auf die jeweiligen landesspezifischen, fachlichen und politischen Gegebenheiten einstellen können. Jährlich führen alle Landesverbände eigene Mitglieder- oder Delegiertenversammlungen, verbunden mit einer Fachtagung, durch. Diese Fachtagungen werden in der Regel zum Anlass genommen, bestimmte Themen öffentlich bekanntzumachen. Ein ganz wichtiger Bestandteil der Arbeit unserer Landesverbände besteht in der Fortbildung der Mitglieder. In der Regel wird einmal jährlich ein mehrtägiger Fortbildungslehrgang zu einem aktuellen Thema durchgeführt. Daneben veranstalten Landesverbände Baustellenbesichtigungen, Auslandsreisen usw. Die beim Bundesverband genannten Fachausschüsse sind auch Tätigkeitsfelder der Landesverbände. Für Ausbildung, Fortbildung, Öffentlichkeitsarbeit und berufsständische Angelegenheiten gibt es in den Landesvorständen Referenten. Diesen Referenten können Fachausschüsse zugeordnet werden.

6. Bezirksgruppen

Eine herausragende Bedeutung für die gesamte BWK-Arbeit haben die im Bundesgebiet und seinen 12 Landesverbänden bestehenden mehr als 50 Bezirksgruppen. Schon bald nach dem Beginn der Aufbauarbeit nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die räumlich nahe zueinander wohnenden BWK-Mitglieder zu Bezirksgruppen zusammengeschlossen. In diesen Bezirksgruppen kann jedes Einzelmitglied Aktivitäten entwickeln. Die Bezirksgruppen dienen dem fachlichen Erfahrungsaustausch und dem persönlichen Kennenlernen der Mitglieder.

Ausdrücklich wird in den jetzt geltenden Satzungen die Bezirksgruppenarbeit als das Hauptarbeitsfeld für die Erfüllung der Verbandsaufgaben hervorgehoben. Die Bezirksgruppen vertreten in ihrem Bereich den BWK nach außen. Wichtig ist insbesondere für die Bezirksgruppenarbeit die Durchführung von Veranstaltungen für die Mitglieder der Bezirksgruppen. Fachvorträge und Besichtigungen dienen der ortsnahen Fortbildung der Mitglieder. Bewährt hat sich die Praxis mehrerer Landesverbände, dass die Vorsitzenden der Bezirksgruppen als stimmberechtigte Mitglieder des Landesverbandes in die Bundesversammlung entsandt werden. Auf diese Weise ist gewährleistet, dass Beschlüsse der Bundesversammlung unmittelbar und schnell auf der Ebene der Bezirksgruppen umgesetzt und beachtet werden. Gleichzeitig haben die Vertreter der Bezirksgruppen damit auch direkten Einfluss auf die Arbeit des Bundesverbandes. Das örtliche Ansehen des BWK ist fast ausschließlich davon abhängig, ob die Arbeit der zuständigen Bezirksgruppe erfolgreich ist.

7. Satzungen

Rechtliche Grundlagen für die gesamte BWK-Arbeit sind die Satzungen des BWK-Bundesverbandes und seiner Landesverbände. Seit der Bildung des Bundesverbandes im Jahr 1950 haben sich ohne Zweifel die Schwerpunkte der fachlichen Aufgaben des BWK und seiner Mitglieder erheblich verlagert. Die Grundzüge der 1951 erarbeiteten Satzungen sind jedoch bis heute erhalten geblieben.

1984 wurde auf Bundesebene ein Satzungsausschuss eingesetzt, der Vorschläge über Mitgliedschaft, Aufgaben des Verbandes und eine neue Namensgebung machen sollte. Insbesondere die Entwicklung in der Abfallwirtschaft hatte seit 1972 dazu geführt, dass viele Kollegen inzwischen in diesem Arbeitsfeld tätig wurden. Es waren wilde Müllkippen zu schließen. Bautechnische Fragen moderner Deponien und die Lösung der Sickerwasserprobleme boten manchem

Wasserwirtschaftler den Einstieg in die Abfalltechnik. Deshalb sollte die Abfallwirtschaft gleichwertig neben der Wasserwirtschaft in der Satzung genannt werden. Über den Namen des Verbandes gab es viele Diskussionen. Einigkeit bestand jedoch darüber, dass der Kurzname BWK auf keinen Fall aufgegeben werden sollte. Nach der Vorarbeit des Satzungsausschusses und intensiven Beratungen in den Vorständen des Bundes und der Landesverbände sowie nach Abstimmung mit den für die Eintragung zuständigen Amtsgerichten hat die Bundesversammlung 1987 in Eckernförde das neue Satzungswerk des BWK verabschiedet. Diese neue Bundessatzung trat nach der Eintragung beim Amtsgericht in Hannover im Mai 1988 in Kraft.

Neben vielen kleinen Änderungen gegenüber früheren Regelungen sind einige neue

Bestimmungen bemerkenswert: Im § 2 (Aufgaben) wurde die Mitwirkung bei der Lösung technischer und naturwissenschaftlicher Aufgaben der Abfallwirtschaft besonders hervorgehoben. Auch die Regelungen, dass Fortbildungsveranstaltungen auf Bundesebene durchzuführen sind, und die Vorschrift, dass der Bund in einer Rahmensatzung Regelungen für die Landesverbände verbindlich treffen muss, sind neu. Bezüglich der Vertretung berufsständischer Angelegenheiten, der Fortbildung, der Öffentlichkeitsarbeit und der Information durch die Verbandszeitschrift wurden die Aufgaben neu formuliert. Die technisch-wissenschaftliche Arbeit wurde als neues Aufgabenfeld in der Satzung ausdrücklich betont. Danach ist es Aufgabe des BWK, Forschungsvorhaben anzuregen und wissenschaftliche Erkenntnisse in die Praxis umzusetzen. Zur

Rahmenkompetenz des Bundes gehört es auch, dass die Landesverbände wichtige Bestimmungen der Rahmensatzung nicht ohne Zustimmung des Bundes ändern dürfen. Für Einzelmitglieder besteht eine Doppelmitgliedschaft im jeweiligen Landesverband und im Bundesverband. Im Hinblick auf die ständig sich erweiternden Aufgaben des BWK-Bundesverbandes ist es bemerkenswert, dass die bewährte BWK-Tradition, alle Arbeit ehrenamtlich durchzuführen, im § 21 der Satzung ausdrücklich festgeschrieben wurde.

Aus der Diskussion über eine neue Bundessatzung heraus ergab sich die Notwendigkeit, auch ein Muster für neue Landessatzungen zu entwickeln. Man war bei der Gründung der Landesverbände des BWK in den ersten Jahren von einem einheitlichen Satzungsmuster ausgegangen. Durch die Satzungshoheit der

einzelnen Landesverbände waren jedoch in der Zwischenzeit unterschiedliche Satzungen entstanden. Es bestand Einigkeit, den föderalistischen Aufbau des BWK zu erhalten, die Landesverbandssatzungen jedoch so einheitlich wie möglich zu gestalten. Auch diese Mustersatzung wurde 1987 in Eckernförde verabschiedet.

Die damals bestehenden Landesverbände haben durch Beschlüsse ihrer Mitgliederversammlungen ihre Satzungen der neuen Rahmensatzung angepasst. Die neuen Satzungen traten 1988 und 1989 in Kraft.

Während der Beratungen und der Verabschiedung der neuen Satzungen war noch nicht zu erkennen, welche Bedeutung dieses Werk für die Bildung neuer BWK-Landesverbände in den neuen Bundesländern haben würde. Die an anderer Stelle beschriebene Gründung neuer BWK-Landesverbände wurde wesentlich

dadurch erleichtert, dass gute und moderne Satzungsmuster zur Verfügung standen.

Aber die Entwicklung ging weiter: Zum einen drängten die BWK-Mitglieder in den neuen Landesverbänden und die jüngeren BWK-Mitglieder auf eine deutliche Verstärkung der technisch-wissenschaftlichen Arbeit im BWK, insbesondere auch der Regelwerksarbeit. Außerdem waren der Bodenschutz und die Altlastensanierung als neue Arbeitsfelder für BWK-Mitglieder hinzugekommen. Zum anderen erkannten die Finanzämter den BWK wegen seiner berufsständischen Arbeit nicht als gemeinnützig an. Der Versuch, das Problem durch einen Förderverein zu lösen, war wenig erfolgreich. Trotz größter Bemühungen, insbesondere des Bundesgeschäftsführers *Horst Schelp* und des Vorsitzenden *Jens-Christian Rothe*, hielt sich die Einwerbung von Sponsorengeldern in Grenzen.

Vor diesem Hintergrund wurden die Satzung des BWK-Bundesverbandes und die Mustersatzung der BWK-Landesverbände nochmals überarbeitet und der Entwicklung angepasst. Die neuen Satzungen wurden am 19. September 1996 in Cottbus genehmigt. Die wichtigste und für viele auch schmerzlichste Änderung war sicherlich die Streichung der berufsständischen Aufgaben des BWK-Bundesverbandes und die Konzentrierung auf die technisch-wissenschaftlichen Aufgaben. Den BWK-Landesverbänden

sollte jedoch freigestellt bleiben, weiterhin berufsständische Aufgaben nach ihrer Landessatzung wahrzunehmen. Dementsprechend sieht die Mustersatzung Alternativen vor. Die Landesverbände Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen und Bremen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Hamburg sowie Thüringen haben sich in der Folgezeit für eine Fortführung der berufsständischen Arbeit entschieden, während die Landesverbände Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen wie der Bundesverband als gemeinnützige Verbände arbeiten. Selbstverständlich beobachten auch der BWK-Bundesverband und die technisch-wissenschaftlich tätigen BWK-Landesverbände die Umweltpolitik und deren gesellschaftspolitische Auswirkungen und nehmen zu politischen Fragen Stellung.

Um die berufsständischen Aktivitäten der BWK-Landesverbände zu koordinieren und in wichtigen Fragen mit einer Stimme zu agieren, wurde die Arbeitsgemeinschaft der berufsständigen Landesverbände ohne eigenen Rechtsstatus gegründet. Der Bundesverband und die gemeinnützigen Landesverbände nehmen an den Sitzungen mit beratender Stimme teil. Den Vorsitz und die Geschäftsführung übernehmen der jeweilige BWK-Präsident und der BWK-Bundesgeschäftsführer.

V Fach- und Verbandszeitschriften des BWK

1. WASSER & BODEN

Nach den guten Erfahrungen des Verbandes Deutscher Kulturtechniker (VDK) mit einer eigenen Verbandszeitschrift wurden bald nach dem Zweiten Weltkrieg Möglichkeiten zur Herausgabe einer eigenen Verbandszeitschrift geprüft. Dem Verband in Schleswig-Holstein und Hamburg gelang bereits im Herbst 1948 wieder eine eigene Fachzeitschrift unter dem Titel: „Das Wasser“ herauszugeben. In Verbindung mit dem Zusammenschluss der Landesverbände Schleswig-Holstein und Hamburg

mit dem bereits damals mitgliederstarken Landesverband Niedersachsen und Bremen konnte im April 1949 das erste Heft der neuen Fach- und Verbandszeitschrift „WASSER & BODEN“ herausgegeben werden. Dies gelang nur, weil *Ferdinand Schweicher* aus Hannover zusammen mit *Bodo Cousin* im Hans Keune-Verlag einen Partner für die Herausgabe einer Zeitschrift für den BWK fand. Dieser Verlag übernahm das alleinige finanzielle Risiko und konnte die damals notwendige Lizenz sowie die Papierzuteilung bei der britischen Militärregierung erwirken. Einem kleinen Redaktions-

stab gelang es, von kompetenten Autoren Fachaufsätze zu vielseitigen wasserwirtschaftlichen Themen, die die Probleme der Zeit widerspiegeln, einzuwerben. Daneben wurde über aktuelle Ereignisse in der Wasserwirtschaft und im BWK berichtet.

Die Zeitschrift WASSER & BODEN blieb bis zum Jahr 1999 die Fach- und Verbandszeitschrift des BWK. In den Satzungen der Landesverbände war vorgeschrieben, dass sie allen Mitgliedern zuzustellen ist. Die Kosten trugen die Landesverbände. Die Zeitschrift ist damit ein wichtiges Bindeglied zwischen Bundesverband, den Landesverbänden und den Einzelmitgliedern. Mit 12 Heften im Jahr, die je 7 bis 9 Fachaufsätze enthielten, hatte unsere Zeitschrift auch einen sehr großen Anteil an der Fortbildungsarbeit des BWK.

Zwischen 1952 und 1992 erschien zur Jahresmitte ein Doppelheft mit dem Jahresbericht der Wasserwirtschaft. Von 1993 bis 1999 wurden der Abfall- und der Wasserwirtschaft im Juni bzw. Juli jeweils eigene Schwerpunktheft mit den Jahresberichten gewidmet. Darin stellten die Länder bedeutende Maßnahmen dar und gaben eine Übersicht über die angewendeten Mittel. Über ihr Wirken berichteten Bund, Länder und kommunale Spitzenverbände bereits seit 1990 auch im Bereich Abfallwirtschaft. Die Zeitschrift hat sich damit inhaltlich ständig auf die veränderten Arbeitsfelder der BWK-Mitglieder eingestellt.

Es gab in den Jahren vor 1970 Überlegungen, WASSER & BODEN enger an den BWK anzubinden. Erwogen wurde sogar, die Zeitschrift vom BWK selbst herauszugeben und damit auch das finanzielle Risiko zu tragen. Das Ergebnis der Diskussion war eine Vereinbarung zwischen dem Verlag und den Organen des BWK, die von der Bundesversammlung 1970 in Boppard beschlossen wurde. In dieser Vereinbarung räumte der Verlag dem Verband ein Mitwirkungsrecht in Fragen des beiderseitigen Interesses ein.

Gegenstand der Mitwirkung waren die Bildung der Schriftleitung, die Gestaltung der Zeitschrift und finanzielle Fragen, soweit sie den Verband und den Verlag gemeinsam be-

rührten. Später wurde der BWK durch einen Beauftragten des Bundesvorstandes gegenüber dem Verlag vertreten. Bewährt hatte sich die Regelung, dass der jeweilige Präsident des BWK der Schriftleitung angehörte.

1973 wurde WASSER & BODEN 25 Jahre alt. Aus diesem Anlass konnte eine gute Erfolgsbilanz gezogen werden. Das Heft 12/1973 erschien unter dem Generalthema: „25 Jahre im Dienste der Wasserwirtschaft“. Das damalige Mitglied der Schriftleitung, *Zölsmann/ Bonn*, schrieb aus diesem Anlass über die Aufgabe der Zeitschrift WASSER & BODEN:

„Aufgabe einer Fachzeitschrift ist es, das Geschehen auf dem von ihr vertretenen Fach aufmerksam zu verfolgen und ausführlich zu berichten und aufzuklären.

Eine Fachzeitschrift wie WASSER & BODEN muss aber auch Probleme fordernd behandeln und durch Diskussionen mithelfen, dass nicht vertretbare Erscheinungen abgestellt werden. Sie muss mit dazu beitragen, dass die Technik nicht zum Selbstzweck und die Menschheit nicht zum Sklaven der Technik wird. Ihre vornehmste Aufgabe ist die Mitwirkung bei der Nutzung der technischen Errungenschaften zum Wohle der Allgemeinheit.

Zweifellos gibt es verschiedene Wege, die Aufgabe einer Fachzeitschrift zu erfüllen. WASSER & BODEN entschied sich von Beginn an für die Berichterstattung und Unterrichtung durch Fachaufsätze, die 3-4 Druckseiten nicht überschreiten sollten. Erst in zweiter Linie ist die Zeitschrift für längere wissenschaftliche Abhandlungen offen. Dazu kommt die aktuelle Berichterstattung über Veranstaltungen und Veröffentlichungen, über das Recht sowie über berufsständische Probleme.“

Die damals genannten Aufgaben unserer Zeitschrift können rückblickend auch heute noch als maßgebend gelten.

„Seit alters her ist eine hoch entwickelte Wasserwirtschaft Voraussetzung, Grundlage und Gradmesser für die Kulturstufe eines Volkes gewesen. Das Interesse hierfür zu wecken und

zur Verwirklichung dieses hohen Zieles beizutragen ist die Aufgabe der Zeitschrift WASSER & BODEN.“

Dieser Satz ist ein Zitat aus einem Geleitwort zum ersten Heft unserer Verbandszeitschrift. Verfasst hat dieses Geleitwort der Reichsminister a.D. Dr. *Schlange-Schöningen*, der damals Direktor der „Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des vereinigten Wirtschaftsgebietes“ war. Mit Genugtuung können alle BWK-Mitglieder feststellen, dass alle unsere Verbandszeitschriften die damals gestellten hohen Ansprüche bis heute erfüllt haben.

Mit 1.000 ständigen Beziehern fing die Zeitschrift 1949 an und entwickelte sich bald zu einer der großen Zeitschriften der deutschen Wasserwirtschaft, die auch im Ausland beachtliche Verbreitung fand. 1992 betrug die Druckauflage rd. 7.500 Stück, von denen rd. 5.100 Exemplare an BWK-Mitglieder verteilt wurden. Weitere 260 Stück gingen 1992 in 45 europäische und überseeische Länder.

23 Jahre lang – bis 1971 – war der damalige Bundesvorsitzende des BWK *Ferdinand Schweizer* Hauptschriftleiter der Zeitschrift. Schriftleiter war, wie schon vorher bei der Zeitschrift „Das Wasser“, 29 Jahre lang bis 1976 *Bodo Cousin*. Mit seinem Ausscheiden aus dem aktiven Berufsleben übergab *Bodo Cousin* die Schriftleitung an *Hans-Jürgen Kylau* aus Lübeck. Er leitete die Redaktion bis 1995, danach übernahm Prof. Dr.-Ing. *Bernhard Haber* die Schriftleitung.

WASSER & BODEN wurde bis zum 31. Dezember 1995 vom Paul Parey Zeitschriftenverlag in Hamburg verlegt. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Verband und Verlag brach mit dem Verkauf an den Blackwell Wissenschaftsverlag in Berlin ab. Dabei zeigte sich auch, dass der Vertrag zwischen Verlag und BWK nicht mehr den Erfordernissen eines kooperativen Umgangs entsprach und die Stellung des Verbandes äußerst schwach war. Daher kündigte der BWK diesen alten Vertrag form- und fristgerecht zum 31. Dezember 1998. Alle Versuche, mit dem Verlag zu einer zu-

kunftsfähigen Vertragsgestaltung zu kommen scheiterten, sodass sich der BWK gezwungen sah, an Hand eines Pflichtenheftes mit anderen Fachverlagen über die Herausgabe einer Fach- und Verbandszeitschrift zu verhandeln. Geprüft wurde auch die Herausgabe der Zeitschrift im Eigenverlag.

2. WASSER UND ABFALL

Nach vielen intensiven Verhandlungen konnte dann mit der Friedrich Vieweg & Sohn Verlagsgesellschaft mbH in Wiesbaden ein zukunftsfähiger Vertrag geschlossen werden. Dieser Verlag gehörte seinerzeit zur Bertelsmann Verlagsgruppe. Im Frühjahr 2003 haben die Investmenthäuser Cinver und Candover die gesamte Fachverlagssparte Bertelsmann-Springer vom Bertelsmann Konzern erworben. Die Investmentgruppe hatte bereits im Januar 2003 das niederländische Verlagshaus Kluwer Academic Publishers übernommen. Durch den geplanten Zusammenschluss beider Verlage soll die weltweit zweitgrößte Fachverlagssgruppe im Bereich Wissenschaft, Technologie und Medizin entstehen.

Leider lag das Titelrecht für WASSER & BODEN seinerzeit beim Blackwell Wissenschaftsverlag und war weder vom BWK noch von der Friedr. Vieweg & Sohn Verlagsges. für einen vertretbaren Kaufbetrag zu erwerben. Daher entschlossen sich die Vertragspartner zur Herausgabe einer neuen Zeitschrift unter dem Titel „WASSER UND ABFALL“. Seit dem 1. Januar 1999 erscheint WASSER UND ABFALL als Fach- und Verbandszeitschrift des BWK.

Die Leitung der Redaktion von WASSER UND ABFALL hat seit dem 1. Januar 1999 *Edgar Freund* übernommen. Nicht zuletzt seinem hohem Engagement ist der erreichte Erfolg zu danken. Ihm zur Seite stehen eine schlagkräftige Redaktion aus Kollegen, die schon früher bei WASSER & BODEN Erfahrungen gesammelt hatten und junge Kolleginnen und Kollegen, die neu dazu gestoßen sind. Das Redaktionsbüro leitet Frau Ruth Treudt aus Wiesbaden.

Die Ironie des Schicksals wollte es, dass der Blackwell Wissenschaftsverlag im Jahr 2003 WASSER & BODEN an die Friedr. Vieweg & Sohn Verlagsges. verkaufte und dieser dem BWK das Angebot machte, beide Zeitschriften unter dem Titel WASSER UND ABFALL zusammenzuführen. Seit dem 1. September 2003 ist diese Zusammenführung umgesetzt. Aus diesem Anlass schrieb der damalige Präsident des BWK in seinem Editorial zu Heft 8 von WASSER UND ABFALL:

„Wer hätte 1998/99 geahnt, dass im September 2003 das ehemalige BWK-Verbandsorgan WASSER & BODEN in der neuen Fach- und Verbandszeitschrift des BWK WASSER UND ABFALL aufgehen würde. Sie erinnern sich: Im Dezember 1998 endete der Vertrag zwischen BWK und Parey Buchverlag. Der BWK musste sich von seiner Fach- und Verbandszeitschrift trennen. Das war seinerzeit ein bitterer Schritt,

denn fast 50 Jahre waren Verband und Zeitschrift einen gemeinsamen Weg gegangen. Aber die neuen Eigentümer des Parey Buchverlages waren 1998 nicht bereit, einen zukunftsfähigen Kooperationsvertrag mit dem BWK zu schließen.

In intensiven und sorgfältigen Verhandlungen wurde erreicht, dass der BWK ab Januar 1999 eine neue Fach- und Verbandszeitschrift unter dem Titel WASSER UND ABFALL im Vieweg Verlag herausbringen konnte. Mit großem Engagement haben sich Verlag und Redaktion in der Folgezeit bemüht, eine fachlich herausragende Fachzeitschrift zu konzipieren, die auch in wirtschaftlich äußerst schwieriger Zeit eine sichere Grundlage erreicht hat. Dafür sei allen Verantwortlichen an dieser Stelle herzlich gedankt.

Leider verlief die Entwicklung von WASSER & BODEN nicht so gut. Daher hat der BWK mit großem Interesse die Verhandlungen des Vie-



**100 JAHRE
BUND DER INGENIEURE FÜR WASSERWIRTSCHAFT
ABFALLWIRTSCHAFT UND KULTURBAU E. V.**

**WIR WÜNSCHEN ALLES GUTE FÜR DIE
WEITERE ZUKUNFT**

INGENIEURBÜRO FRILLING

Dipl.-Ing. Werner Frilling – Beratender Ingenieur VBI
Ingenieurbüro für Bauwesen und Umwelttechnik

Rombergstraße 46, 49377 Vechta – Postfach 1564, 49364 Vechta,
Tel. 0 44 41/87 04-0, Fax: 87 04-80, e-mail: info@if-vechta.de

weg Verlages verfolgt, die Zeitschrift zu kaufen und mit WASSER UND ABFALL zusammenzuführen. Ich verhehle es nicht: Ich freue mich, dass dies gelungen ist. Die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit sind besonders günstig. Alle Redakteure haben auch schon in der Redaktion von WASSER & BODEN zusammengearbeitet, alle haben Erfahrung, wie eine ansprechende Fachzeitschrift von hoher Qualität gestaltet werden muss. Herzlich begrüßen möchte ich in diesem Kreis den bisherigen Chefredakteur von WASSER UND BODEN, Herrn Prof. Dr.-Ing. Martin Faulstich. Ebenso froh bin ich, dass sich auch weiterhin Herr Ministerialdirigent Dipl.-Ing. Edgar Freund als Chefredakteur von WASSER UND ABFALL engagiert. Unterstützt wird die Redaktion von einer erfahrenen Verlagsleitung unter Dr. Heinz Weinheimer. Zugleich verbessern sich auch die wirtschaftlichen Grundlagen.“

Der Inhalt der Fachzeitschrift orientierte sich weiterhin sehr stark an den Arbeitsfeldern der BWK-Mitglieder. Eine Leserbefragung hat im Jahr 2002 die Akzeptanz und die inhaltliche Gestaltung von WASSER UND ABFALL noch einmal ausdrücklich bestätigt. Dennoch darf ein solches Ergebnis nicht zum Anlass für ein Innehalten gewertet, sondern muss als Anreiz für eine stetige Weiterentwicklung des Profils verstanden werden. Seit 1979 führte WASSER & BODEN den Untertitel „Zeitschrift für die gesamte Wasserwirtschaft“. 1990 wurde der Untertitel geändert in „Zeitschrift für die Wasser- und Abfallwirtschaft“. Die neue Zeitschrift WASSER UND ABFALL führt seit Beginn ihres Erscheinens die Untertitel „Boden–Altlasten–Umweltrecht“.

Gestartet ist WASSER UND ABFALL im Jahr 1999 mit 2.400 Abonnements, im Jahr 2004 wurden 5.400 Exemplare pro Ausgabe im Abonnement verkauft.

3. Der Ferdinand-Schweicher-Preis

1970 wurde der damalige Ehrenvorsitzende unseres Bundesverbandes, Ministerialdirigent a. D. Dr.-Ing. E. H. *Ferdinand Schweicher*, 75 Jahre

alt. Aus diesem Anlass stiftete der Verlag den Ferdinand-Schweicher-Preis. Verliehen wurde dieser Preis von 1970 bis 1999 für die nach Form, Inhalt und Aussage wertvollste Veröffentlichung eines Jahrganges in der Zeitschrift WASSER & BODEN.

Ausgezeichnet werden sollten in erster Linie die Verfasser von Aufsätzen, die den Lesern der Zeitschrift in knapper und anspruchsvoller Form neue Impulse für ihr Schaffen geben. Eine Liste der Preisträger findet der interessierte Leser im Anhang. Überreicht wurde dieser Preis in der Regel vom Präsidenten des BWK anlässlich des Bundeskongresses.

Dieser Preis konnte leider seit dem Verlagswechsel 1999 nicht weiter verliehen werden, weil die finanziellen Möglichkeiten dies nicht mehr zuließen.

4. Die Grünen Blätter

Eine sehr persönliche Note erhält die Zeitschrift für die BWK-Mitglieder durch die BWK-Mitteilungen auf grünem Papier. Sie erscheinen seit 1965 als ständige Einlage zunächst von WASSER & BODEN später von WASSER UND ABFALL. Die Mitteilungen gewährleisten einen ständigen Informationsfluss innerhalb des BWK, sie schaffen bessere Kontakte, helfen, den Meinungsaustausch zu pflegen, und wirken werbend nach außen. Nicht nur die Vorstände des Bundesverbandes und der Landesverbände haben die Möglichkeit, Informationen an ihre Mitglieder zu geben. Bemerkenswert sind vor allem die Mitteilungen der Bezirksgruppen und Informationen von Einzelmitgliedern. Dass es sich bei den „Grünen Blättern“ um „Familiennachrichten“ des BWK handelt, wird auch dadurch dokumentiert, dass der jeweilige Bundesgeschäftsführer oder die Bundesgeschäftsführerin verantwortlich für die Schriftleitung ist.

Darüber hinaus hat der BWK hier eine Plattform, um über seine Regelwerksarbeit zu berichten und zu Fortbildungsveranstaltungen einzuladen. Auch wichtige Mitteilungen des ZBI finden hier einen Platz.

VI Aktivitäten des BWK

1. Berufsständische Arbeit

Der BWK hatte bis 1996 nach seiner Satzung die berufsständischen Angelegenheiten seiner Mitglieder zu vertreten. Schon in der Vorgängerorganisation – dem VDK – waren berufsständische Themen ständig auf der Tagesordnung. Mehr als 90 Jahre wurde also berufsständische Arbeit in unserem Berufsverband auf allen Ebenen geleistet. Hauptziel war es, das Ansehen unseres Berufsstandes in der Öffentlichkeit – auch bei erkennbarer Technikfeindlichkeit – zu verbessern. Dazu gehören auch Fragen der Honorare und der Vergütungen für Ingenieur Tätigkeiten. Gewerkschaftliche Ziele hat der BWK nie verfolgt.

Zur Meinungsbildung des BWK hat der berufsständische Ausschuss hervorragende Arbeit geleistet. Er wurde als erster Ausschuss des Bundesverbandes bereits 1953 gebildet. Berufsständische Ausschüsse gibt es darüber hinaus in den BWK-Landesverbänden. Im berufsständischen Ausschuss des Bundesverbandes wurde die Meinung des BWK zu allen aktuellen Fragen erarbeitet. Das Ergebnis der Beratungen wurde dem Bundesvorstand bzw. der Bundesversammlung zur Entscheidung vorgelegt und floss zeitweilig auch direkt in die Arbeit des ZBI ein. In den Arbeitskreisen des ZBI erfolgte eine Abstimmung mit den anderen berufsständischen Ingenieurvereinen.

Es ist die Aufgabe der berufsständischen Ausschüsse, zu jeweils aktuellen Themen Meinungen zu erarbeiten. Es würde den Rahmen dieser Chronik sprengen, die vielen Themen der letzten Jahrzehnte hier zu erwähnen. Beispielsweise seien nur folgende genannt:

- Förderung erwerbsloser Mitglieder (1950)
- Ingenieurgesetz
- Graduierung der Ingenieure
- Hochschulrahmengesetz
- Diplomierung und Nachdiplomierung der Fachhochschulabsolventen
- Umbildung der Ingenieurschulen in Fachhochschulen
- Der Ingenieur im öffentlichen Dienst: Angestellte, Beamte, Laufbahnregelungen, Eingruppierungen
- Der Ingenieur in der Wirtschaft: Bauordnungen, Planvorlagen, Bildung von Ingenieurkammern, Privatisierung, Honorarordnung für Ingenieure
- Umsetzung des Technikervertrages
- Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den technischen Dienst im Bereich der Verwaltung
- Situation der Ingenieure und Naturwissenschaftler mit Universitätsabschluss in der Verwaltung
- Deutsche Ingenieure in der Europäischen Gemeinschaft
- Situation der Frauen mit technischer Ausbildung im Beruf
- Situation der Ingenieure und Naturwissenschaftler in den neuen Bundesländern
- Grundsatzprogramm des ZBI
- Zukünftige Aufgaben der Wasser- und Abfallwirtschaftsverwaltung bzw. der Umweltverwaltung
- Akzeptanz technischer Maßnahmen der Wasserwirtschaft und Abfallwirtschaft in der Gesellschaft
- Stellenwert von Technik und Ingenieurleistungen in der Gesellschaft
- Selbstverständnis der Ingenieure
- Verantwortung der Ingenieure gegenüber der Gesellschaft
- Erwartung der Gesellschaft an Ingenieure

Ein beachtlicher Erfolg der vom ZBI getragenen berufsständischen Arbeit war 1968 die Umbildung der deutschen Ingenieurschulen in Fachhochschulen. Man räumte ihnen das Recht ein, Selbstverwaltung zu regeln. An dieser Selbstverwaltung wurden auch die Studenten beteiligt.

Als weiteres positives Ergebnis der Neuordnung des Ingenieurschulwesens ist die Vor-

Zwei Elefanten der Wasserwirtschaft

- 1904 wird der **BWK** gegründet, **KÖSTER** hat bestimmt gratuliert.
- 1910 wird **KÖSTER** das erste Kaiserliche Patent in der Wasserwirtschaft erteilt, Nr. 227733 über ein Detail des damals üblichen Windrotor-antriebes für Schöpfwerke.
- 1954 wird der **BWK** 50 Jahre alt – da tritt dann auch **KÖSTER** ein.
- 2004 lassen sich zwei Institutionen aus der Wasserwirtschaft nicht mehr wegdenken: Der **BWK** mit 100 Jahren an Erfahrung, Wissen und Weiterbildung; **KÖSTER** mit seinen sprichwörtlich gewordenen **KÖSTER**-Pumpen und **KÖSTER**-Klappen. **KÖSTER** wünscht dem **BWK** weiterhin Erfolg, Selbstbewusstsein und gute Zusammenarbeit!
- 2011 darf dann der **BWK** gratulieren: Dann wird **KÖSTER** 150 Jahre alt ...

Pumpen und Stahlwasserbau www.koester-heide.de **KÖSTER**

schrift zu nennen, dass derjenige zum Ingenieur graduiert wird, der die staatliche Abschlussprüfung bestanden hat. Damit war endlich ein angemessener Titel für die Absolventen der Ingenieurschulen/Fachhochschulen eingeführt worden.

Schon damals war der Titel Diplom-Ingenieur für die Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen gesetzlich geschützt und gesellschaftlich angesehen. Die Absolventen der früheren Ingenieurschulen hatten zwar ein Zeugnis in der Hand, das sie berechtigte, sich Ingenieur zu nennen, diese Berufsbezeichnung war jedoch an keiner Stelle gesetzlich geschützt. Erst durch das Ingenieurgesetz Anfang der 60er-Jahre wurde klar gestellt, dass sich nur derjenige Ingenieur nennen darf, der den Abschluss einer entsprechenden Bildungseinrichtung nachweisen kann. Schon kurz vor der Neuregelung des Ingenieurschulwesens und der darin vorgeschriebenen Graduierung hatten die Länder 1966 die Bezeichnung „Ingenieur (grad.)“ eingeführt. Ein lang angestrebtes berufsständisches Ziel war durch den gesetzlichen Schutz des Ing. grad. erreicht.

Eine neue Entwicklung, die zu erheblichen Diskussionen in den Gremien des BWK führte, wurde durch das Hochschulrahmengesetz (HRG) von 1976 eingeleitet. Darin war vorgeschrieben, dass allen Hochschulabsolventen, d. h. auch den Absolventen der Fachhochschulen, der Diplomgrad verliehen wird. Diese Entwicklung fand nicht immer Beifall bei BWK-Mitgliedern mit wissenschaftlicher Ausbildung. Die Bundesversammlung forderte auf Vorschlag des berufsständischen Ausschusses, alle graduierten Ingenieure ohne Prüfungsverfahren nachzudiplomieren. In der Begründung wurde darauf hingewiesen, dass die graduierten Ingenieure die Nachdiplomierung nur dann anstreben, wenn sie durch die Berufsbezeichnung „graduierte Ingenieure“ benachteiligt würden. Dies war jedoch zu erwarten. Bemerkenswert war folgende einstimmige Resolution der Bundesversammlung 1978:

„Das HRG vom 26. 6. 1976 legt in § 18 fest, dass in Zukunft allen Hochschulabsolventen

ein Diplomgrad zu verleihen ist. Daraus ergibt sich, dass ab 1979 auch die Absolventen der Fachhochschulen diplomiert werden. Dieser Sachverhalt gibt den Fachhochschulabsolventen, die vor Inkrafttreten der Landeshochschulgesetze graduiert wurden, einen Anspruch auf Nachdiplomierung, wie er durch inzwischen in Kraft getretene Hochschulrahmengesetze auch bestätigt wird.

Die im BWK zusammengeschlossenen Ingenieure (Diplomingenieure und graduierte Ingenieure) haben diese Entwicklung nicht angestrebt. Durch das Gesetz sind erhebliche Nachteile für die graduierten Ingenieure zu befürchten, die nicht nachdiplomiert werden.

Die Bundesversammlung des BWK am 21. 9. 1978 fordert deshalb eine generelle Diplomierung aller graduierten Ingenieure. Diese Forderung wird auch erhoben im Hinblick auf die gebotene Anerkennung aller deutschen Ingenieure im Ausland und in internationalen Gremien.“

Als weitere Erfolge berufsständischer Arbeit, die hier im Einzelnen nicht näher erläutert werden können, sind insbesondere die Regelung der Honorare für freiberufliche Ingenieure durch eine Bundesverordnung sowie Verbesserungen in der Vergütung von Ingenieuren im öffentlichen Dienst zu nennen.

Gefördert hatte der BWK auch die Einrichtung von Ingenieurkammern in den Bundesländern. BWK-Kollegen sind in den Organen dieser Kammern vielfach vertreten. Damit wurden insbesondere für die freiberuflich tätigen Kollegen Berufsordnungen geschaffen, die den Vergleich zu ähnlichen Einrichtungen für Ärzte und Anwälte zulassen.

1986/87 hat der berufsständische Ausschuss ein Positionspapier des BWK zur Verbesserung der Situation des Ingenieurs der Wasser- und Abfallwirtschaft im öffentlichen Dienst erarbeitet. In diesem stark beachteten Papier wurden grundsätzliche Positionen des BWK besonders deutlich dargestellt. Dieses in Heft 9/1987 bei „BWK-Intern“ veröffentlichte Papier lautet in einem kurzen Auszug wie folgt:

„Es muss das Ziel aller politischen Entscheidungen sein, im öffentlichen Dienst für eine ausreichende Anzahl qualifizierter Ingenieure zu sorgen. Hierzu ist es nötig, Anreize für die Berufswahl zu schaffen, um das Berufsbild und die Möglichkeiten der Berufslaufbahn auch für Studienanfänger erkennbar zu machen. Im öffentlichen Dienst sind möglichst marktkonforme Arbeitsbedingungen herzustellen, um aus wirtschaftlichen Gründen qualifizierte Ingenieure nicht in andere Berufs-zweige abwandern zu lassen.“

Vor diesem Hintergrund ist vielleicht zu verstehen, wie schwer es Bundesvorstand und Bundesversammlung 1997 gefallen ist, die berufsständische Arbeit als ein Zweck des Verbandes aufzugeben, um andererseits die Gemeinnützigkeit des BWK zu sichern. Dennoch weist die gültige Satzung in § 2 – „Zweck, Aufgaben“ aus:

- Anregungen zur Verbesserung der technisch-wissenschaftlichen Ausbildung
- Untersuchung der gesellschaftlichen Auswirkungen der Umweltschutztechnik

Dies eröffnet dem Bundesverband einerseits die Möglichkeit, sich zu Fragen der Aus- und Fortbildung ebenso wie zu Auswirkungen der Politik auf die Ingenieurgesellschaft zu äußern, andererseits kann die Arbeitsgemeinschaft der berufsständischen Landesverbände jederzeit auch unmittelbar Einfluss auf die berufsständischen Angelegenheiten nehmen.

2. Ingenieurausbildung

Bis 1977 wurden Fragen der Ingenieurausbildung im Fortbildungsausschuss diskutiert. Der Umfang der zu erörternden Fragen nahm ständig zu. Dies führte dann 1978 zu dem Beschluss der Bundesversammlung, einen selbstständigen Bundesausschuss für Ausbildung einzurichten, dem Vertreter jedes Landesverbandes angehören sollen. Dieser Ausschuss hat sich u. a. mit der Reform des Bauingenieurstudiums

beschäftigt und über seinen Vorsitzenden im Koordinierungsausschuss des KfW zur Vorbereitung einer Stellungnahme zur Ausbildung von Ingenieuren und Naturwissenschaftlern in der Wasserwirtschaft mitgewirkt.

Ein eigenes Papier des BWK zur Ingenieurausbildung in der Wasser- und Abfallwirtschaft wurde im Heft 4/1987 in „BWK-intern“ veröffentlicht. Darin sind die Rahmenbedingungen für das Studium aufgeführt. Später hat sich der Ausschuss den Inhalten des Studiums gewidmet.

Für die Ausbildung von Ingenieuren hat der Ausschuss folgende Grundsätze erarbeitet (Auszug):

„Wasser- und Abfallwirtschaft haben starke Bezüge zum Ingenieurwesen, insbesondere zum Bauingenieurwesen. Neben mathematisch-naturwissenschaftlichem Denken gehören vor allem Kenntnisse über ökologische Zusammenhänge zur Grundlage dieses Fachbereiches.

In der Berufspraxis hat sich die unterschiedliche Ausbildung der Ingenieure an Fachhochschulen und Universitäten bewährt.

Fachübergreifende Wissensgebiete wie Geologie, Chemie, Biologie, Rechtswissenschaft und Betriebswirtschaft müssen neben den wasserwirtschaftlichen Kernfächern wie Hydrologie, Hydraulik und den Grundlagen des Bauwesens wie insbesondere Bodenmechanik in den Studienverlaufsplänen enthalten sein.“

Beschäftigt hat sich der Ausbildungsausschuss mit der Angleichung der Ingenieurausbildung in den alten und neuen Bundesländern sowie mit der Gründung von Fachhochschulen in den neuen Bundesländern.

Bearbeitet hat der Ausschuss Empfehlungen des BWK zur Ausbildung von Ingenieuren für Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Kulturbau – Teil I Fachhochschulausbildung, Teil II Universitätsausbildung. Ein Höhepunkt der Arbeit dieses Ausschusses waren Vorbereitung und Durchführung des BWK-Symposiums „Ausbildung der Ingenieure für Wasserwirtschaft und Abfallwirtschaft“ im Rahmen des „Kongresses Wasser Berlin 1993“.

Durch die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes wurde 1998 die Möglichkeit eröffnet, Bachelor- und Masterstudiengänge an deutschen Hochschulen einzuführen. Der Ausbildungsausschuss hat sich intensiv mit der Materie auseinandergesetzt und ein entsprechendes Positionspapier erarbeitet, das sich die 51. Bundesversammlung am 14. September 2001 in Halle zu Eigen machte. Der BWK setzte sich dafür ein,

- auf die Abschlüsse des Diplomingenieurs erst zu verzichten, wenn die neuen Abschlüsse vom Arbeitsmarkt anerkannt sind;
- während der Erprobungsphase den Bachelor auch parallel zum Diplomingenieur nach Abschluss der berufsqualifizierenden Prüfungen, also nach dem 6. Fachsemester zu verleihen;
- an Stelle der finanziell und zeitlich aufwändigen Zertifizierung auch andere objektive Kriterien des Erfolgs der Absolventen im Arbeitsmarkt zur Beurteilung der Qualität von Studienangeboten zuzulassen;
- dem teilweisen Rückzug des Staates aus der Finanzierung der bislang gebührenfreien Hochschulausbildung durch Einführung von Kurzstudiengängen und Verlagerung von Lehrinhalten in die gebührenpflichtige berufliche Weiterbildung entgegenzuwirken.

2001 und 2002 hat der Ausschuss eine Stellungnahme des BWK zu Anforderungen der Hochschulen an die Schulen erarbeitet. Das Positionspapier des BWK wurde am 19. September 2002 von der 53. Bundesversammlung in Darmstadt verabschiedet.

Derzeit befasst sich der Ausbildungsausschuss eingehend mit Anforderungen an Hochschulabsolventen auf Grund von Tätigkeitsprofilen.

3. Fortbildung

Bei dem schnellen Fortschritt von Wissenschaft und Technologie ist eine ständige berufsbegleitende Fortbildung für den in der Pra-

xis stehenden Ingenieur unverzichtbar. Dabei besteht ein starkes Bedürfnis, sich fachübergreifend beruflich weiterzubilden. Für viele in der Wasser- und Abfallwirtschaft tätige Ingenieure ist das praxis- und ortsnahe Angebot des BWK zur Fortbildung ein entscheidender Gesichtspunkt für die Mitgliedschaft. Die Fortbildungsveranstaltungen des BWK dienen nicht der Erarbeitung neuer Verfahren, Methoden usw., sondern der Weitervermittlung neuer erprobter und wissenschaftlich fundierter Erkenntnisse an den praktisch tätigen Ingenieur. In dieser praxisbezogenen Fortbildung sieht der BWK auch eine berufsständische Aufgabe. Dabei sollen alle Mitglieder in die Lage versetzt werden, die ihnen gestellten Aufgaben optimal zu lösen und damit zur Anerkennung des Ingenieurstandes in der Gesellschaft beizutragen. Alle Fortbildungsveranstaltungen des BWK dienen auch dazu, dass sich die Mitglieder gegenseitig persönlich kennenlernen und beratend zur Seite stehen. Darüber hinaus war es immer ein besonderes Anliegen des BWK, durch Diskussionen und Demonstrationen sowohl eine Rückkoppelung zwischen Theorie und Praxis als auch den übergreifenden, bundesweiten Erfahrungsaustausch zu ermöglichen. Das zunehmende Interesse der Mitglieder an Fortbildungsveranstaltungen macht deutlich, dass das Weiterbildungsangebot bedarfsgerecht konzipiert ist und in hohem Maße den Anforderungen der in der beruflichen Praxis stehenden Mitglieder entspricht. Durch die aktive, ehrenamtliche Mitarbeit seiner Mitglieder ist es dem BWK möglich, Seminare und Lehrgänge zu Kosten anzubieten, die weit unter den Kosten vergleichbarer Veranstaltungen liegen. Sie zeichnen sich außerdem durch Ortsnähe aus, was die Kosten und den Zeitaufwand für die Teilnehmer weiterhin senkt.

Grundlegender Bestandteil des Fortbildungsangebotes ist die Zeitschrift WASSER UND ABFALL, die jedes Mitglied erhält. Fachaufsätze und vielfältige andere Informationen geben den Mitgliedern einen Überblick über den Stand der Entwicklungen in fachlicher Hinsicht. Darüber hinaus wird Fortbildung angeboten durch

- den jährlichen Bundeskongress,
- die jährlichen Jahrestagungen der Landesverbände mit Fachtagung,
- jährliche Fortbildungslehrgänge jedes Landesverbandes,
- Fachvorträge in Bezirksgruppen,
- Exkursionen mit Baustellenbesichtigungen.

Im Fortbildungsausschuss des Bundesverbandes sind alle Referenten der Landesverbände vertreten. Hier wird die Fortbildungsarbeit des BWK koordiniert. Wichtig ist dabei der Erfahrungsaustausch. Vom Ausschuss für Fortbildung wird in Abständen von etwa zwei Jahren das Fortbildungsprogramm des BWK erarbeitet und veröffentlicht. Die Broschüre informiert über Aufgaben und Ziele der Fortbildung sowie über die jeweils angebotenen Seminare und Lehrgangsthemen. Sie enthält auch eine Liste der Referenten.

Die in den Geschäftsberichten des Bundesverbandes ausgewiesenen Teilnehmerzahlen zeigen eine erstaunliche Entwicklung: Die Teilnehmerzahl stieg von etwas über 5.000 im Jahr 1987 auf über 9.000 im Jahr 1991; derzeit hat sie sich auf 6.500 bis 7.000 Teilnehmer eingependelt. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt auf die Aktivitäten in den neuen Bundesländern zurückzuführen. In den neuen BWK-Landesverbänden konnten trotz erheblicher finanzieller Schwierigkeiten dank des engagierten Einsatzes vieler BWK-Mitglieder bedarfsgerecht konzipierte Veranstaltungen in großer Zahl sehr kostengünstig angeboten werden. Insbesondere auf dem Gebiet der Fortbildung haben sich die Partnerschaften zwischen den „alten“ BWK-Landesverbänden und den „neuen“ Landesverbänden bewährt.

In Lehrgangsberichten werden die Fachvorträge zusammengefasst und dienen den Teilnehmern zur Vertiefung des Stoffes und als Nachschlagewerk. Im Anhang zu dieser Chronik sind die vielfältigen und jeweils aktuellen Lehrgangsthemen des BWK aufgelistet.

4. Öffentlichkeitsarbeit

Dem Bundesvorstand und den Vorständen der BWK-Landesverbände gehört jeweils ein Refe-

rent für Öffentlichkeitsarbeit an. Sie bilden zusammen den Ausschuss für Öffentlichkeitsarbeit des Bundesverbandes. Sie vertreten die Anliegen und Forderungen des BWK in der Öffentlichkeit, z. B. gegenüber der Presse und den anderen Medien. Bei dieser Arbeit ist es nicht immer leicht, die Ziele des BWK und seine Vorstellungen zu aktuellen Umweltproblemen bundes- und landesweit sowie regional wirksam einer breiten Öffentlichkeit näher zu bringen. Es gelingt wohl, Bundesberichte und Resolutionen des BWK über die „Grünen Blätter“ und die „ZBI-Nachrichten“ zeitgerecht und gezielt an den Leserkreis und auch politische Entscheidungsträger heranzutragen, als schwierig hat es sich jedoch herausgestellt, die Anliegen des BWK in überregionalen Zeitungen und Zeitschriften unterzubringen. In regionalen Zeitungen finden Veranstaltungen des BWK Beachtung, wenn aktuelle Themen erörtert werden oder hochrangige Politiker zu Wort kommen.

Starke Beachtung fand die 1989 veröffentlichte Broschüre des BWK über Ziele, Tätigkeiten und Ausbildung der Ingenieure in der Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und dem Kulturbau. Eindrucksvoll wurden die mannigfaltigen Tätigkeitsfelder der Ingenieure dieses Berufsfeldes in den Verwaltungen des Bundes, der Länder, der Kreise und Gemeinden sowie in Forschung und Lehre, in Ingenieurbüros und in der Industrie dargestellt.

Seit 2001 sind sowohl der BWK-Bundesverband als auch die Landesverbände mit eigenen Homepages im Internet vertreten. Dieser Auftritt wird der Entwicklung ständig angepasst und erweitert. Das Internet-Portal des BWK informiert über den Aufbau, die Aufgaben und die aktuellen Arbeiten des Verbandes, nennt die Verantwortlichen und gibt Hinweise auf die Rechtsgrundlagen unserer Arbeit. Seit 2002 erscheint auch etwa im Monatsabstand ein BWK-Newsletter. Er wird vom Bundesgeschäftsführer bzw. von der Bundesgeschäftsführerin herausgegeben, die redaktionelle Arbeit hat dankenswerterweise Frau *Treudt* übernommen, die zugleich das Redaktionsbüro von WASSER UND ABFALL leitet.

5. Jubiläumsveranstaltung 1979 in Wiesbaden (75 Jahre BWK)

In der 30. Bundesversammlung des BWK am 10. und 11. Oktober 1979 in Wiesbaden konnte „75 Jahre Berufsverband der Wasser- und Kulturbauingenieure 1904–1979“ gefeiert werden.

Einen guten Einblick in das Leben des BWK vermitteln die Bundesversammlungen. Es ist nicht möglich, im Rahmen dieser Chronik auf jede Bundesversammlung und jede Fachtagung einzugehen. Beispielhaft soll hier die Jubiläumsveranstaltung im Oktober 1979 im Kurhaus in Wiesbaden genannt werden, die der BWK-Bundesverband und der BWK-Landesverband Hessen gemeinsam gestalteten.

Die Tagesordnung der Bundesversammlung war mit 21 Punkten und dazugehörigen 12 Unterpunkten umfangreich wie üblich. Damals erörterte Themen finden sich teilweise auch in den heutigen Tagesordnungen wieder. Weil sich in den Beratungen jeder Bundesversammlung die aktuellen Probleme der Zeit widerspiegeln, sollen einige Beratungsergebnisse hier genannt werden.

Der Bundesvorstand bestand damals aus 12 Mitgliedern, und in der Bundesversammlung hatten die von den Landesverbänden entsandten 34 Mitglieder Stimmrecht. Insgesamt nahmen 65 Personen an der Bundesversammlung teil.

Bundesversammlung und Jahrestagung des Landesverbandes Hessen standen ganz im Zeichen des 75-jährigen Bestehens des BWK und seiner Vorgänger.

Geehrt wurden die aus dem Bundesvorstand des BWK ausgeschiedenen Mitglieder *Suhr*–Kiel, *Schneider*–Hannover, *Zöllner*–Niebüll, *Thomas*–Düsseldorf, *Baumgart*–Düsseldorf, *Cousin*–Hamburg, *Grosser*–Münster und *Grüttner*–Itzehoe für ihr Engagement in den Organen des BWK während der Aufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die der Bundesversammlung vorgelegte Jahresrechnung 1978 hatte ein Volumen von rd. 89.000,- DM und endete mit einem Überschuss von rd. 1.600,- DM. Als Gesamtvermögen wurde ein Kassenbestand von 15.000,- DM

ausgewiesen. Der von der Bundesversammlung beschlossene Haushaltsplan für 1979 wies 101.000,- DM in Einnahmen und Ausgaben aus. Beschlossen wurde dabei, die Kosten für die Veröffentlichung der BWK-Dokumentation mit 2,- DM je Mitglied auf die Landesverbände umzulegen. Der Beitrag der Landesverbände wurde auf 14,50 DM je Mitglied festgesetzt. Die BWK-Landesverbände hatten damals zusammen rd. 3.500 Mitglieder.

Auch 1979 konnten der Bund und die Landesverbände eine erfolgreiche Fortbildungstätigkeit vorweisen. Es wurde berichtet, dass an den Lehrgängen insgesamt 20 % der Mitglieder teilnahmen.

Themen dieser Lehrgänge waren 1979

- in Hessen: Neuzeitliche Abwasserbehandlungsverfahren
- in Niedersachsen und Bremen: Klärschlamm und Abfall
- in Nordrhein-Westfalen: Landwirtschaftliche Verwertung von Klärschlamm
- in Rheinland-Pfalz und Saarland: Die Grundwassergewinnung, Heilquellen und deren Schutz und
- in Schleswig-Holstein und Hamburg: Hydrobiologie – Gewässergüte.

Der im Vorjahr gebildete Bundesausschuss für Ausbildung legte seine ersten Arbeitsergebnisse in Form eines Entwurfes für eine Resolution zur Ingenieurausbildung vor. In dem Entwurf dieser Resolution wurden fehlende Grundlagenbreite und zu frühe Spezialisierung bei der Ingenieurausbildung beklagt. Unter Berücksichtigung der Diskussionen, die damals das Hochschulrahmengesetz auslöste, wurde die Resolution jedoch nicht verabschiedet.

Kritisiert wurde vom berufsständischen Ausschuss, dass die dem Bundeswirtschaftsminister vorliegende Fassung eines Entwurfes für eine Honorarordnung der Ingenieure nicht in ausreichendem Maße die im BWK-Entwurf genannten Leistungen für wasserwirtschaftliche Objekte umfasste.

Ferner beschloss die Bundesversammlung, alle Bemühungen um die Einrichtung von Ingenieurkammern in den Bundesländern zu unterstützen. Zustimmung wurde zur Kenntnis genommen, dass man sich bei der Novellierung der Verdingungsordnung für Leistungen darauf geeinigt hatte, Ingenieurleistungen von der Anwendung der VOL auszuschließen.

Die Erörterung eines ZBI-Grundsatzprogramms führte zu einer Debatte über die weitere Zusammenarbeit zwischen BWK und ZBI. Die Mehrheit votierte für einen Verbleib im ZBI, weil sonst viele Informationen fehlen würden und der BWK den ZBI nicht mehr als Sprachrohr benutzen könnte. Es wurde festgestellt, dass die Länderarbeitsgemeinschaften des ZBI sehr unterschiedliche Aktivitäten entwickeln. Berichtet wurde außerdem über die Bemühungen des ZBI um die richtige Einordnung der Ingenieure bei den Beratungen zum Beamtenbesoldungsgesetz.

Rechenschaft abgelegt wurde der Bundesversammlung gegenüber auch über die Mitarbeit des BWK in anderen Vereinigungen auf Bundesebene. Dabei wurde u. a. mitgeteilt, dass der BWK für seine Fortbildungsarbeit 1979 vom Kuratorium für Wasserwirtschaft (KfW) einen Zuschuss in Höhe von 40 000,- DM erhielt.

Am Schluss der Bundesversammlung stand die satzungsgemäße Neuwahl des Bundesvorstandes. Präsident *Zayc* und weitere vier Mitglieder des Bundesvorstandes wurden wiedergewählt. Zwei BWK-Mitglieder traten neu in den Bundesvorstand ein.

Zur Öffentlichen Vortragsveranstaltung am 11. Oktober im großen Saal des Kurhauses in Wiesbaden, Veranstalter war der Landesverband Hessen, konnte Landesvorsitzender *Alfred Friedrich* zahlreiche Gäste und BWK-Mitglieder begrüßen. Diese Veranstaltung hatte folgendes Programm:

- Begrüßungsansprache durch den Staatsminister *Görlach*, Hessischer Minister für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten
- Festvortrag „75 Jahre Zusammenschluss der Wasser- und Kulturbauingenieure“ durch BWK-Präsident Richard Zayc

- Verleihung des „Ferdinand-Schweicher-Preises 1979“ an den Biologen Dr. *Joachim Knie* aus Krefeld
- „Die Ernstbach-Talsperre – Ein Projekt der Trinkwasserversorgung im Taunus“ von Prof. Dr.-Ing. *Hans Blind*, München
- „Ausbauarbeiten am Rhein zwischen Straßburg und St. Goar mit Film über den Ausbau der Binger-Loch-Strecke“ von Dipl.-Ing. *Christian Krajewski*, Mainz
- Im Rahmen der Fachexkursionen am Freitag, den 12. Oktober 1979, wurden die Kläranlage Aarbergen, das Hauptklärwerk der Stadt Wiesbaden, die Passavant-Werke und die wasserwirtschaftlichen Anlagen der Firma Hoechst-AG besichtigt.

6. Bundesversammlung, Bundeskongress und Seminare 2004 in Rostock (100 Jahre BWK)

Im Jahr 2004 feiert der BWK seinen 100. Geburtstag. Im Mittelpunkt steht der BWK-Bundeskongress am 24. September 2004 in Rostock. Das Programm steht unter dem Leitthema „Wasser, Wind und Meer“ und weist folgende Themen aus:

- Begrüßung durch Prof. Dr.-Ing *Ulrich Rott*, Präsident des BWK
- Grußworte von *Arno Pöker*, Oberbürgermeister der Hansestadt Rostock, und von Prof. Dr. *Wolfgang Methling*, stellvertretender Ministerpräsident und Umweltminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, sowie von *Petra Burmeister*, Geschäftsführerin der Rostocker Messe- und Stadthallengesellschaft mbH
- „Umweltschutz in Mecklenburg-Vorpommern“, Vortrag von Prof. Dr. *Wolfgang Methling*, Umweltminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern
- „Genehmigungsverfahren für Offshore Windenergieanlagen auf See – Ablauf und materielle Standards“, Vortrag von *Christian Dahlke*, Referatsleiter im Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie Hamburg/ Rostock

- „100 Jahre BWK“, Festvortrag von Dr.-Ing. *Dietrich Ruchay*, Ministerialdirektor im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit im Ruhestand

Der Kongress ist traditionell dank der Unterstützung vieler Sponsoren für alle Teilnehmer kostenlos. Allerdings fällt in diesem Jahr die begleitende Ausstellung aus, weil der Kongress ursprünglich im Rahmen einer Messe in Rostock geplant war.

Dem Kongress gehen zwei Seminare zu folgenden Themen voraus:

- Anforderungen an gewässerreiche Landschaften im Spannungsfeld von Infrastrukturentwicklung, Naturschutz und Tourismus
- Verwertung von Klärschlamm, Gülle und Kompost in der Landwirtschaft – Spagat zwischen Ressourcenschutz und Umweltbelastung; Probleme und Lösungen aus Sicht der Wasser-, Abfall- und Landwirtschaft sowie des Bodenschutzes

Der BWK-Bundeskongress wird abgerundet durch eine halbtägige Exkursion am 25. September 2004 zur Hohen Düne in Rostock – Neubau Yachthafen Hohe Düne, Infrastruktur, Molen, Ausrüstung, Lotsenstation des Wasser- und Schifffahrtsamtes mit dem Überwachungssystem der Kadettrinne, Sturmflutschutz-System.

Die diesjährige Bundesversammlung muss die satzungsgemäßen Regularien wie Genehmigung der Ergebnisniederschrift über die 54. Bundesversammlung am 11.09.2003 in Karlsruhe, die Verabschiedung des Haushaltsplans, die Wahl der Kassenprüfer, die Entlastung der Geschäftsführung abwickeln und sich dann mit den Themen befassen:

- Zusammenarbeit mit anderen Verbänden
- Fach- und Verbandszeitschrift WASSER UND ABFALL
- Technisch-wissenschaftliche Arbeit des BWK
- Arbeitsbereich Ausbildung
- Arbeitsbereich Fortbildung

- Öffentlichkeitsarbeit des BWK-Bundesverbandes.

7. Haushaltspläne und Beiträge

Die Aktivitäten des BWK spiegeln sich auch in den Haushaltsplänen deutlich wieder.

Der Bundesverband erhebt zur Durchführung seiner Aufgaben von seinen Landesverbänden einen Jahresbeitrag, dessen Höhe von der Bundesversammlung festgesetzt wird. Der Jahresbeitrag richtet sich nach der Anzahl der ordentlichen und der fördernden Mitglieder der Landesverbände. Maßgeblich bestimmt wird der Beitrag, den das Einzelmitglied zu zahlen hat, jedoch von den Aufgaben, die sein Landesverband wahrnimmt.

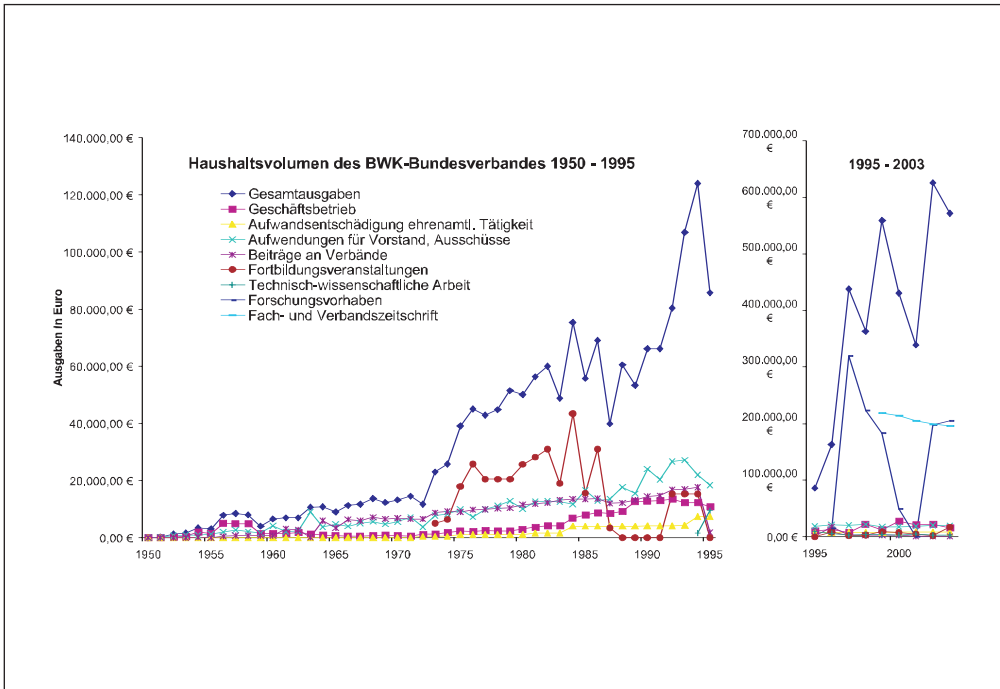
Neben den Einnahmen aus Beiträgen standen dem Bundesverband zeitweilig zweckgebundene Zuschüsse des KfW und in den Jahren 1992 bis 1997 Zuwendungen des BWK-Fördervereins zur Verfügung. Seit 1997 wirbt der Bundesverband alljährlich Fördergelder ein und erzielt deutliche Überschüsse aus der technisch-wissenschaftlichen Arbeit, insbesondere durch Veröffentlichung der Arbeitsergebnisse.

Die Entwicklung der Ausgaben von 1950 bis heute sind grafisch dargestellt worden:

Die Grafik zeigt nach wie vor die sehr geringen Entgelte für die ehrenamtliche Tätigkeit. Sie geben Zeugnis davon ab, mit welchem Engagement der Führungsstab des BWK uneigennützig seinen Berufsstand vertritt. Durch BWK-Mitglieder in den Ausschüssen und den technischen Arbeitsgruppen werden allen Kollegen günstige Fortbildungsangebote vermittelt.

Eine weitere Linie zeigt die Beiträge an andere Verbände, in denen der BWK als Mitglied seine Aufgabenfelder vertreten hat. Da das KfW zwischenzeitlich aufgelöst wurde und der BWK-Bundesverband aus dem ZBI ausgeschieden ist, besteht nur noch eine Mitgliedschaft im Verein zur Förderung des Instituts für das Recht der Wasser- und Entsorgungswirtschaft an der Universität Bonn e. V.

Die Gesamtausgabenkurve, von 200,- DM im Gründungsjahr 1950 auf über 600.000,- €



im Jahre 2002 angestiegen, zeigt, dass bis 1973 der BWK-Bund in erster Linie als Dachverband die Landesverbände zusammenhielt. Ab 1974 nahm der Bundesverband zunehmend Aufgaben selbst wahr.

Seit 1986 werden die Bundeskongresse unter der Verantwortung des BWK-Bundesverbandes abgehalten. Die Bundeskasse übernahm zusätzlich die Organisationskosten. Im Jahr 1991 sowie ab dem Jahr 1993 wird der Bundeskongress voll über den Bundeshaushalt abgewickelt, so dass auch Teilnehmerbeiträge und sowohl Einnahmen als auch Ausgaben des Ausstellungsbeirates, der für den BWK-Bund bis 2000 verantwortlich die fachbegleitende Ausstellung des Bundesverbandes ausrichtete, im Haushalt erscheinen. Ab 2001 ist der jeweils gastgebende Landesverband verantwortlich für die Durchführung der Ausstellung. Letztere wirft wiederum Überschüsse ab, die den Mitgliedern zugute kommen, das heißt, die Anpassung

von Mitgliedsbeiträgen konnte immer wieder hinausgezögert werden und ist seit 1991 stabil.

Ab 1990 wurde die technisch-wissenschaftliche Arbeit des BWK forciert; entsprechend der Einwerbung von Fördermitteln und der Abwicklung der Regelwerksarbeit schwanken die Ein- und Ausgaben für diesen Bereich ganz erheblich.

Seit 1999 wird auch die Redaktion der Fach- und Verbandszeitschrift WASSER UND ABFALL (Honorare, Aufwandsentschädigungen, Redaktionsbüro) mit einem Haushaltsvolumen von rund 40.000 € pro Jahr über den Haushalt des BWK abgewickelt.

Ab 1990 konnte der BWK-Bund aufgrund der Wiedervereinigung und der Ausdehnung nach Süden sieben neue Landesverbände aufnehmen. Bedingt durch Unterstützungen in der Aufbauphase und wegen der vergrößerten Verbandsorgane sind vermehrte Ausgaben in diesem Bereich unumgänglich.

Die Einnahmen entwickelten sich in der gleichen Weise wie die Ausgaben, von 2.000,- DM im Jahre 1951 bis über 600 000,- € im Jahre 2002. Die jährlichen Mitgliedsbeiträge, die die Landesverbände an den BWK-Bund abführen, stiegen von 2,- DM bei Gründung des Verbandes bis auf zurzeit 11,76 € für die Ordentlichen Mitglieder in den alten Landesverbänden an.

Die Beiträge an den Bundesverband konnten nur deshalb in diesem moderaten Rahmen gehalten werden, weil durch die Einwerbung von Sponsorengeldern und durch Überschüsse aus der technisch-wissenschaftlichen Arbeit zusätzliche Einnahmen erzielt werden konnten. Entscheidend war und ist jedoch, dass der größte Teil der Verbandsarbeit ehrenamtlich geleistet wurde und wird. Dazu sei an dieser Stelle all denen gedankt, die für dieses gute Wirtschaftsergebnis beigetragen haben.

Die jährlich vorgelegten Jahresrechnungen sind ein Beweis für die wirtschaftliche Haushaltsführung und für eine gesunde Finanzwirtschaft, die nie zu Beanstandungen Anlass gab. Daran haben vor allem unsere langjährigen Bundesschatzmeister *Peter Könekamp* (1971 bis 1995) und *Richard Eckhoff* (seit 1995) maßgeblichen Anteil. Das gilt ganz besonders vor dem immer schwieriger gewordenen steuerrechtlichen Hintergrund, denn mittlerweile zahlt der BWK jährlich regelmäßig mehr als 20.000,- € Umsatz- und Körperschaftsteuern.

8. Fördervereine des BWK

Wiederholte Bemühungen des BWK um Anerkennung der Gemeinnützigkeit blieben lange Zeit erfolglos. Dies hatte zur Folge, dass Sponsoren unserer Veranstaltungen keine Spendenbescheinigungen ausgestellt werden konnten. Daher gründete der BWK-Landesverband Nordrhein-Westfalen 1991 einen Förderverein. Auch weitere Landesverbände haben inzwischen entsprechende Einrichtungen geschaffen. Um die gemeinnützigen Aufgaben

des BWK-Bundesverbandes effektiver unterstützen zu können, wurde auf Initiative des Bundesvorstandes 1992 ein eigener Förderverein gegründet.

Wie bereits an anderer Stelle berichtet wurde, konnte der BWK-Bundesverband jedoch 1997 die Gemeinnützigkeit erlangen. In der Folge wurde der Förderverein des Bundesverbandes aufgelöst. Die Landesverbände, die jedoch weiterhin berufsständisch arbeiten, sind auch künftig auf Fördervereine angewiesen, soweit sie nicht Sponsorengelder über den Bundesverband einwerben wollen.

9. Fachausstellungen im Rahmen von Bundeskongressen

Die negativen Erfahrungen des BWK mit gelegentlichen Fachausstellungen im Rahmen des Bundeskongresses führten dazu, einen Ausstellungsbeirat zu gründen. Er berät den Bundesvorstand und organisiert die fachbegleitenden Ausstellungen.

Der Beirat ist dem BWK-Bundesvorstand zugeordnet und arbeitet ehrenamtlich. Ihm gehören acht Mitglieder an, die im Februar 1993 den Beirat konstituierten und sich eine Geschäftsordnung gaben. Die Vorbereitung der Fachausstellung auf den 8. BWK-Kongress 1993 in Aachen war dann die erste Aufgabe des Ausstellungsbeirates.

Rückblickend lässt sich sagen, dass die Industrie die gebotenen Möglichkeiten zur Firmen- und Produktpräsentation seitdem für alle Beteiligten – Aussteller und Besucher – ausgiebig nutzte. Mit der Vorbereitung und Organisation der Ausstellung waren die Aussteller ausnahmslos zufrieden.

Der BWK hat als bundesweite Ingenieurorganisation eine Bedeutung, die einen zweitägigen jährlichen Kongress mit begleitender Fachausstellung rechtfertigt. Mit der Gründung eines Ausstellerbeirates strebt der BWK an, die Durchführung der Ausstellungen dauerhaft und erfolgreich zu regeln.

VII Technisch-wissenschaftliche Arbeitsgruppen des BWK

1. Allgemeines

Unser Verband hat nach seiner Satzung die Aufgabe, Wissenschaft und Forschung, Bildung und Umweltschutz auf den Gebieten der Wasserwirtschaft, des Bodenschutzes, der Abfallwirtschaft, der Altlastensanierung, des Kulturbauwes und verwandter Gebiete des Umweltschutzes zu fördern und dazu ein BWK-Regelwerk, technisch-wissenschaftliche Berichte und fachtechnische Stellungnahmen unter Berücksichtigung des ganzheitlichen Ansatzes zu erarbeiten. Durch die Gründung von technisch-wissenschaftlichen Arbeitsgruppen wird den BWK-Mitgliedern u. a. die Möglichkeit eröffnet, im BWK Facharbeit zu leisten. Diese Arbeit zielt vor allem darauf ab, vorhandene Umweltprobleme strukturell zu analysieren, aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse zu verwerten und dem berufstätigen Ingenieur praxisnahe Hilfestellungen für seine Arbeit vor Ort zu vermitteln.

In den letzten zwei Jahrzehnten zeigte sich auch in der Wasser- und Abfallwirtschaft sowie im Bodenschutz und bei der Altlastensanierung eine rasante Entwicklung. Insbesondere die Weiterentwicklung der Datenverarbeitungs-Hardware und -Software führen ständig zu gravierenden Veränderungen. Ebenso wachsen vor allem die Erkenntnisse über Abhängigkeiten im Naturhaushalt. In den letzten Jahren hat sich auch die zu bearbeitende Problemstruktur ständig gewandelt. Waren bis zum Ende der 70er-Jahre noch weitgehend singuläre Probleme zu lösen, so werden diese Fragen heute in der Regel als ganzheitliche Aufgabenstellungen einer umweltverträglichen Maßnahmenplanung und Gestaltung verstanden. Dabei werden zunehmend Wasserwirtschaftler (Bauingenieure) und Naturwissenschaftler (Biologen, Chemiker, Geologen, Landschaftsplaner u. a.) gemeinsam an der Lösung der Aufgaben beteiligt. Hinzu kommen die Zusammenarbeit mit juristisch ausgebildeten Kolleginnen und

Kollegen, sowie die zukunftsfähige Lösung der wirtschaftlichen Fragen.

Der BWK will daher daran mitwirken, das durch Forschung und bei Pilotuntersuchungen gewonnene Wissen praxisgerecht umzusetzen und die Verknüpfungen und gegenseitigen Abhängigkeiten der verschiedenen Umweltbereiche sachgerecht zu berücksichtigen.

2. Die Gründungsphase

Es begann alles auf der Bundesversammlung in Bremen 1990. Dort berichtete Dr. *Michael Kinze*, Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen, über den Wunsch vieler Kollegen in den Landesverbänden, im Rahmen des BWK fachspezifisch tätig sein zu können. Der Bundesvorstand beauftragte daraufhin einen Ad-hoc-Arbeitskreis, Beschlussvorschläge zur Gründung von technisch-wissenschaftlichen Arbeitsgruppen zu erarbeiten. Auf dieser Grundlage beschloss dann der BWK-Bundesvorstand auf der Frühjahrssitzung 1991 in Schierke (Harz) die Gründung von technisch-wissenschaftlichen Arbeitsgruppen. Als Gesamtkoordinator des BWK-Bundesverbandes für alle technisch-wissenschaftlichen Arbeitsgruppen wurde Prof. Dr.-Ing. *Haber* benannt.

In der darauf folgenden 42. Bundesversammlung 1991 in Erfurt wurden schließlich die Delegierten über die Gründung der technisch-wissenschaftlichen Arbeitsgruppen unterrichtet.

Nach Vorarbeiten einer kleinen Koordinationsgruppe hat der Bundesvorstand 1992 in Treis-Karden/Mosel einstimmig die Auffassung vertreten, die Gründung von technisch-wissenschaftlichen Arbeitsgruppen zu forcieren. Nach einer gründlichen Diskussion fasste der Bundesvorstand den Beschluss, den Gesamtkoordinator der technisch-wissenschaftlichen Arbeitsgruppen um eine detaillierte Bestandsaufnahme aller aktiven Arbeitsgruppen im Bereich der Wasser- und Abfallwirtschaft sowie der Altlasten und des Bodenschutzes der

übrigen Ingenieurverbände zu bitten und auf dieser Grundlage eine Konzeption für Betätigungsfelder von technisch-wissenschaftlichen Arbeitsgruppen des BWK zu entwickeln, aber Doppelarbeit weitgehend zu vermeiden.

In diesem Zusammenhang wurde der Entwurf einer vorläufigen Organisation für die technisch-wissenschaftlichen Arbeitsgruppen des BWK erarbeitet. Dabei wurden zunächst neun Aufgabengebiete festgelegt und entsprechende Vorsitzende bestimmt. Für diese Aufgabengebiete wurden Mitglieder gesucht und gewonnen. Die Sprecher wurden gebeten, den weiteren Arbeitsinhalt zu konkretisieren. Um Doppelarbeit zu vermeiden, wurden die Zusammenstellungen und Übersichten der Aktivitäten der anderen Ingenieurverbände zu den jeweiligen Aufgabengebieten vorgelegt. Der in Treis-Karden/Mosel gefasste Bundesvorstandsbeschluss wurde so vollständig umgesetzt. Zur Unterstützung des Gesamtkoordinators wurde als weiterer Koordinator Herr Dr.-Ing. *Schithelm* benannt. Die konstituierende Sitzung der ersten technisch-wissenschaftlichen Arbeitsgruppe „Instrumente der wasserwirtschaftlichen Planung und deren Anwendungsbereiche“ fand schließlich im Oktober 1992 statt.

Der Bundesversammlung 1992 in Rostock konnte über den Aufbau der technisch-wissenschaftlichen Arbeitsgruppen sowie über erste Perspektiven der anstehenden Arbeit berichtet werden. Auch die detaillierte Bestandsaufnahme aller vorhandenen Arbeitsgruppen der übrigen Ingenieurverbände wurde vorgelegt. Auf dieser Grundlage diskutierte die Bundesversammlung das entwickelte Konzept für die Arbeitsfelder und die Organisation der technisch-wissenschaftlichen Arbeit des BWK. Außerdem trugen die Koordinatoren der in Gründung befindlichen Arbeitsgruppen über den geplanten Aufbau und die vorgesehenen Arbeiten ausführlich vor. Die Bundesversammlung bestätigte die Gründung und das Arbeitskonzept der technisch-wissenschaftlichen Arbeitsgruppen und bat die Landesverbände, die technisch-wissenschaftliche Arbeit des BWK-Bundesverbandes durch die Benennung von

Mitarbeitern und Koordinatoren tatkräftig zu unterstützen. Zur Transparenz der Arbeit wurde eine Geschäftsordnung für die Arbeitsgruppen angeregt.

3. Eine Zwischenbilanz

Seit 1992 wird regelmäßig in allen Sitzungen des Geschäftsführenden Vorstandes, des BWK-Bundesvorstandes und in den Bundesversammlungen über den Stand der technisch-wissenschaftlichen Arbeit des BWK berichtet.

Die heutige Organisationsstruktur der technisch-wissenschaftlichen Arbeitsgruppen zeigt sieben Fachgebiete:

- FG 1 Ökologisch orientierte Gestaltung und Bewirtschaftung der Gewässer
- FG 2 Integrierter Gewässerschutz/Gewässerreinigung
- FG 3 Stauanlagen, Hochwasserschutz
- FG 4 Grundwasserschutz, Wasserversorgung
- FG 5 Abfallwirtschaft
- FG 6 Altlasten, Bodenschutz
- FG 7 Modelltechnik in der Wasserwirtschaft und Abfallwirtschaft

Die Bundesversammlung 1993 in Aachen würdigte den planmäßigen Aufbau der technisch-wissenschaftlichen Arbeitsgruppen des BWK und stellte fest, dass dieses Engagement bei vielen BWK-Mitgliedern zu einer Aufbruchstimmung geführt hat und für die praktische Anwendung von großer Bedeutung sein wird. Bei dieser Arbeit kam es nicht darauf an, möglichst kurzfristig zahlreiche Ergebnisse vorzulegen, sondern an die Qualität der erarbeiteten Papiere strenge Maßstäbe anzulegen. Der BWK war und ist auch heute noch immer zu einer Kooperation mit anderen Verbänden bereit.

Die Beratungsergebnisse der technisch-wissenschaftlichen Arbeitsgruppen werden in drei parallelen Reihen veröffentlicht:

- BWK-Regeln
- BWK-Merkblätter
- Berichte

Vor endgültiger Veröffentlichung als BWK-Regeln oder BWK-Merkblätter wird die formelle Abwicklung eines Gelbdruckverfahrens nach BWK-Merkblatt 4 „Grundsätze für die Erarbeitung des BWK-Regelwerkes“ vorgesehen.

Folgende BWK-Schriften sind derzeit verfügbar

- BWK-Merkblatt 1 „Hydraulische Berechnung von naturnahen Fließgewässern, Teil 1 Stationäre Berechnung der Wasserspiegellinie unter besonderer Berücksichtigung von Bewuchs- und Bauwerkseinflüssen“; ISBN 3-936015-01-5
- BWK-Merkblatt 2 „Wasserbilanzmodelle in der Wasserwirtschaft – kontinuierliche Niederschlagsabflussmodelle“; ISBN 3-93601-13-9
- BWK-Merkblatt 3 „Ableitung von immissionsorientierten Anforderungen an Misch- und Niederschlagswassereinleitungen unter Berücksichtigung örtlicher Verhältnisse“; ISBN 3-936015-00-7
- BWK-Merkblatt 4 „Grundsätze für die Erarbeitung des BWK-Regelwerkes“
- BWK-Merkblatt 5 „Erarbeitung von Leistungsbeschreibungen und Leistungsverzeichnissen zur Grundwasserprobenahme bei Altlasten im Lockergestein“ (Gelbdruck)
- BWK-Merkblatt 6 „Mobile Hochwasserschutzsysteme – Grundlagen für Planung und Einsatz“ (Gelbdruck)
- Bericht 1/1997 „Zur Ausbildung von Ingenieuren für Umwelttechnik und Wasserwirtschaft“; ISBN 3-936015-05-8
- Bericht 1/1998 „Temporäre Oberflächenabdeckung von Siedlungsabfalldeponien (Altdeponien)“; ISBN 3-936015-06-6
- Bericht 1/2000 „Hydraulische Berechnung von naturnahen Fließgewässern – Teil 2 Grundlagen für stationäre eindimensionale Wasserspiegellagenberechnungen“; ISBN 3-936015-02-3
- Bericht 2/2000 „Neuartige Abschlüsse und ihre Bedeutung für die Ausbildung von Ingenieuren der Wasserwirtschaft und Umwelttechnik“; ISBN 3-936015-07-4
- Bericht 1/2001 „Hochwasserschadenspotenziale“; ISBN 3-936015-08-2
- Bericht 2/2001 „Monitoringsysteme in der Wasserwirtschaft“; ISBN 3-936015-10-4
- Bericht 2/2002 „Position des BWK zur Forderung der Hochschulen an die Schulen“; ISBN 3-936015-14-7
- Bericht 1/2003 „Nutzungskonflikte bei hohen Grundwasserständen – Lösungsansätze“, Statusbericht; ISBN 3-936015-14-7
- Materialien 1/2000 „Instrumente zur Sickerwasserprognose“; ISBN 3-936015-09-0
- Materialien 1/2003 „Begleitband zu dem BWK-Merkblatt 3: Ableitung von immissionsorientierten Anforderungen an Misch- und Niederschlagswassereinleitungen unter Berücksichtigung örtlicher Verhältnisse“

Außerdem erschien Ende 2001 die neue BWK-Software-Reihe

- BWK VereNa M 3 zur vereinfachten Nachweissführung gemäß BWK-Merkblatt 3 „Ableitung von immissionsorientierten Anforderungen an Misch- und Niederschlagswassereinleitungen unter Berücksichtigung örtlicher Verhältnisse“; ISBN 3-936015-12-0 aktualisiert mit Version 2 (Juni 2004)

VIII Zusammenarbeit des BWK mit anderen Organisationen

1. Kuratorium für Wasserwirtschaft – KfW

Der BWK-Bundesverband hat sehr früh erkannt, dass er nicht überall, zu jeder Zeit und zu allen Fragen allein nach außen hin wirken kann. Deshalb war der BWK immer aufgeschlossen und bemüht, sich mit anderen Organisationen in technisch-wissenschaftlichen Fragen und in berufsständischen Angelegenheiten auf Bundesebene abzustimmen. In den Organen dieser Organisationen, die nachstehend erwähnt werden, ist der BWK entweder im Präsidium oder im Vorstand, in den Mitgliederversammlungen und vorrangig in den Fachausschüssen vertreten.

Auf Wunsch der Bundesländer kam es 1972 zur Gründung des Kuratoriums für Wasserwirtschaft (KfW) mit folgenden Verbänden:

- Abwassertechnische Vereinigung (ATV)
- Bund der Ingenieure für Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Kulturbau (BWK)
- Deutscher Verband des Gas- und Wasserfachs (DVGW)
- Deutscher Verband für Wasserwirtschaft (DVWW)
- Fachgruppe Wasser-Chemie des Vereins Deutscher Chemiker
- Kuratorium für Kulturbauwesen (KfK)
- Dokumentationszentrale Wasser (DzW)
- Verein Deutscher Gewässerschutz (VDG)

Die Bundesländer waren insbesondere daran interessiert, dass das KfW Vorschläge für die Aufteilung der jährlich bereitgestellten Fördermittel für die technisch-wissenschaftliche Arbeit machte. Das KfW übernahm aber auch die Aufgabe, die Öffentlichkeitsarbeit für die gesamte Wasserwirtschaft zu koordinieren und wirksam nach außen zu vertreten. Mit finanzieller Hilfe des KfW konnte die Fortbildungsarbeit im BWK noch gesteigert werden. Um das umfangreiche Berufsbild darzustellen und damit Nachwuchskräfte zu werben, wurde eine Broschüre mit finanzieller Hilfe des KfW durch den BWK über das Berufsbild und das Studium

des Wasserwirtschaftsingenieurs hergestellt und an Schulen und Berufsberatungen verteilt.

Ein bemerkenswertes Ergebnis der gemeinsamen Arbeit im KfW war die 1978 erarbeitete Stellungnahme zur Ausbildung von Ingenieuren und Naturwissenschaftlern für die Wasserwirtschaft. Aus dieser gemeinsamen Arbeit ergab sich, dass 80 % aller Wasserwirtschaftler mit Hoch- und Fachhochschulausbildung Bauingenieure sind, die während des Studiums bereits vertiefte wasserwirtschaftliche Kenntnisse erwarben. In einer Resolution wurde die Forderung erhoben, dass die Ausbildung der allgemein in der Wasserwirtschaft einsetzbaren Ingenieure auch künftig sowohl an den wissenschaftlich bezogenen Hochschulen als auch an den mehr praxisbezogenen Fachhochschulen innerhalb der Fachbereiche für das Bauingenieurwesen erfolgen sollte. Dabei ging das KfW davon aus, dass sich auf diese Weise das vordringliche Anliegen, nämlich wassermengenwirtschaftliche Probleme nicht von Wassergüteproblemen zu trennen, am ehesten verwirklichen lässt. Hingewiesen wurde in der Resolution auch darauf, dass nicht nur Ingenieure mit möglichst breitem Allgemeinwissen, sondern auch Naturwissenschaftler mit vertieften Kenntnissen erforderlich sind.

An die guten Erfolge des KfW-Ausbildungsausschusses knüpften sich Hoffnungen des BWK auf Aktivitäten in anderen Gebieten. Die einzelnen Sparten der Wasserwirtschaft werden durch die einzelnen Mitgliedsverbände vertreten. Sie berühren sich jedoch gegenseitig, und es kommt auch zu Überschneidungen. Im Interesse einer ganzheitlichen Betrachtung aller wasserwirtschaftlichen Fragen war es nach Auffassung des BWK notwendig, eine enge Zusammenarbeit der einzelnen Gruppen zu fördern.

Eine Möglichkeit wäre z.B. die Bildung gemeinsamer Fachausschüsse gewesen. Diese hohen Erwartungen des BWK wurden nicht erfüllt. Vielleicht war dies eine Folge davon, dass beim KfW die Verteilung staatlicher Förderungsmittel

für einzelne Teilaufgaben der Wasserwirtschaft zu sehr in den Vordergrund gerückt wurde.

Daher war es folgerichtig, das KfW Ende 2000 aufzulösen, nachdem die Umweltministerien der Länder in der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) beschlossen hatten, das LAWA-Förderprogramm künftig ohne Mitwirkung der technisch-wissenschaftlichen Verbände abzuwickeln.

2. Arbeitsgemeinschaft Deutsche Wasserwirtschaft – ADW

Um die Lücke zu schließen und eine gemeinsame Plattform einzurichten, gründeten

- Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (ATV-DVWK)
- Bund der Ingenieure für Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Kulturbau e.V. (BWK)
- Deutsche Vereinigung des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW)

am 29. November 1999 in Koblenz die Arbeitsgemeinschaft Deutsche Wasserwirtschaft (ADW) als nicht rechtsfähige Einrichtung. Gaststatus erhielten der Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft (BGW) und die Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA).

Die ADW wird von einem Lenkungsausschuss geführt. Ihm gehören die Präsidenten und die Geschäftsführer der Mitgliedsverbände an. Der Vorsitz wechselt alle zwei Jahre.

In der ADW beraten die Verbände vorrangig

- eine gemeinsame nationale und internationale Außenvertretung in wasserwirtschaftspolitischen Fragen
- die Koordination ihrer Regelwerksarbeit mit dem Ziel eines gemeinsamen deutschen Regelwerks Wasserwirtschaft
- die Kooperation in der beruflichen Bildung

In der Zwischenzeit wurden bereits erste gemeinsame Standpunkte erarbeitet:

- ADW-Memorandum „Warnung vor Defiziten im Gewässerschutz Deutschlands durch Abbau der Wasserwirtschaftsverwaltung (2000); siehe BWK-INTERN Ausgabe 1-2/2001

- Wasser-Ethik (2001)

Leider konnte der BWK jedoch die Aufnahme weiterer befreundeter technisch-wissenschaftlicher Verbände, wie der Deutschen Gesellschaft für Limnologie (DLG), der Fachsektion Hydrologie der Deutschen Geologischen Gesellschaft (FH-DGG), der Wasserchemischen Gesellschaft in der Gesellschaft deutscher Chemiker (WG GdCh) oder des Normenausschusses Wasser im Deutschen Institut für Normung (DIN/NAW), bisher nicht erreichen.

3. Zusammenarbeit des BWK mit Verbänden außerhalb der ADW

Der BWK hat mit dem Deutschen Institut für Normung vertraglich vereinbart, dass er im Beirat des Normenausschusses Wasser des DIN (DIN/NAW) vertreten ist. Seit 1942 begleiten Ausschüsse die Arbeit der Normungsgremien: zunächst der Fachnormenausschuss Wasserbau und Wasserwirtschaft, dessen Arbeit seit 1957 vom Fachnormenausschuss Wasserwesen fortgeführt und der 1971 in Normenausschuss Wasserwesen umbenannt wurde. Die wichtigste Aufgabe des Beirats ist es, das Arbeitsprogramm des Normenausschusses unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit, des Standes der Technik, der Erkenntnisse der Wissenschaft und der Rechtsentwicklung sowie der europäischen und internationalen Normung aufzustellen und die Finanzierung sicherzustellen. Der Beirat beurteilt neben dem fachlichen Inhalt auch die wirtschaftliche Tragweite der Normen des Fachgebietes und ihre Bedeutung für die Gesellschaft.

Am 9. Februar 2003 unterschrieben die Präsidentin der Deutschen Gesellschaft für Limnologie e.V. (DGL) Prof. Dr. *Brigitte Nixdorf* und der Präsident des BWK Dr.-Ing. E.h. *Dietrich Ruchay* eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit der beiden Verbände und bestellten Ansprechpartner, die für die Umsetzung der Vereinbarung Sorge tragen sollen. Darin sind Regelungen über die gegenseitige Information, die Teilnahme an Veranstaltungen

gen, Doppelmitgliedschaften und die Mitarbeit in den Arbeitsgremien sowie gemeinsame Veröffentlichungen getroffen worden.

Ebenfalls am 9. Februar 2003 wurde die Zusammenarbeit zwischen dem BWK, vertreten durch Präsident Dr.-Ing. E. h. *Dietrich Ruchay*, und der Fachsektion Hydrogeologie in der Deutschen Geologischen Gesellschaft, vertreten durch Präsident Prof. Dr. *Stefan Wohnlich*, vertraglich vereinbart. Auch hier wurden Ansprechpartner für die Zusammenarbeit benannt. Die Regelungen entsprechen denen mit der DGL.

4. Institut für das Recht der Wasserwirtschaft

Der BWK ist auch Mitglied im Verein zur Förderung des „Institutes für das Recht der Wasserwirtschaft an der Universität Bonn“. Das Institut hat sich zur Aufgabe gestellt,

- den Dialog zur wasserrechtlichen Lehre und Forschung einerseits und zur Praxis andererseits zu fördern und
- in Fortbildungskursen den Fachleuten der Wasserwirtschaft Schrifttum, Rechtsprechung und Fragen des praktischen Vollzugs zu erläutern.

Die Mitwirkung des BWK in diesem Förderverein ist Ausfluss der satzungsmäßigen Aufgaben des Verbandes. Das umfangreiche Archiv und insbesondere die Bibliothek wurden planmäßig mit Mitteln des Fördervereins erweitert und auf dem neuesten Stand gehalten. Sie können von allen BWK-Mitgliedern benutzt werden.

Mit zahlreichen Veröffentlichungen zu Fragen des Wasser- und Umweltrechts ist das Institut an die Öffentlichkeit getreten.

5. Wasser Berlin – Kongress und Ausstellung

Der BWK ist seit langem auch Mitglied im Verein „Wasser Berlin – Kongress und Ausstellung e. V.“. Als Mitglied des Trägervereins hat der BWK die Wasserausstellungen und den Kongress in Berlin ideell unterstützt und fachlich

mitgetragen. 1985 war der BWK erstmalig mit einem eigenen Stand auf der Ausstellung vertreten. Dort standen Kolleginnen und Kollegen als Ansprechpartner bereit, gaben Auskunft über aktuelle Fragen des Arbeitsbereichs, verteilten entsprechende Fachinformationen und vermittelten Kontakte. Zur Selbstdarstellung entwickelte der BWK ein eigenes Papier „BWK – interessant, aktiv, attraktiv“.

Besondere Beachtung fanden die Stände des BWK anlässlich der Ausstellungen Wasser Berlin 1989 und 1993. Zur guten Gestaltung dieser BWK-Stände trug auch die materielle Unterstützung des Verlages Paul Parey bei.

Als Partner beim Kongress Wasser Berlin 1993 ist der BWK erstmalig als Träger eines Ausbildungssymposiums an die Öffentlichkeit getreten. Dieses Symposium thematisierte die Ausbildung der Ingenieure für Wasser- und Abfallwirtschaft in Bezug auf Anforderungen und Möglichkeiten. Aus der Diskussion ergaben sich wertvolle Anregungen für die weiteren Beratungen in den Gremien des BWK.

Auch 1997, 2000 und 2003 war der BWK jeweils mit einem Informationsstand auf der Messe vertreten. Die Stände waren nicht nur Treffpunkt für BWK-Messebesucher, sondern luden regelmäßig auch zahlreiche Besucher ein, die mit uns ins Gespräch kommen wollten. In all den Jahren haben die Mitglieder der BWK-Bezirksgruppe Berlin die Stände hervorragend betreut.

6. Kommission Altlasten

Seit 1991 beteiligt sich der BWK an der verbandsübergreifenden Kommission Altlasten.

Zu dieser Kommission schlossen sich sechs bundesdeutsche Verbände zusammen, die in ihren Ausschüssen, Arbeitskreisen und Fachgruppen verschiedene Teilbereiche der Altlastenproblematik behandeln. Lange Zeit wurde das Selbstreinigungsvermögen von Boden und Untergrund vollkommen überschätzt. Heute beschäftigen sich Wissenschaft und Praxis mit den Problemen der Altlastenermittlung, der Beurteilung von Gefahren, die von Altlasten

ausgehen, und von deren Beseitigung. Zur Koordination und Abstimmung der Arbeitsschwerpunkte wurde 1992 ein Arbeitsprogramm vereinbart, das zunächst die Tätigkeiten der Verbände in den technisch-wissenschaftlichen Bereich der Altlastproblematik erfasst und analysiert.

Das Thema Altlasten gewann besondere Bedeutung nach der Wiedervereinigung in den neuen Bundesländern. Daher war es folgerichtig, dass sich erste technisch-wissenschaftliche Arbeitsgruppen des BWK in Sachsen zum Thema Altlasten bildeten. Die Arbeit dieser Gruppen kann und soll einfließen in die Bemühungen der Kommission Altlasten. Diese Kommission wird auch bei der Publikation und Umsetzung der Arbeitsergebnisse wirksam werden. Für die Bereitschaft des BWK, sich den ständig wandelnden Aufgaben des Umweltschutzes zu stellen, ist die Mitwirkung in der Kommission Altlasten wieder ein Beweis. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang, dass der BWK bei seinem ersten Bundeskongress in einem neuen Bundesland 1991 in Erfurt das Leitthema „Alte Lasten, neue Sorgen“ wählte.

7. ZBI

Zur wirksamen Vertretung berufsständischer Interessen hatte sich der BWK-Bundesverband mit ursprünglich 12 weiteren Organisationen auf Bundesebene zum Zentralverband der Ingenieurvereine (ZBI) zusammengeschlossen. Entscheidend für diesen Beitritt war die Überlegung, dass politische Forderungen auf Bundes- und Landesebene nur dann wirkungsvoll erhoben werden können, wenn sie von einer großen Zahl potenzieller Wähler vertreten werden. Es galt also, in einem Dachverband mit vielen Ingenieurverbänden und einer entsprechend großen Mitgliederzahl zusammenzuarbeiten.

Der ZBI vertritt als Dachverband der Ingenieurverbände in der Bundesrepublik 110.000 Ingenieure aller Fachrichtungen. Der ZBI ist selbst Mitglied in der Deutschen Kommission für Ingenieurausbildung (DKI), im Deutschen Verband technisch-wissenschaftlicher Vereine (DVT), in der Akkreditierungsagentur für

Studiengänge der Ingenieurwissenschaften und der Informatik (ASII) und arbeitet außerdem mit in der internationalen Förderung Europäischer Nationaler Ingenieurverbände (FEANI) mit Sitz in Brüssel.

Der ZBI vertritt die Interessen der deutschen Ingenieure in der Berufsausbildung, z. B. bei der Frage der Anerkennung der Ingenieurstudiengänge, des Niederlassungsrechtes in der EU sowie bei der Gründung von Ingenieurkammern in allen Bundesländern. In Angelegenheiten der HOAI sowie in Fragen des Bauvorlagerechtes vertritt der ZBI die freien Berufe. Für den öffentlichen Dienst bemüht sich der ZBI u. a. um eine angemessene Einstufung der Ingenieure. Fragen der Ingenieurausbildung, der Fortbildung, der internationalen Zusammenarbeit und der Öffentlichkeitsarbeit sind weitere Themen, mit denen sich der ZBI auseinandersetzt.

Natürlich war der BWK in der Vergangenheit nicht immer mit allen Teilen der Arbeit des ZBI einverstanden. Immer wieder wurde vom BWK Kritik daran geübt, dass die Interessen der Hochschulabsolventen vom ZBI nicht ausreichend vertreten wurden. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, dass in den übrigen Mitgliedsverbänden des ZBI die im öffentlichen Dienst tätigen Absolventen der Fachhochschulen besonders stark vertreten sind und ihre Interessen hervorheben, während der BWK sich in gleicher Weise für die Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen einsetzt.

Ein 1987 verabschiedetes Positionspapier des BWK für die Zusammenarbeit mit dem ZBI forderte die Aktivierung des Arbeitskreises „Der Ingenieur in der Gesellschaft“. In diesem Positionspapier wurde weiter darauf hingewiesen, dass es nach Auffassung des BWK wichtig ist, die Belange der in der freien Wirtschaft tätigen Ingenieure wirksam zu vertreten und sich außerdem für Ingenieure mit wissenschaftlicher Ausbildung einzusetzen. Durch die Mitwirkung besonders aktiver und fachkundiger BWK-Kollegen in den Gremien des ZBI ist es in den letzten Jahren gelungen, die Auffassung des BWK dort wirksam zu vertreten. Zusammen mit dem ZBI verfolgt der

BWK als wichtiges berufspolitisches Ziel, die Bedeutung der Technik und der Naturwissenschaft für den Umweltschutz herauszustellen.

Wie schon im Abschnitt „Satzungen“ dargestellt, erkannten die Finanzämter den BWK in den 80er-Jahren wegen seiner berufsständischen Arbeit nicht mehr als gemeinnützig an. Der Versuch, das Problem durch einen Förderverein zu lösen, war wenig erfolgreich. Daher musste der BWK-Bundesverband 1996 die berufsständische Arbeit aufgeben und sich auf die technisch-wissenschaftlichen Aufgaben konzentrieren. Den BWK-Landesverbänden wurde jedoch freigestellt, weiterhin berufsständische Aufgaben nach ihren Landessatzungen wahrzunehmen. Davon machten die Landesverbände Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen und Bremen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Hamburg sowie Thüringen Gebrauch. Selbstverständlich beobachten auch der BWK-Bundesverband und die technisch-wissenschaftlich tätigen BWK-Landesverbände die Umweltpolitik und deren gesellschaftspolitische Auswirkungen und nehmen zu politischen Fragen Stellung.

Um die berufsständischen Aktivitäten der BWK-Landesverbände zu koordinieren und in wichtigen Fragen mit einer Stimme zu agieren, wurde die Arbeitsgemeinschaft der berufsständischen Landesverbände ohne eigenen Rechtsstatus gegründet. Der Bundesverband und die gemeinnützigen Landesverbände nehmen an den Sitzungen mit beratender Stimme teil. Den Vorsitz und die Geschäftsführung übernehmen der jeweilige BWK-Präsident und der BWK-Bundesgeschäftsführer. Sie vertreten den BWK im ZBI-Hauptvorstand.

Im ZBI arbeiten derzeit folgende Ingenieurverbände:

- BWK – Bund der Ingenieure für Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Kulturbau
 - BWK LV Hessen
 - BWK LV Niedersachsen und Bremen
 - BWK LV Nordrhein-Westfalen
 - BWK LV Rheinland-Pfalz und Saarland
 - BWK LV Schleswig-Holstein und Hamburg

- BAI – Bundesverband der Agraringenieure
- BDB – Bund Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure
- BIG – Bund der Ingenieure des Gartenbaus und der Landespflege
- WSV – Ingenieur Wasser- und Schifffahrtsverwaltung
- VDEI – Verband Deutscher Eisenbahningenieure
- VDV – Verband Deutscher Vermessungsingenieure
- VSVI – Vereinigung der Straßenbau- und Verkehrsingenieure in Niedersachsen
- ZVI – Zentralverband der Ingenieure des öffentlichen Dienstes
- ZVI – Zentralverband der Ingenieure des öffentlichen Dienstes in Bayern
- ZVI – Zentralverband der Ingenieure des öffentlichen Dienstes in Schleswig-Holstein

Der ZBI hat am 1. September 1999 seinen Sitz von Bonn nach Berlin verlegt. Er gliedert sich in

- Präsidium
bestehend aus dem Präsidenten (zurzeit Dr.-Ing. *Christian Müller*/MdB und den vier Vizepräsidenten (Dipl.-Ing. *Wilfried Grunau*/VDV; Dipl.-Ing. *Claus Hinrichs*/BWK; Dipl.-Ing. *Manfred Kehr*; Dipl.-Ing. (FH) *Helmut Zenker*/BDB)
- Hauptvorstand, in dem die Präsidenten bzw. Vorsitzenden der Mitgliedsverbände vertreten sind;
- vier Arbeitskreise
 - A 1 – Ingenieure für nachhaltige Entwicklung (früher: Ingenieur in der Gesellschaft); Vorsitz: Dipl.-Ing. *Kehr*
 - A 2 – Ingenieuraus- und -fortbildung; Vorsitz Prof. Dr.-Ing. *Albrecht Pfau*/BWK
 - A 3 – Ingenieure in der Wirtschaft; Vorsitz: Dipl.-Ing. *Bernd Künne*/VSVI
 - A 4 – Ingenieure im öffentlichen Dienst; Vorsitz: Dipl.-Ing. *Sauer*/BDB

Geschäftsführer des ZBI ist seit 1999 Dr. *Hans-Jürgen Hefl*.

IX Persönlichkeiten, die den BWK prägten

54 Jahre sind seit der Gründung des BWK-Bundesverbandes vergangen. In dieser langen Zeit haben viele BWK-Mitglieder als Vorsitzende oder stellvertretende Vorsitzende, als Geschäftsführer oder Schatzmeister, als Referenten in den Vorständen oder als Beauftragte für Sonderaufgaben durch Engagement in ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit den BWK-Bundesverband und seine Landesverbände geprägt. Dabei haben sie mitgeholfen, dass vieles erreicht wurde, und außerdem dazu beigetragen, dass fast 5.000 Mitglieder dem BWK ihr Vertrauen schenken. Im Rahmen dieser Chronik ist es nicht möglich, alle mit Namen zu nennen und ihre Leistungen zu würdigen. Nur einige sollen hier beispielhaft genannt werden.

Es ist dem BWK gelungen, Persönlichkeiten als Bundesvorsitzende/Präsidenten zu finden, die auf Grund ihrer menschlichen Eigenschaften, ihrer fachlichen Leistungen sowie ihrer beruflichen Stellung in der Öffentlichkeit hohes Ansehen genossen. Die jeweiligen Bundesvorsitzenden/Präsidenten waren typisch für ihre Zeit. Ihre Lebensdaten und Auszüge aus Veröffentlichungen in WASSER & BODEN sollen dies verdeutlichen:

1. Ferdinand Schweicher – Hannover

- Bundesvorsitzender von 1950 bis 1963
- Ehrenvorsitzender von 1963 bis 1976

Am 24. Oktober 1895 wurde Ferdinand Schweicher in Trier geboren und lebte dort bis zum Abitur. Von 1919 bis 1922 studierte Schweicher Bauingenieurwesen an der Technischen Hochschule Darmstadt. Im Anschluss an die Große Staatsprüfung



1925 waren Berlin, Dorsten, Trier, Düsseldorf, die obere Weichsel und Hannover Stationen seiner Tätigkeit. Nach dem Zweiten Weltkrieg erwarb sich Schweicher große Verdienste durch den Aufbau der Wasserwirtschaftsverwaltung des neu geschaffenen Landes Niedersachsen.

Dabei hat er über seine schöpferische und erfolgreiche hauptamtliche Tätigkeit hinaus einen aus der Nachkriegszeit nicht wegzudenkenden Beitrag für die Wasserwirtschaft und die in der Wasserwirtschaft tätigen Ingenieure geleistet.

Tatkräftig und mit viel Weitblick hat Ferdinand Schweicher die Gründung des BWK-Bundesverbandes betrieben und als Vorsitzender unseren Berufsverband über viele Jahre gestaltet.

An der Gründung der Zeitschrift WASSER & BODEN war er maßgeblich beteiligt. Unter seiner Führung als Hauptschriftleiter entstand in engem Zusammenwirken mit Schriftleitung, Verlag und BWK eine Zeitschrift für die deutsche Wasserwirtschaft, die eine führende Stellung einnahm. Form und Inhalt der Zeitschrift hat er 20 Jahre lang geprägt. Besonderen Wert legte er auf Form und Inhalt der Aufsätze und ganz besonders auf den sprachlichen Ausdruck. „Fachchinesisch“ war ihm stets ein Gräuel.

Die Technische Hochschule Hannover würdigte 1957 seine herausragenden Leistungen in der Wasserwirtschaft durch die Verleihung des Dr.-Ing. E. h. 1976 starb Ministerialdirigent a. D. Dr.-Ing. E. h. Ferdinand Schweicher im Alter von 81 Jahren. In seinen persönlichen Erinnerungen an Ferdinand Schweicher schrieb Professor *Bilib*/Hannover in Heft 6/1976 unserer Zeitschrift auszugsweise:

„Ferdinand Schweicher war ein musischer Mensch. Schwierige Situationen meisterte er dank des ihm eigenen Humors. Was er sagte, hatte Gewicht. In der Erinnerung lebt er als der großmütige Vater, der Wasserwirtschaftlern Heimstatt und Lebensziel gegeben hat.“

Er selbst war in der harten Schule des Lebens geformt, früh Waise geworden, im humanistischen Konvikt in Trier streng erzogen, den Ersten Weltkrieg in jungen Jahren an den Fronten erlebt. So wurden Herkunft und intellektuelle Bildung bestimmend für sein soziales Empfinden, seine Menschlichkeit, die ausgewogen wurden vom Temperament des Tatmenschen.

Dem Pessimismus aus intellektueller Einsicht stand natürlicher Optimismus und Großmut gegenüber. Er hat der von ihm aufgebauten und kraftvoll geführten Wasserwirtschaftsverwaltung Niedersachsens den Stempel seiner unverwechselbaren Persönlichkeit aufgedrückt und damit das Ansehen eines der bedeutenden Wasserwirtschaftler unserer Zeit gewonnen.“

2. Hans Suhr – Kiel

- Bundesvorsitzender von 1963 bis 1971

In Neumünster wurde Hans Suhr 1906 geboren. Hier lebte er bis zur Reifeprüfung an der Oberrealschule. Sein Studium des Bauingenieurwesens an der Technischen Hochschule Hannover beendete er 1932 erfolgreich. Im Anschluss an seine Referendarausbildung war er nach 1936 an der Planung schwieriger kulturbau-technischer Maßnahmen in Nordfriesland tätig. Auf eine Referententätigkeit im Landwirtschaftsministerium in Kiel folgte 1958 die Ernennung zum Leiter der Abteilung Wasserwirtschaft. Seine größte berufliche Herausforderung musste er nach der schweren Sturmflut vom Februar 1962 bestehen. Seinem persönlichen Einsatz war es zu verdanken, dass sofort nach dieser Sturmflut mit den Arbeiten zur Wiederherstellung der Deiche begonnen wurde. Auch dafür, dass neue Deiche mit verstärkten Abmessungen dort errichtet wurden, wo die Schäden einem Totalverlust der Deiche gleich-



kamen, ohne dass dafür die sonst erforderlichen Entwürfe und Ausschreibungen vorlagen, übernahm er die Verantwortung.

Der Generalplan, „Deichverstärkung, Deichverkürzung und Küstenschutz in Schleswig-Holstein“ von 1963 ist seine Arbeit. Dieser Plan, der neben Deichverstärkungen und Deichbegradigungen die mündungsnahen Abdämmungen einmündender Flüsse sowie eine Deichverkürzung an der Westküste von 500 km auf 290 km vorsieht, war unbestrittene Grundlage der langjährigen Arbeiten zur Sicherung der schleswig-holsteinischen Westküste.

In einem in Heft 8/1964 veröffentlichten Aufsatz zu dem genannten Generalplan schreibt Hans Suhr auszugsweise Folgendes:

„Wo liegt die obere Grenze der Sturmflutgefahr? Wie stark müssen Deiche sein, welche den Menschen ausreichenden Schutz auch bei ungünstigster Bedrohung geben können? Geben die bisher bekannten höchsten Sturmfluten bereits das äußerste Richtmaß für die weitere Planung der Deichquerschnitte an? Nach den großen Sturmfluten der vergangenen Jahrhunderte haben sich die Verantwortlichen immer wieder diese Frage gestellt ... Unerwartet schnell gab die Natur Antwort auf viele Fragen, die bei der Festlegung der „maßgebenden“ Wasserstände gestellt wurden und aus den Erfahrungen der Holland-Sturmflut nur bedingt beantwortet werden konnten ... Eine absolute Sicherheit hat es für die im Schutz der Deiche lebenden Menschen nie gegeben. Ebenso ist es nicht denkbar, Vorausberechnungen über eine höchstmögliche Sturmflut zu machen. Wer hinter dem Deich lebt und schafft, wird auch in Zukunft damit rechnen müssen, dass das Meer Gefahren birgt.“

In seiner achtjährigen Amtszeit als Bundesvorsitzender des BWK konnte Hans Suhr der Zeit angepasste neue Ziele entwickeln, den inneren Zusammenhalt festigen und das Ansehen des BWK nach außen mehren. Nach seinem Ausscheiden aus dem Bundesvorstand würdigte der damalige Bundesgeschäftsführer *Ernst Zöllner* die Leistungen von Hans Suhr in

den „BWK-Mitteilungen“ 10/1971. Darin hob er folgendes hervor:

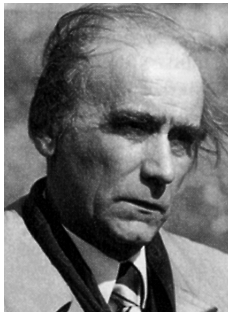
„Sein wichtigstes Anliegen war ihm die Pflege und Vertiefung des kollegialen und kameradschaftlichen Zusammenhalts der in der Wasserwirtschaft tätigen Ingenieure beider Ausbildungsrichtungen. Mit seiner menschlich aufgeschlossenen und schlichten Art hat Dipl.-Ing. Suhr dieses Anliegen verfolgt, sich im Kollegenkreis viele Freunde erworben und damit den Bund der Wasser- und Kulturbauingenieure in besonderem Maße gefestigt.“

Leitender Ministerialrat Dipl.-Ing. Hans Suhr starb 1983. Seinem Wunsch entsprechend wurde die Urne der Nordsee übergeben.

3. Richard Zayc – Düsseldorf

- Bundesvorsitzender/Präsident des BWK von 1971 bis 1983

1918 wurde Richard Zayc in Schlesien geboren und hat die Schulen bis zum Abitur in Breslau besucht. Er gehört zu den Jahrgängen, die vom Zweiten Weltkrieg besonders betroffen waren. An seinen Wehrdienst von 1937 bis 1939 schloss sich nahtlos der Kriegseinsatz an, den er zum Glück nur mit leichten Verwundungen bis zum Kriegsende durchstand. Erst nach über acht-jähriger Soldatenzeit konnte er das Bauingenieur-Studium an der TH Darmstadt beginnen. Er legte damals schon den Schwerpunkt auf Wasserwirtschaft und schloss 1952 in diesen Vertiefungsfächern sein Studium mit besonderem Erfolg ab.



Seine Referendarausbildung bis zur Großen Staatsprüfung machte er in Nordrhein-Westfalen und begann seine berufliche Tätigkeit 1955 beim Wasserwirtschaftsamt in Düsseldorf. Seiner sehr guten Ausbildung auf dem

gesamten Gebiet der Wasserwirtschaft war es wohl zu verdanken, dass er bereits 1960 ins Ministerium geholt wurde. Er war einer der Ersten, der damals schon auf die Probleme der Radioaktivität in der Wasserwirtschaft in Vorträgen und Veröffentlichungen hinwies. Ein weiterer Schwerpunkt seiner Arbeiten war der Aufbau von großräumigen Mess- und Überwachungsnetzen. Dies setzte den Einsatz der Elektronischen Datenverarbeitung voraus, deren Einführung in der Wasserwirtschaftsverwaltung zu seinen Verdiensten zählt. In zahlreichen Arbeitsgruppen auf Bundesebene und auch international konnte er sein breites Wissen anbringen und wurde 1965 von der Bundesregierung in den Koordinationsrat der UNESCO für die Internationale Hydrologische Dekade beordert. Auf zahlreichen Auslandsreisen konnte er weitere Erfahrungen sammeln, die ihm später bei der Planung und dem Aufbau des Landesamtes für Wasser und Abfall Nordrhein-Westfalen sehr von Nutzen waren. So konnte er eine sehr leistungsfähige Einrichtung schaffen, die in ihrer fachlichen Breite und Tiefe einmalig war und auch bald international Anerkennung fand. Die von ihm in Gang gebrachte Zusammenarbeit von Ingenieuren und Naturwissenschaftlern wurde beispielhaft. Durch seinen Einsatz hat er nicht nur dafür gesorgt, dass in seinem Landesamt wissenschaftlich gesicherte Daten gesammelt wurden, mit denen Ingenieure und Naturwissenschaftler Grundlagen für ihre Arbeit erhielten. Wichtig war es ihm auch, den Zustand der Gewässer und seine Veränderungen in geeigneter Form der Öffentlichkeit darzustellen. In diesem Zusammenhang hat er z. B. in WASSER & BODEN (Heft 2/1982) den Aufsatz „Die Gewässerbeschaffenheit und ihre Veränderung in Nordrhein-Westfalen“ veröffentlicht. Darin sind die unterschiedlichen Veränderungen der Gewässergüte, auch als Folge von Klärmaßnahmen für den Zeitraum von 1960 bis 1980, eindrucksvoll dargestellt. In diesem Aufsatz schreibt er u. a.:

„In den Ballungsgebieten von Nordrhein-Westfalen war man schon frühzeitig auf eine verstärkte Nutzung des Oberflächenwassers

angewiesen. So konnte der Wasserbedarf für den Aufbau der Industrie an Ruhr und Wupper nur durch Fernversorgung aus dem Bergischen Land und dem Sauerland gedeckt werden. Deshalb befinden sich auch in diesen Gebieten die meisten und ältesten deutschen Talsperren. Mit dem Ausbau der Großindustrie traten aber auch bald schwerwiegende Gewässerbelastungen auf, die zu einer großräumigen Bewirtschaftung der verhältnismäßig kleinen Gewässer zwangen. Die wasserwirtschaftlichen Verbände in diesen Räumen verdanken dieser Entwicklung ihre Entstehung und haben beispielhaftes auf diesem Gebiet geleistet. Wenn man etwas bewirtschaften will, dann muss man den Bedarf dem Vorkommen, oder besser dem sich ständig erneuernden Dargebot gegenüberstellen. Hinsichtlich der Wassermengen wurden derartige Berechnungen schon früh durchgeführt. Erst als die Nutzung der Gewässer durch ihre Verschmutzung behindert wurde, sah man sich veranlasst, auch die Gewässerbeschaffenheit zu erfassen, die noch verfügbaren Reserven abzuschätzen und Sanierungspläne zu entwickeln, wo die erträglichen Grenzen überschritten waren. Mit der Vielfalt der Belastungen, besonders durch die Fortentwicklung der chemischen Industrie, wurde auch die Erfassung der Belastungen immer schwieriger und stellt heute Anforderungen, die nur noch mit Hilfe hochwertiger Laboreinrichtungen erfüllt werden können."

1981 schied der Präsident Richard Zayc aus dem Öffentlichen Dienst aus. Trotz seiner vielen Verpflichtungen hatte er bis zu diesem Zeitpunkt auch noch die Vertretung der Bundesrepublik im Koordinationsrat der UNESCO wahrgenommen.

Seit 1953 ist Richard Zayc Mitglied des BWK. Schon bald übernahm er ehrenamtliche Aufgaben. Er hat, wie man so sagt „von der Pieke auf gedient“. Ab 1959 war er Obmann für Fortbildung und Presse des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen und hat während dieser Zeit die ersten großen Lehrgänge durchgeführt. Zum Landesvorsitzenden wurde er 1969 gewählt, gab das Amt aber bei der nächsten

Wahl 1973 wieder ab, da er bereits 1971 Bundesvorsitzender wurde. Er hat sich nicht nur für technisch-wissenschaftliche Aufgaben des BWK interessiert, wie es vielleicht seinem beruflichen Werdegang entsprochen hätte. Seit 1960 war er in zwei berufsständischen Arbeitsgruppen des ZBI tätig und hat ab 1971 im Hauptvorstand des ZBI die berufsständischen Interessen des BWK, oft gegen Widerstand, sehr nachdrücklich vertreten. Ein eindeutiger Schwerpunkt für ihn war aber doch die Fortbildung und die Erziehung zum ganzheitlichen Denken. 20 Jahre lang arbeitete er als Schriftleiter bei WASSER & BODEN mit.

Ganz besonders hat sich Zayc um den BWK aber auch dadurch verdient gemacht, dass er sich ständig um einen guten persönlichen Zusammenhalt der Mitglieder bemühte. Wichtig war ihm immer das Zusammengehörigkeitsgefühl, das den BWK gegenüber anderen Verbänden besonders auszeichnet, zu fördern. Auch nach seinem Ausscheiden als Präsident im Jahre 1983 verfolgt Richard Zayc die weitere Entwicklung des BWK durch seine regelmäßige Teilnahme an den Bundesversammlungen. So kommt es, dass ältere Mitglieder, die seine aktive Amtszeit als Präsident noch in Erinnerung haben, ihn als eines der Urgesteine des BWK betrachten.

4. Dietrich Ruchay – Monheim am Rhein

- Präsident des BWK von 1983 bis 2003

In Köln wurde Dr.-Ing. E.h. Dietrich Ruchay 1938 geboren. Nach seiner Schulzeit studierte er an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule in Aachen Bauingenieurwesen und vertiefte den Bereich „Straßen- und Städtebau“. Daran schloss sich die Ausbildung für die Laufbahn des höheren technischen Verwaltungsdienstes in der Wasserwirtschafts-



verwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen an. Sein weiterer Lebensweg zeigt folgende Positionen:

- 1968 bis 1972 Dezernent der Bezirksregierung in Düsseldorf für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung
- 1972 bis 1981 Referent für Gewässerreinhaltung und Abwasserbeseitigung im Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Nordrhein-Westfalen
- 1981 bis 1985 Präsident des Landesamtes für Wasser und Abfall Nordrhein-Westfalen und damit unmittelbarer Nachfolger von Richard Zayc
- 1985 bis 1987 Abteilungsleiter Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz und Umweltradioaktivität im nordrhein-westfälischen Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft
- Juni 1987 bis März 2003 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz und Altlastensanierung beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in Bonn/Berlin
- 1990 bis 1995 und 1999 bis 2001 Präsident der Internationalen Kommission zum Schutz der Elbe (IKSE)
- 1993 bis 1995 Präsident der Internationalen Kommission zum Schutz des Rheins (IKSR)

Nicht zuletzt auch seinem beruflichen Engagement ist es zu verdanken, dass der Umweltschutz und die Nachhaltigkeit des Handelns zu wichtigen politischen Größen in Deutschland, Europa und weltweit wurden. In seine Berufszeit fielen die Ausgestaltung des deutschen Wasserrechtes, die Entwicklung des Abfallbeseitigungsgesetzes zum Kreislaufwirtschaftsgesetz, die Entstehung eines eigenen Bodenschutzrechtes, vor allem aber die Entwicklung einer eigenen EU-Verantwortung für die Umweltpolitik und darauf aufbauend ein umfangreiches europäisches Regelwerk für den Umweltschutz, insbesondere die Wasserrahmenrichtlinie und die Abfallrichtlinien.

Während der gesamten Berufszeit hat sich Dietrich Ruchay ganz besonders dem Gewässerschutz verschrieben. Dabei ist er immer von ganzheitlichen Ansätzen ausgegangen. Er hat sich als einer der Ersten nicht nur für eine flächendeckende moderne Abwasserreinigung eingesetzt, sondern den integrierten Ansatz in der Produktionstechnik durchgesetzt. Außerdem gehörte zu seinem Denken immer auch die Gleichberechtigung von Mensch und Natur; daher stand er ökologischen Überlegungen stets sehr aufgeschlossen gegenüber.

Im Laufe der Berufszeit musste sich Ruchay zunehmend mit der Abfallwirtschaft auseinandersetzen. Auch hier wieder suchte er den Handlungsansatz nicht zuerst bei der Abfallentsorgung, sondern er fragte nach Möglichkeiten, Abfälle zu vermeiden und unvermeidbare Abfälle zu verwerten. Nur das Unvermeid- und das Unverwertbare galt es schadlos zu entsorgen.

Herausragendes Ereignis seiner Berufszeit war sicherlich die Wiedervereinigung Deutschlands 1990 und damit verbunden der Aufbau einer gesamtheitlichen Wasser- und Abfallwirtschaft sowie eines einheitlichen Bodenschutzes und einer gleichartigen Altlastensanierung in den alten und neuen Bundesländern.

Neben der fachlichen Arbeit war es Dietrich Ruchay immer ein ganz besonderes Anliegen, dass seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Arbeitsfreude durch Anerkennung und Motivation fanden. Darum hat er sich auf seinem wechselreichen Lebensweg stets bemüht.

Schließlich war Dietrich Ruchay lange Zeit an der Schaltstelle zwischen Facharbeit und politischer Entscheidung tätig. Daher hat er immer besonderen Wert auf klare und verständliche Darstellung der Fakten, auf eine saubere Begründung, auf Berücksichtigung der politischen Möglichkeiten und Abschätzung der betriebs- und volkswirtschaftlichen Folgen gelegt.

Dietrich Ruchay war aber nicht nur seit dem 1. Juli 1971 BWK-Mitglied, sondern auch viele Jahre Mitglied des ATV- und später des ATV/DVWK-Vorstandes und Mitglied des DIN-Präsidiums. Er hat unzählige Vorträge im In- und Ausland gehalten und in vielen Fachzeit-

schriften zu interessanten und manchmal auch brisanten Themen Stellung bezogen.

1983 hat ihn die Bundesversammlung in Bad Iburg zum vierten Präsidenten des BWK gewählt. Er hat sich sofort gemeinsam mit *Horst Schelp* daran gemacht, das Ansehen des BWK und der Ingenieure in der Öffentlichkeit zu verbessern, die Gleichberechtigung der Ingenieure mit anderen Berufsgruppen einzufordern und den BWK zu einem modernen zukunftsgerichteten Verband zu machen. Dabei galt es, Bewährtes zu erhalten und konsequent weiter zu verfolgen, aber gleichzeitig Überholtes aufzugeben und durch zukunftsfähige Ideen zu ersetzen. Herausragende Ereignisse in seiner Präsidentschaft waren sicherlich

- die Erweiterung des BWK nach Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen
- die Einführung anspruchsvoller Bundeskongresse mit großer Außenwirkung
- die Aufnahme einer umfangreichen Regelwerksarbeit
- der Aufbau der neuen Fach- und Verbandszeitschrift WASSER UND ABFALL.

Am Gelingen dieser und vieler anderer Aktivitäten haben sehr viele BWK-Mitglieder großen Anteil. Sie anzuregen, sie zu motivieren, ihnen bei Schwierigkeiten zu helfen, das waren die Aufgaben des Präsidenten und des Bundesgeschäftsführers.

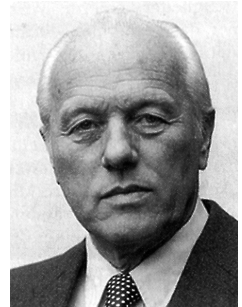
Dass die Fusionsverhandlungen mit dem DVWK gescheitert sind, lag sicher nicht an der Verhandlungsstrategie des Präsidenten und der Verhandlungsdelegation des BWK. Der BWK wollte die finanzielle Unabhängigkeit auch bei einer Fusion nicht gefährden und hatte deshalb eine hauptamtliche Geschäftsführung abgelehnt. Der DVWK hat sich jedoch 1999 für eine Fusion mit der ATV entschieden. (s.a. WASSER UND ABFALL 1999, Heft 1-2, Seite 40) Während der gesamten 20-jährigen Amtszeit und auch jetzt noch hat Dietrich Ruchay in der Redaktion der Fach- und Verbandszeitschrift mitgearbeitet.

Der BWK hat Dr.-Ing. E.h. Dietrich Ruchay am Tage seines Ausscheidens als BWK-Präsident zum Ehrenmitglied des BWK ernannt.

5. Bodo Cousin – Hamburg

- Ehrenmitglied des Bundesverbandes seit 1984
- 20 Jahre Schriftleiter der Verbandszeitschrift WASSER UND BODEN

Nach der Bundessatzung können Personen, die sich um den Verband in außergewöhnlicher Weise verdient gemacht haben, zu Ehrenmitgliedern ernannt werden. Von dieser Möglichkeit machte die Bundesversammlung 1984



auf Vorschlag des Bundesvorstandes erstmalig Gebrauch. Sie beschloss, Bodo Cousin aus Hamburg, der sich beim Aufbau des BWK-Landesverbandes Schleswig-Holstein und Hamburg sowie auch des Bundesverbandes, insbesondere jedoch bei der Gründung und Gestaltung der Verbandszeitschrift, verdient gemacht hatte, zum Ehrenmitglied des Bundes zu ernennen.

Es war das besondere Verdienst unseres Ehrenmitgliedes Bodo Cousin, ständig neue Ideen an den BWK und an seine Zeitschrift WASSER UND BODEN heranzutragen.

Die Urkunde über die Ehrenmitgliedschaft wurde ihm anlässlich seines siebenzigsten Geburtstages auf dem Süllberg in Hamburg überreicht. Im gleichen Lokal hatte er 1948 maßgeblich an der Gründung des BWK-Landesverbandes Schleswig-Holstein und Hamburg mitgewirkt.

Bodo Cousin ist gebürtiger Hamburger. Er studierte von 1934 bis 1937 an der Ingenieurschule für Wasserwirtschaft und Kulturtechnik in Suderburg. Nach dem Examen wurde er Mitglied des Verbandes Deutscher Kulturtechniker (VDK). Seit 67 Jahren gehört er also dem BWK und seiner Vorgängerorganisation als Mitglied an! Seine ersten Gehversuche im Be-

ruf machte er bei der Hauptstelle für Landwirtschaftliche Abwasserverwertung in Berlin und Hamburg. Nach dem Kriegsdienst von 1939 bis 1945 kehrte er in seine Heimatstadt Hamburg zurück. Bis zu seiner Pensionierung war er in der Wasserwirtschaftsverwaltung der Hansestadt Hamburg tätig. Beruflich konnte er sich stark für moderne Hochwasserschutzanlagen an der Elbe nach der Sturmflut von 1962 einsetzen.

Zum Thema „Bodo Cousin und der BWK“ schrieb Präsident Zayc in Heft 1/1977 unserer Zeitschrift:

„Bodo Cousin gehörte mit zu den Menschen im Nachkriegsdeutschland, die sich der Abwärtsentwicklung entgegenstemmten. Er vertraute auf die Kraft der Gemeinschaft und war überzeugt, dass man nur zupacken müsse. Bodo Cousin war in unserem Verband Motor von Anfang an. Er brachte die Voraussetzungen für eine fruchtbare Verbandsarbeit mit: nämlich die innere Überzeugung von der Notwendigkeit und die Bereitschaft, dafür Zeit und Kraft zu opfern. Mit seinem Vertrauen erweckenden Auftreten vermochte er auch andere zu überzeugen ...“

Wir freuen uns, dass unser Ehrenmitglied Bodo Cousin bei guter Gesundheit die weitere Entwicklung des BWK verfolgen kann.

6. Peter Könekamp – Syke

- 1971 bis 1995 BWK-Bundesschatzmeister

24 Jahre hat Peter Könekamp die Kasse des BWK zur Zufriedenheit aller Beteiligten geführt. Aber er hat nicht nur unser Geld sorgfältig verwaltet, er hat uns mit all seinem umfangreichen Wissen über die Möglichkeiten und Grenzen ver-



bandlichen Handelns, mit seiner langen Berufserfahrung und nicht zuletzt in Kenntnis der handelnden Personen innerhalb des BWK und außerhalb des Verbandes im BWK-Vorstand und im Geschäftsführenden Vorstand immer sehr verantwortlich beraten. Er ist nachdrücklich für das eingetreten, was er für richtig angesehen hat. Ebenso mutig hat er sich Ideen und Entwicklungen entgegengestellt, die er nicht verantworten konnte. So hat er den BWK einerseits stets vor Schaden bewahrt und andererseits sehr viel zum Gedeihen des Verbandes beigetragen.

20 Jahre hat er außerdem dem BWK-Landesverband Niedersachsen und Bremen als stellvertretender Vorsitzender gedient.

Peter Könekamp wurde 1932 in Bremen geboren. Nach Krieg und Schulzeit absolvierte er ein zweijähriges Berufspraktikum und studierte dann von 1951 bis 1954 an der Staatlichen Ingenieurschule für Wasserwirtschaft und Kulturtechnik in Suderburg, der heutigen Fachhochschule Nordostniedersachsen. Danach arbeitete er zwei Jahre beim Landkreis Harburg und nochmals zwei Jahre beim Landkreis Osterholz-Scharmbeck, bevor er 1958 zum Wasserwirtschaftsamt Bremen ging.

1964 folgte er dem Ruf des Mittelweserverbandes. Das Verbandsgebiet hat eine Größe von 52.000 ha, dort sind 480 km Gewässer II. Ordnung zu unterhalten, vor allem aber sind 55 km Hochwasserschutzdeiche zu pflegen und instand zu halten und der Betrieb von vier Hochwasserschöpfwerken ist allzeit sicherzustellen. Für diesen seinen Verband hat Baudirektor Peter Könekamp mehr als 31 Jahre die technische Verantwortung getragen. Selbstverständlich arbeitete er während dieser Zeit in vielen Ausschüssen des Wasserverbandstages Bremen-Niedersachsen-Sachsen-Anhalt und gehörte dem Beirat des Verbandstages an.

Wie viele, die im BWK Verantwortung im Ehrenamt übernommen haben, so hat auch Peter Könekamp sehr viel Freizeit für den Verband investiert.

In Anerkennung seines langjährigen unermüdlichen und von hohem Verantwortungsbewusstsein getragenen Einsatzes für den BWK

hat die Bundesversammlung 1996 in Cottbus Peter Könekamp zum Ehrenmitglied ernannt.

Georg Kranefoed, sein Nachfolger bei Mittelweserverband hat zu seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst in „BWK-Intern“ 1995, Heft 5, Seite 36 geschrieben:

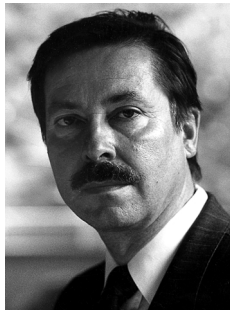
„Ich weiß, Du bist niemand, der unnötig herumsitzt. Bleibe so aktiv, wie Du bist, aber lenke Deine Aktivitäten mehr in Richtung Familie und Ruhestand. Du hast es verdient.“

Wir hoffen, unser Ehrenmitglied Peter Könekamp und seine liebe Frau noch oft bei Bundesversammlungen und Bundeskongressen begrüßen zu können.

7. Horst Schelp – Düsseldorf

- 1983 bis 2003 BWK-Bundesgeschäftsführer

Horst Schelp wurde 1939 in Bad Pyrmont geboren und ist dort zur Schule gegangen. Er studierte von 1960 bis 1963 an der Staatlichen Ingenieurschule für Wasserwirtschaft und Kulturtechnik in Suderburg (heute Fachhochschule Nordostniedersachsen). Der frischgebackene Diplomingenieur arbeitete zunächst in einem Ingenieurbüro als Projektleiter für Wasserversorgungs- und Abwassereinrichtungen, bevor er 1967 in die Umweltverwaltung von Nordrhein-Westfalen wechselte, zuerst bei der Bezirksregierung in Arnsberg, dann ab 1968 in Düsseldorf. Dort arbeitete er übrigens bis 1971 mit unserem späteren Präsidenten Dietrich Ruchay im Dezernat zusammen. 1978 wurde das für die Wasser- und Abfallwirtschaft zuständige Landesministerium auf Horst Schelp aufmerksam. Dort übernahm er Aufgaben aus den Bereichen Reinhaltung und Sanierung der Gewässer und dem internationalen Gewässerschutz. 1984 holte ihn nicht nur der Präsident des damaligen Landesamtes für Wasser und Abfall Nordrhein-Westfalen, sondern beför-



derte ihn auch in den Höheren Dienst und übertrug ihm das Fachgebiet „Talsperren und Hochwasserrückhaltebecken“. Seine hervorragenden Leistungen und seine ausgeprägten Führungs- und Motivationsfähigkeiten waren der Grund, Horst Schelp 1988 die Leitung des Aufgabengebiets „Oberirdische Gewässer“ im Landesamt anzuvertrauen.

Daneben hat Horst Schelp immer auch übergeordnete Sonderaufgaben wahrgenommen. Genannt seien die langjährige Geschäftsführung des Arbeitsausschusses Abwasserfragen der LAWA und der Deutschen Kommission zum Schutz des Rheins oder die Geschäftsführung der LAWA-Arbeitsgruppe „Wasserrahmenrichtlinie“.

Horst Schelp ist seit 1972 Mitglied des BWK. Von 1972 bis 1983 war er Vorsitzender der BWK-Bezirksgruppe Düsseldorf. 1983 wurde er von der BWK-Bundesversammlung in Bad Iburg zum BWK-Bundesgeschäftsführer gewählt. Dieses Amt führte er bis zum 11. September 2003. Dr. *Harald Imer*, Präsident des Landesumweltamtes NRW und langjähriger BWK-Vorsitzender des LV Nordrhein-Westfalen schreibt über Horst Schelp (WASSER UND ABFALL 2003 Heft 11-12, Grüne Blätter Seite 31):

„Hier muss es sich um eine außergewöhnliche Persönlichkeit handeln, die dem Verband, seinen Aufgaben und Mitgliedern besonders verbunden ist und über ein solches Persönlichkeitsprofil nach innen und außen verfügt, dass sie allseits Anerkennung genießt und aus der Anerkennung persönliche Motivation ableiten kann.“

Horst Schelp ist so eine Persönlichkeit. Wer ihn näher kennt, weiß, dass er keine halben Sachen macht. Er ist stets solide und bodenständig, weiß genau, worauf er sich einlässt, hat ein Ziel vor Augen, das er manchmal zwar über Umwege, aber stets erreicht und ist sich selbst treu. So kennen wir alle Horst Schelp, dem wir beim BWK außerordentlich viel zu verdanken haben.“

In den 20 Jahren seiner verantwortungreichen Tätigkeit als Bundesgeschäftsführer hatte Horst Schelp große Probleme zu lösen:

- Zunächst galt es das Verhältnis zwischen BWK-Bund und den BWK-Landesverbänden neu zu ordnen und zukunftsfähig zu machen. Dazu gehörten die Fortentwicklung der Satzung des BWK und die Mustersatzung für die Landesverbände.
- Ab 1986 führte der BWK-Bundesverband alljährlich Bundeskongresse in eigener Verantwortung durch. Sie waren zu organisieren, zu finanzieren und reibungslos abzuwickeln. Die Gründung eines eigenen Ausstellungsbeirats war seine Idee.
- Mit besonderem Engagement hat er sich um den Aufbau der technisch-wissenschaftlichen Arbeitsgruppen bemüht und lange Zeit selbst die Aufgabe der Gesamtkoordination übernommen. Er hat vor allem die Finanzierung der Arbeit durch unermüden Einsatz sichergestellt.
- Ebenso intensiv hat Horst Schelp den Aufbau der neuen BWK-Landesverbände betrieben und hatte immer ein offenes Ohr für die Probleme vor Ort.
- Die Auflösung des Vertrages mit dem Blackwell Wissenschaft Verlag wegen der Herausgabe und des Bezugs der Fach- und Verbandszeitschrift WASSER & BODEN und die Vertragsgestaltung mit dem Vieweg Verlag über die Herausgabe und den Bezug der neuen Fach- und Verbandszeitschrift WASSER UND ABFALL hat der Bundesgeschäftsführer engagiert begleitet.

So sehr Horst Schelp den Ausbau der technisch-wissenschaftlichen Arbeit des BWK aus Überzeugung betrieben hat, so sehr hat ihn jedoch auch der Rückzug aus der unmittelbaren berufsständischen Arbeit des BWK betrübt.

Horst Schelp hat stets intensiven Kontakt zu den Landesverbandsgeschäftsführern gehalten und damit viele Wege in schwieriger Lage geebnet.

Die erfolgreiche Arbeit von Präsident Dietrich Ruchay und Bundesgeschäftsführer Horst Schelp war nicht zuletzt dadurch geprägt, dass sich beide persönlich und dienstlich seit 1968 kannten und genau wussten, wo ihre Stärken und Schwächen lagen. Daher war es folgerichtig, dass sie beide zusammen ihre Ämter zur Verfügung stellten, um einem neuen Team den Start zu ermöglichen. Dieser Abschied ist Horst Schelp nicht leicht gefallen, und er hat bis zuletzt mit sich gekämpft, ob er sich ganz oder teilweise aus dem Tagesgeschäft der BWK-Leitung zurückziehen sollte.

Auch für Horst Schelp galt, dass er einen sehr großen Teil seiner ehrenamtlichen Arbeit nur in seiner berufsfreien Zeit erledigen konnte. Diese Zeit ging insbesondere seiner Familie und seinen persönlichen Hobbies verloren. Wir wünschen ihm, dass ihm im Kreise seiner Familie noch viele wunderschöne Jahre vergönnt sind. Mit Genugtuung kann er auf seine BWK-Arbeit zurückschauen.

X Zusammenfassung und Ausblick

In dieser Chronik der 100 Jahre von 1904 bis 2004 haben wir den Versuch unternommen, die Entwicklung unseres Berufsverbandes von der Gründung des Vereins Preußischer Meliorationstechniker im Jahre 1904 über die Ausdehnung des Bundes der Ingenieure für Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Kulturtechnik auf alle Länder der wieder vereinigten Bundesrepublik bis in die Neuzeit des 21. Jahrhunderts darzustellen.

Unter Würdigung der Arbeit seiner Vorgängerorganisationen setzt sich der BWK seit nunmehr einhundert Jahren aktiv für die Belange seines Berufsstandes und für die Entwicklung von Technik, Forschung und Wissenschaft im Umweltschutz ein. Waren es zuerst die Belange der Wasserwirtschaft und des Kulturbaus, so sind es in den letzten 50 Jahren zunehmend die Probleme der Abfall- und Kreislaufwirtschaft sowie in der neueren Zeit die des Bodenschutzes und der Altlastensanierung, die im Mittelpunkt der verbandlichen Arbeit gestanden haben. Aber es ist auch kein Geheimnis, dass sich der BWK immer auch den übrigen Segmenten des Umweltschutzes und der Ökologie verantwortlich wusste und eine ganzheitliche Sicht der Probleme anstrebt. Umweltschutz und Ökologie sind immens gesellschaftspolitische Aufgaben, die es in Verantwortung für zukünftige Generationen zu betreiben gilt. Dabei ging und geht es zwar immer auch um die Fachthemen, aber zuallererst ging und geht es um die Menschen, die sich diesen Fachthemen verschrieben haben. Die Menschen sollten sich im BWK wohl und geborgen wissen, sie sollten mit Kolleginnen und Kollegen zusammentreffen, die sich ihnen zuwenden.

Seit der Gründung des Verbandes war eine sehr schnelle Entwicklung festzustellen. Daher war die Fortbildung der Mitglieder stets ein Schwerpunkt der Verbandsarbeit. Dabei war die Fach- und Verbandszeitschrift ein wichtiges Element, die Entwicklung sehr schnell an alle BWK-Mitglieder heranzutragen. Zugleich

war die Zeitschrift stets ein Bindeglied zwischen den Vorständen und den Einzelmitgliedern. Diese Zeitschrift für alle Leser interessant und lesenswert zu gestalten, ist daher ein herausragendes Ziel. Dies wird heute durch Internetauftritt und elektronischen Newsletter des BWK noch verstärkt. Wir müssen alle Medien nutzen, um die Verbandsarbeit effizient zu gestalten, um unsere Mitglieder anzusprechen und um für neue Mitglieder interessant zu sein.

Nicht alle Einzelheiten der letzten 100 Jahre Verbandsarbeit konnten in dieser Chronik dargestellt werden. Der Verfasser hat sich bemüht, auf der Grundlage der Arbeiten von *Andreas Paulsen* zum 90-jährigen Jubiläum, aus dem umfangreichen Aktenmaterial und aus eigener Erinnerung das zusammenzustellen, was ihm wichtig erschien. Mir ging es vor allem darum, Verständnis für die Entwicklung zu wecken, Zusammenhänge zu erkennen und Anregung für die künftige Arbeit im BWK zu erhalten.

Der BWK war immer frei in seiner Meinungsbildung und in seinen Äußerungen, weil er zu jeder Zeit seine finanzielle Unabhängigkeit gewahrt hat. Die persönliche Mitgliedschaft und der kollegiale Zusammenhalt werden auch künftig eine gute Basis für eine erfolgreiche Arbeit sein.

Möge diese Chronik dazu beitragen, das Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken und das Bewusstsein zu festigen: Einsatzbereitschaft und kollegialer Zusammenhalt sind auch weiterhin die unverzichtbaren Elemente unserer Gemeinschaft.



XI Anhang

Bundesverband, Landesverbände und Vorgängerorganisation

Satzungen/Vorstände/Ausschüsse/Mitglieder/Fortbildungsveranstaltungen/Verbandszeitschriften

1. BWK-Bundesverband

Mitglieder

Mitglieder des Bundesverbandes sind die Landesverbände des BWK, die Mitglieder der Landesverbände sowie Ehrenmitglieder.
(Rd. 4.200 Mitglieder der Landesverbände, 4 Ehrenmitglieder)

12 Landesverbände

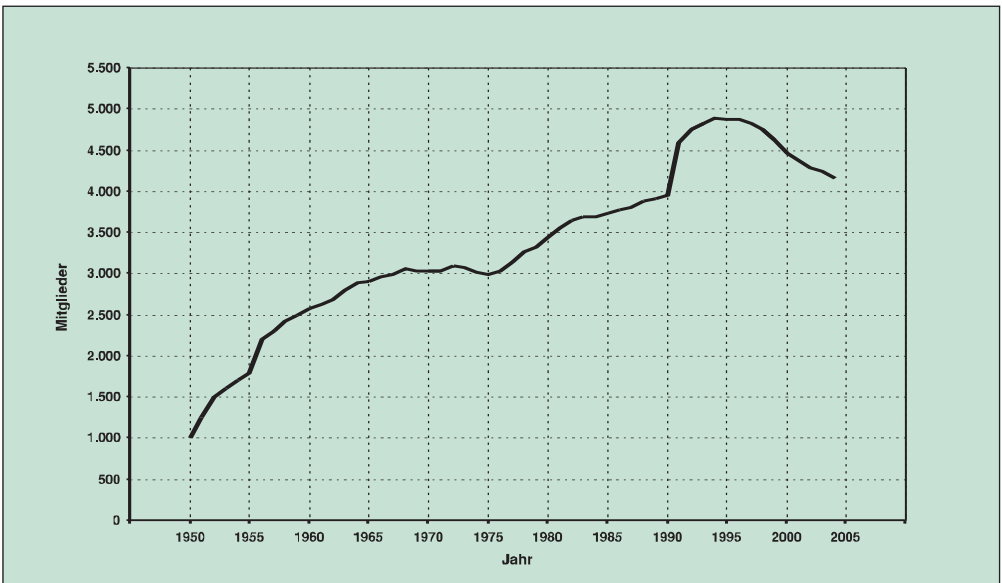
Baden-Württemberg e. V.
Bayern e. V.
Brandenburg und Berlin e. V.
Hessen e. V.

Mecklenburg-Vorpommern e. V.
Niedersachsen und Bremen e. V.
Nordrhein-Westfalen e. V.
Rheinland-Pfalz und Saarland e. V..
Sachsen e. V.
Sachsen-Anhalt e. V.
Schleswig-Holstein und Hamburg e. V.
Thüringen e. V.

Ehrevorsitzender/Ehrenmitglied

1963–1976 Dr. Schweicher, Hannover
1984– Cousin, Hamburg
1996– Könekamp, Syke
2003– Dr. Ruchay, Monheim
2004– Schelp, Düsseldorf

Mitglieder des BWK-Bundesverbandes (Summe aller Landesverbände) 1950–2004



Satzung

Die Organe des Bundesverbandes sind:

- Bundesvorstand
- Bundesversammlung

Oberstes Organ des Bundes der Ingenieure der Wasserwirtschaft-, Abfallwirtschaft- und Kulturbauingenieure ist die Bundesversammlung. Sie setzt sich zusammen aus dem Bundesvorstand und den Bundesvertretern (Vertreter der Mitglieder). Jeder Mitgliedsverband entsendet zu der Bundesversammlung für je angefangene 100 Mitglieder einen Bundesvertreter. Jeder Bundesvertreter hat nur eine Stimme.

Bundesvorstand 1950–2004

Bundesvorsitzender/Präsident

1950 – 1963	Dr. Schweicher, Hannover
1963 – 1971	Suhr, Kiel
1971 – 1983	Zayc, Ratingen
1983 – 2003	Dr. Ruchay, Monheim
2003 –	Prof. Rott, Weil der Stadt

Stellvertreter des Bundesvorsitzenden/Präsidenten

1950 – 1959	Knie, Arnsberg
1959 – 1967	Ernert, Siegen
1967 – 1971	Schneider, Hannover
1971 – 1975	Zöllner, Niebüll
1975 – 1987	Fricke, Kassel
1987 – 1991	Paulsen, Rendsburg
1991 – 2003	Dr. Müller, Dresden
2003 –	Dr. Thürmer, Weimar

Bundesgeschäftsführer

1950 – 1959	Schneider, Hannover
1963 – 1971	Zöllner, Niebüll
1971 – 1983	Diener, Wuppertal
1983 – 2003	Schelp, Düsseldorf
2003 –	Dr. Schöler, Pfullingen

Kassenführer/Bundesschatzmeister

1950 – 1959	Schulz, Meppen
1963 – 1971	Heyen, Hannover
1971 – 1995	Könekamp, Syke
1995 –	Eckhoff, Wiefelstede

Obmann/Referent für berufsständische Fragen

1956 – 1959	Thomas, Düsseldorf
1963 – 1978	Grosser, Münster
1978 – 1992	Vorbröcker, Niederhausen/Ts.
1992 – 1996	Reimann, Hannover

Arbeitsgemeinschaft der berufsständischen Landesverbände

1996 – 2003	Reimann, Hannover
2003 –	Affler, Ingelheim

Obmann/Referent Ausschuss für gesellschaftliche Auswirkungen der Umwelttechnik

1996 – 2003	Reimann, Hannover
2004 –	Gebel, Koblenz

Obmann/Referent für Fortbildung

1950 – 1971	Dr. Zitscher, Heide
1971 – 1982	Dr. Gäbler, Kiel
1982 – 1987	Prof. Wardemann, Schieder-Schwalenberg
1987 –	J. Schindler, Lübeck

Referent für Ausbildung

1987 – 1991	Prof. Wardemann, Schieder-Schwalenberg
1991 – 1993	Dr. Schmidt, Homburg/Saar
1993 –	Prof. Pfau, F-Wissembourg

Obmann des Pressebeirates/Referent für Öffentlichkeitsarbeit

1970 – 1973	Dr. Zitscher, Heide
1973 – 1976	Zubiller, Wiesbaden
1976 – 1979	Bittelmeyer, Bübingen/Saar
1979 – 1987	Plohmann, Weiterstadt
1987 – 1994	Dr. Althaus, Monheim
1995 – 1999	van Dillen, Hennef
1999 – 2003	Weber-Steltner, Wennigsen

Vorsitzende und Geschäftsführer der Landesverbände (siehe unter Landesverbände)

Mit beratender Stimme im Bundesvorstand: Stellvertretender Geschäftsführer

1994 – 1995	Weller, Düsseldorf
1995 – 2003	Heuer, Erkrath

Geschäftsführender Schriftleiter der Verbandszeitschrift WASSER UND BODEN

1949 – 1976 Cousin, Hamburg
 1977 – 1996 Kylau, Lübeck
 1997 – 1998 Prof. Dr. Haber, Bochum

1970 – 1975 Felsmann, Münster
 1976 – 2000 Damerow, Wuppertal
 2000– Dr.-Ing. Schöler, Pfullingen

Verantwortlicher Redakteur der Verbandszeitschrift WASSER UND ABFALL

1999 – Freund, Wiesbaden

Beauftragter des Bundesvorstandes für die Verbandszeitschrift und Gesamtkoordinator für die technisch-wissenschaftlichen Arbeitsgruppen des BWK

1988 – 1998 Dr. Haber, Rommerskirchen
 1999 – 2003 Schelp

Schriftleiter für BWK-INTERN in der Verbandszeitschrift

1949 – 1969 Schneider, Hannover
 Kwitniewski, Hannover

Bundesweite Fortbildungsveranstaltungen BWK-Bundeskongresse

Kongress Nr.	Jahr	Ort	Leitthema
1	1990	Bremen	Abfallwirtschaft – zielgerichtet oder chaotisch?
2	1991	Erfurt	Alte Lasten – neue Sorgen
3	1992	Rostock	Meeresschutz vom Oberrhein bis Rostock
4	1993	Aachen	Umweltschutz als Voraussetzung für den Industriestandort Deutschland
5	1994	Dresden	Talsperren – nötig, sicher, ökologisch?
6	1995	Baunatal	Von der Abfallwirtschaft zur Kreislaufwirtschaft – Anspruch und Wirklichkeit
7	1996	Cottbus	Sauberes Wasser – Grundlage für Leben und Arbeiten
8	1997	Hamburg	Die Elbe – Strom mit Zukunft
9	1998	Hameln	Europäische Anforderungen an die deutsche Wasserwirtschaft – Flussgebietsmanagement/ integrierte Umwelanforderungen – Mindestanforderungen an kommunale Abwassereinleitungen
10	1999	Rinteln	Abfall- und Kreislaufwirtschaft – Probleme/Trend/ Lösungen/Zukunftsweisende Konzepte
11	2000	Halle/Saale	Wasserwirtschaft im Konflikt?
12	2001	Bad Neuenahr	Wie viel Wasserwirtschaft braucht die Gesellschaft?
13	2002	Darmstadt	Der Einfluss der Europäischen Union auf den Gewässerschutz und die Abfallwirtschaft in Deutschland
14	2003	Karlsruhe	Umweltschutz – sektoral, global und integral
15	2004	Rostock	Wasser, Wind und Meer

2. BWK-Landesverbände

BWK-Landesverband Baden-Württemberg e.V.

Mitgliederstand am 1. Januar 2004: 118

Bezirksgruppen Karlsruhe, Stuttgart

Vorstand (seit Gründung im Januar 1991):

Vorsitzender
1991 – 2004 Prof. Dr.-Ing. Ulrich Rott
2004 – Volker Schäfer

Stellvertretender Vorsitzender
1991 – 2004 Volker Schäfer
2004 – Prof. Dr.-Ing. Martin Kranert

Geschäftsführer

1991 – Klaus Probst

Schatzmeister

1991 – 1999 Rudolf Heetel
1999 – Dr.-Ing. Hans-Peter Haug

Referent für berufsständische Fragen

1991 – 1996 Prof. Dr.-Ing. Hans-Joachim Caspary
1996 – Martin Kissel

Referent für Fortbildung

1991 – 1999 Dr.-Ing. Hans-Peter Haug
1999 – Ralf Minke

Referent für Ausbildung

1996 – 2004 Prof. Dr.-Ing. Ulrich Rott
2004 – Dr. chem. Birgit Schlichtig

Jahrestagungen

1991	Stuttgart:	Gründungsversammlung (ohne Fachtagung)
1992	Stuttgart:	Aktuelle Probleme und Entwicklungen in der Trinkwasserversorgung und in der Abfallwirtschaft
1993	Stuttgart:	Gewässer und Abwasser
1994	Stuttgart:	Altlasten und Bodenschutz
1995	Stuttgart:	Regenwasserbewirtschaftung
1996	Stuttgart:	Altlasten
1997	Stuttgart:	Abfallwirtschaft
1998	Stuttgart:	Industrieabwasser
1999	Stuttgart:	Klärschlamm
2000	Stuttgart:	Kreislauf- und Abfallwirtschaft im neuen Jahrtausend
2001	Stuttgart:	Entwicklung in der Siedlungswasserwirtschaft
2002	Stuttgart:	Wasserwirtschaft und Landwirtschaft – Konflikt – Koexistenz – Kooperation
2003	Stuttgart:	Zukunftsweisende Lösungen in der industriellen Wasser- und Abwasserwirtschaft
2004	Stuttgart:	Stadtentwässerung – Gewässer – Grundwasser

Weitere Fortbildungsveranstaltungen des Landesverbandes

1991	Ribeauville, Elsaß:	Biologische Phosphor- und Stickstoffentfernung
1992	Karlsruhe:	Abfall-, Abwasser- und Klärschlammabeseitigung
1993	Biebesheim:	Problemlösungen zur Wasserversorgung und Sonderabfallabeseitigung

1994	Berlin:	Verfahren der Bodensanierung
1995	Kehl:	Wasserwirtschaft im Oberrheintal
1996	Köln:	Steinzeug – Fachtagung Braunkohlentagebau
1997	Karlsruhe/Heidelberg:	Bioabfall
1998	Aalen:	Gewässerrenaturierung
2000	Neckarwestheim/Heilbronn:	Energieerzeugung
2001	Bad Säckingen:	Wasserkraftnutzung am Hochrhein
2002	Ostfildern:	Regenwasserbewirtschaftung
2003		(Wegen Ausrichtung des Bundeskongresses keine zusätzliche Herbstveranstaltung)
2004	Stuttgart:	Klärwerk Stuttgart-Mühlens und Müllheizkraftwerk Stuttgart-Münster

BWK-Landesverband Bayern e. V.

Gegründet am 1. 1. 1991

Mitgliederstand am 1. Januar 2004: 30

Vorstand

Vorsitzender

1991 – 1992	Udo Breitenstein †
1992 – 2004	Dr.-Ing. Helmut Steinlein
2004–	Prof. Dieter Sitzmann

Stellvertretender Vorsitzender

1991 –	Paul Hermann
--------	--------------

Geschäftsführer

1991 – 1993	Emil Schneeberg
-------------	-----------------

1993 – 2000

Hans P. Plank

2001 –

Dr.-Ing. Oliver Kemmesies

Kassenführer

1991 – 1992

Wolfgang Gerhard

1992 – 2002

Hedwig Fröhlich-Szesci

2002 –

Dr.-Ing. Hans-Peter Haug

Referent für Aus- und Fortbildung

1991 – 1993

Prof. Dr.-Ing. Ernst Billmeier

1993 – 1997

Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Schulz

1997 –

Prof. Dr.-Ing. Michael Hajek

Referent für berufsständische Fragen

1993 –

Emil Schneeberg

Lehrgänge und Seminare

1996	Privatisierung oder Eigenbetrieb von Abwasseranlagen – Der richtige Weg?
1996	Umweltschutz und Wirtschaftlichkeit bei Abwasseranlagen – Umdenken erforderlich
1997	Sondermüllentsorgung – heute und morgen
1997	Wettbewerb und Mittel zur Kostenreduzierung bei Abwasseranlagen
1998	Abwasserleitungen und -kanäle – Schäden vermeiden und beheben
1999	Regenwasserbewirtschaftung und -behandlung in Siedlungsgebieten
2000	Neue Entwicklungen und Anwendungen auf dem Gebiet der Abwasser- und Schlammbehandlung
2001	Zentrale und dezentrale Abwasserentsorgung in ländlich strukturierten Gebieten

Landesverband Brandenburg und Berlin e.V.

Mitgliederstand: am 1. Januar 2004 : 159

Bezirksgruppen

Berlin, Cottbus, Frankfurt/O., Potsdam

Vorstand

Vorsitzender

Dipl.-Ing. Ulrich Blüher

Stellvertreter

Dipl.-Ing. Peter Andres

Geschäftsführer

Dipl.-Ing. Marion Holtrup

Schatzmeister

Dipl.-Ing. Jürgen Schwenke

Referent für technisch-wissenschaftliche
Arbeitsgruppen

Dipl.-Ing. Detlef Güßbacher

Referent für Fortbildung

Prof. Dr. Manfred Koch

Referent für Ausbildung

Dipl.-Ing. Arnold Risse

Referent für Öffentlichkeitsarbeit

Dipl.-Geophys. Bernd Modenbach

Jahrestagungen

1991	Potsdam:	Umweltpolitik und Verwaltungsaufbau in Brandenburg und Berlin
1992	Berlin:	Berlin nach der Einheit – Wasser- und abfallwirtschaftliche Strategien und Konzeptionen, Verkehrswasserwirtschaft
1993	Cottbus:	Die Beeinträchtigung des Wasserhaushaltes von Südbrandenburg und Berlin durch die Tagebaue der Lausitz
1994	Bad Freienwalde:	Nationalpark „Unteres Odertal“ Schutzgebiete im Spannungsfeld zwischen Umweltschutz und Wirtschaft
1995	Glindow:	Konzepte zur Niederschlagswasserbehandlung
1996	Cottbus-Branditz:	BWK-Bundeskongress in Cottbus
1997	Berlin:	Der Ausbau der Wasserstraßen im Rahmen des Projektes 17 – Chancen und Risiken
1998	Seelow:	Langfristiger Hochwasserschutz in Brandenburg – Konzepte zur Entwicklung des Lebensraumes Oder
1999	Rheinsberg:	Märkische Wasserstraßen – Brandenburgs Wasserwege an der Schwelle zum Jahr 2000
2000	Burg/Spreewald:	Der Spreewald – Wasserwirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus im Biosphärenreservat.
2001	Berlin:	Wasserwirtschaftliche Entwicklungen und Perspektiven im Berliner Stadtgebiet
2002	Frankfurt (Oder):	Supranationale Wasserwirtschaft am Beispiel der Oder
2003	Potsdam:	Flutkatastrophen in Brandenburg, Konsequenzen für den Hochwasserschutz
2004	Lübbenau:	Grundwasser in Siedlungsgebieten, Konflikte und Lösungsansätze

Landesverband Hessen e. V.

Mitgliederstand am 1. Januar 2004: 732

Verfassung

Die Organe des Landesverbandes sind die Mitgliederversammlung der Vorstand

Bezirksgruppen

Kassel, Fulda/Bad Hersfeld, Marburg, Friedberg/Wetzlar, Hanau, Frankfurt, Wiesbaden, Darmstadt

Vorstand

Vorsitzender

1947 – 1948	Belz, Wiesbaden
1948 – 1950	Hartmann, Frohnhausen
1950 – 1953	Berg, Wiesbaden
1953 – 1957	Dr. Hauck, Gießen
1957 – 1962	Goebel, Kassel
1962 – 1966	Hermann, Wiesbaden
1966 – 1985	Friedrich, Darmstadt
1985 – 1987	Hoffmann, Marburg
1987 – 1992	Freund, Wiesbaden
1992 – 2004	Holtschmidt, Pfungstadt
2004 –	Kilian, Grasellenbach

Stellvertretender Vorsitzender

1947 – 1960	Klößner, Fulda
1960 – 1962	Flath, Darmstadt
1962 – 1966	Klatt
1966 – 1987	Fricke, Kassel
1987 – 2002	Brübach, Witzenhausen
2002 –	Neuschäfer, Waldeck

Geschäftsführer

1947 – 1948	Hartmann, Frohnhausen
1950 – 1953	Stücker, Wiesbaden
1953 – 1955	Sauer, Gießen
1955 – 1956	Schneider
1956 – 1971	Schröder, Friedberg
1971 – 1992	Schlitt, Bad Nauheim
1992 – 2001	Postleb, Mühlheim a. M.
2001 –	Hülpüsch, Wiesbaden

Schatzmeister

1947 – 1956	Heide, Wiesbaden
1956 – 1962	Jung, Darmstadt
1962 – 1988	Auen, Wiesbaden
1988 –	Wagner, Großelnüder

Referent für berufsständische Fragen

1956 – 1964	Ermert, Wiesbaden
1964 – 1974	Wiesinger, Darmstadt
1974 – 1990	Vorbröker, Niedernhausen
1990 – 2004	Lehmann, Kassel
2004 –	G. Treudt, Wiesbaden

Referent für Fortbildung

1951 – 1956	Dr. Hauck, Gießen
1956 – 1973	Gies, Kassel
1973 – 1977	Hoffmann, Kassel
1977 – 1985	Molzahn, Kassel
1985 – 1988	Freund, Wiesbaden
1988 – 1990	Handzik, Wiesbaden
1990 – 1992	Vorbröker, Niedernhausen
1992 – 2004	Dr. Siegert, Wiesbaden
2004 –	Kusterer, Wiesbaden

Referent für Ausbildung

1988 – 2000	Weppeler, Dillenburg
-------------	----------------------

Referent für Öffentlichkeitsarbeit

1951 – 1971	Gies, Kassel
1971 – 1974	Zubiller, Wiesbaden
1974 – 1988	Plohmann, Weiterstadt
1988 – 2002	Kristeller, Bad Vilbel
2002 –	Densky, Darmstadt

Ehrenmitglieder

K. Hartmann, Frohnhausen († 1960)
K- Berg, Wiesbaden (1974)
Schröder, Herdorf (1983)
Friedrich, Darmstadt († 1988)
Auen, Wiesbaden
Schlitt, Bad Nauheim

Jahrestagungen

- 1990 Schwalbach: Grundwasser in Gefahr?
- 1991 Dillenburg: Abfallwirtschaft am Scheideweg?
- 1992 Alsfeld: Umweltverträgliche Wasser und Abfallwirtschaft
- 1993 Bensheim: Wasserversorgungssituation in Südhessen
- 1994 Bad Vilbel: Trends und Tendenzen in der Abwasser- und Klärschlammbehandlung
- 1995 Baunatal: Bundeskongress „Von der Abfallwirtschaft zur Kreislaufwirtschaft – Anspruch und Wirklichkeit“
- 1996 Wiesbaden: Indirekteinleiter und Starkverschmutzer im Abwasserbereich
- 1997 Fulda: Ökologischer Gewässerausbau/Gewässerunterhaltung
- 1998 Gelnhausen: Neue Wege bei der Abwasserreinigung/Nährstoffelimination unter besonderer Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit
- 1999 Frankfurt: Wohin mit dem Müll? – Abfallverbrennung oder mechanisch-biologische Abfallbehandlung – pro und contra
- 2000 Marburg: Neue Entwicklungen in der Abwassertechnik
- 2001 Wetzlar: EU – Wasserrahmenrichtlinie
- 2002 Darmstadt: Bundeskongress „Der Einfluss der Europäischen Union auf den Gewässerschutz und die Abfallwirtschaft in Deutschland“

Fortbildungslehrgänge

- 1990 Heringen: Bauvergabe und Bauvertrag (VOB)
- 1991 Fulda: Grundwasserschutz und Wasserversorgung
- 1991 Friedberg: Bau und Sanierung von Abwasserkanälen
- 1992 Lollar: Zeitmanagement für Führungskräfte
- 1992 Friedberg: Entsorgung von Bodenaushub und Bauschutt
- 1993 Friedberg: Sanierung von Boden- und Grundwasserunreinigungen mit leichtflüchtigen Schadstoffen
- 1993 Friedberg: Aktive Karriereplanung
- 1994 Friedberg: Handlungsweisen bei der Vergabe von Ingenieur – und Bauleistungen
- 1994 Friedberg: Teamarbeit
- 1995 Friedberg: EDV in der Wasserwirtschaft
- 1995 Friedberg: Gedächtnis-, Konzentrations- und Kreativitätstraining
- 1996 Friedberg: Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen
- 1997 Friedberg: Sanierung von Altlasten
- 1997 Fulda: Ökologischer Gewässerausbau
- 1997 Rhön: Wasserwirtschaft im Biosphärenreservat Rhön
- 1998 Friedberg: Baupraxis
- 1998 Friedberg: Umgang mit Konflikten
- 1999 Friedberg: Erkundung, Bewertung und Sanierung von Altlasten und Grundwasserunreinigungen
- 2000 Friedberg: Umsetzung der Seveso II – Richtlinie in deutsches Recht
- 2000 Friedberg: Einstufige Belebungsanlagen
- 2001 Friedberg: Liberalisierung in der Wasserversorgung
- 2002 Friedberg: Störfallverordnung 2000
- 2002 Friedberg: Abwasserbehandlung im ländlichen Raum

BWK-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Mitgliederstand am 1. Januar 2003: 101

Verfassung

Die Organe des Landesverbandes sind:

Die Mitgliederversammlung

Der Vorstand

Die Bezirksgruppenversammlungen

Vorstand

(Gründungsversammlung 25.04.1990)

Vorsitzender

1990 – Hans Joachim Meier

Stellvertretender Vorsitzender

1990 – 1995 Rolf Edler

1995 – Enno Fedderwitz

Geschäftsführer

1990 Klaus Pulkowsky †

1991 – Günter Halberstadt

Schatzmeister

1990 – 1995 Hans-Heinrich Groth

1995 – 2000 Toralf Henke

2000 – Dieter Nebe

Referent für berufsständische Fragen

1991 – 1998 Klaus Jung

Referent für gesellschaftliche

Auswirkungen der Umwelttechnik

1999 – Klaus Jung

Referent für Fortbildung

1991 – 1995 Helga Weiß

1995 – Enno Fedderwitz

Referent für Ausbildung

1991 – 1992 Gita Selent

1993 – Dr. Udo Hager

Referent für Öffentlichkeitsarbeit

1990 – 1995 Bernd Rosenlöcher

1995 – Dr. Udo Hager

Bezirksgruppen

1990 – 1995 Rostock, Schwerin, Neubrandenburg, Stralsund
Rostock/Küste, Schwerin, Neubrandenburg

1996 –

Jahresmitgliederversammlungen mit Fachtagungen

1991	Neubrandenburg:	Aufbau der Verwaltungen in Umwelt und Naturschutz
1992	Rostock:	Umweltschutz an der Ostsee
1993	Güstrow:	Deponien und Deponietechnik
1994	Stralsund:	Renaturierung von Niedermoorstandorten
1995	Neubrandenburg:	UVS zur Linde und naturnaher Gewässerausbau Linde
1996	Rostock:	Neue Klärwerkstechnik in der KA Rostock
1997	Neubrandenburg:	Naturnaher Gewässerausbau
1998	keine	
1999	Satow:	Bau der Küstenautobahn A 3 – Warnowquerung
2000	Güstrow:	Arbeitsweise von Schneckenschöpfwerken und Energiegewinnung durch Wasserkraft
2001	Rüterberg:	Mecklenburgisches Elbetal-Hochwasser und Naturschutz
2002	Rostock:	Warnowtunnel als „Querung der Warnow in Rostock“
2003	Neubrandenburg:	Geopark – Mecklenburgische Eiszeitlandschaft

Neubrandenburger Kolloquien

1992	Abwasserbehandlung, -reinigung und -abgabe
1993	Abwasser, Regenwasser und Umweltverträglichkeit
1994	Regenwasserableitung, -rückhaltung und -behandlung, Bemessung, Betrieb und Instandhaltung von Kanalnetzen
1995	Kommunales Abwasser – Ableitung und Behandlung
1996	Abfallwirtschaft wohin?
1997	Naturnaher Gewässerausbau und Gewässerunterhaltung
1998	Gewässerbeschaffenheit – Gewässersanierung
1999	Schutz der Ressource Grundwasser – ein Schritt zur nachhaltigen Entwicklung
2000	Schutz und Nutzung der Moore in Mecklenburg-Vorpommern
2001	Grundsätze einer nachhaltigen Wasserwirtschaft EU-Wasserrahmenrichtlinie
2002	Moderne Aspekte der Abfallwirtschaft
2003	Hochwasser- und Küstenschutz in Mecklenburg-Vorpommern

Mehrtägige Fachexkursionen des LV Mecklenburg/Vorpommern

Feb.	1991	Abwasseranlagen in Schleswig-Holstein
Juni	1992	Wasserwirtschaft und Abfall, Probleme und Lösungen im Münsterland
Sept.	1992	Nordostseekanal und seine Ingenieurbauten
Mai	1993	Küstenschutz auf Hiddensee
Mai	1995	Küstenschutz und Windenergie in Ostfriesland und Holland
Okt.	1996	Küstenschutz in Ostpreußen, nördl. Kaliningrad
Mai	1997	Hochwasser- und Küstenschutz in den Niederlanden und speziell Dosterschelde
Mai	1998	Harztalsperren
April	1999	Besuch der Erdölförderinsel Schwedeneck-See in der Ostsee
Mai	2000	Wasserstraßenkreuz Magdeburg
Mai	2001	Stauseen und Klärwerke in und bei Dresden
Mai	2002	Wasserstraßenkreuz Magdeburg, Wolfsburg und Goslar
Mai	2003	Spreewald – Wasserwirtschaft, Wasserhaushalt, Sanierung von Braunkohlentagebau –

BWK-Landesverband Niedersachsen und Bremen e.V.

Mitgliederstand: 1050

Verfassung

Die Organe des Landesverbandes sind:

Delegiertenversammlung

Vorstand

Fachausschüsse

Bezirksgruppenversammlung

Bezirksgruppen

Aurich, Braunschweig, Bremen, Emsland, Hannover, Lüneburg,, Oldenburg, Osnabrück, Stade, Verden

Vorstand

Vorsitzender

1948 – 1961	Dr. Schweicher, Hannover †
1961 – 1971	Schneider, Hannover †
1971 – 1987	Dr. Bellin, Deutsch Evern
1987 – 1995	Wöbken, Oldenburg †
1995 – 2003	Müller, J. Springe
2003 –	Starke, Norden

Stellvertretender Vorsitzender

1948 – 1961	Zöllner, Nienburg †
1961 – 1975	Stürtz, Wesermünde
1975 – 1995	Könekamp, Syke
1995 – 1999	Cassier, Müden/Faßberg
1999 –	Vogel, Syke

Geschäftsführer

1948 – 1961	Schneider, Hannover †
1961 – 1971	Kwitniewski, Hannover
1971 – 1975	Lübbecke, Lüneburg
1975 – 1987	Giesemann, Sulingen
1987 –	Kochta, Kirchlinteln

Schatzmeister (bis 1987 Kassenführer)

1948 – 1965	Schulz, Meppen
1965 – 1975	Schlener, Hannover
1975 – 1983	Knefelkamp, Molbergen
1983 – 1991	Baumberg, Dörverden
1991 –	Brandt, Verden

Referent für Ausbildung (ab 1987)

1987 – 1997	Dr. Anselm, Oyten
1997 – 2003	Prof. Dr. Cord-Landwehr
2003 –	Prof. Dr. Wittenberg

Referent für Fortbildung

(bis 1987 Obmann des Ausschusses für Aus- und Fortbildung)

1967 – 1970	Dr. Kemmerling, Celle
1970 – 1971	Dr. Bellin, Deutsch Evern
1971 – 1975	Müller, Hannover
1975 – 1979	Liersch, Hannover
1979 – 1987	Köthe, Hannover
1987 – 1994	Dr. Schilling, Hannover
1994 – 1999	Zimmermann
1999 –	Lienau

Referent für Öffentlichkeitsarbeit

1983 – 1987	Kochta, Kirchlinteln
1987 – 1991	Hensmann, Jemgum
1991 – 1999	Kochta, Kirchlinteln
1999 – 2003	Weber-Steltner
2003 –	Lucks

Referent für berufsständische Angelegenheiten (bis 1987 Obmann des berufsständischen Ausschusses)

1953 – 1971	Ahlers, Oldenburg
1971 – 1977	Kwitniewski, Hannover
1977 – 1983	Gronwald, Deutsch Evern
1983 – 1991	Kwitniewski, Hannover
1991 –	Reimann, Hannover

Ehrenmitglieder

Dr.-Ing. E. h. F. Schweicher, Hannover †
Schneider, Hannover †
Dr. Bellin, Deutsch Evern
Kwitniewski, Hannover
Rode, Hannover

Landeskongress mit Fachtagung

1990	Bremen-Vegesack:	Abfallwirtschaft zielgerecht oder chaotisch
1991	Stade:	Gütefragen in Flachland und Tidegewässern
1993	Papenburg:	Wasser als prägendes Element – Nutzung und Bewahrung
1995	Stenum:	Küstenschutz/Trinkwasserschutz Ressource Wasser – Schutz und Vorsorge
1998	Hameln:	Europäische Anforderungen an die Deutsche Wasserwirtschaft
2000	Aurich:	Küstenschutz und Hochwasserschutz, Ökonomische und ökologische Herausforderung
2002	Verden:	Naturnahe Gewässergestaltung
2004	Braunschweig:	Wasserwirtschaft im urbanen Raum

Fortbildungslehrgänge

1990	Cloppenburg:	Abwasserentsorgung im ländlichen Raum
1991	Hankensbüttel:	Naturnahe Gewässergestaltung und Gewässerunterhaltung
1992	Peine:	Gewässerschutz und Bodennutzung
1993	Peine:	Abfallwirtschaftsplanung
1994	Bremerhaven:	Schutz der Nordsee vor Stoffeinträgen
1995	Hannover:	Umgang mit wassergefährdenden Stoffen, Grundwasserschadensfälle
1996	Hannover:	Wasserwirtschaftliche Belange bei der Bauleitplanung
1997	Hannover:	Ausgewählte Themen zum Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz
1998	Hannover:	Anwendung von Richtlinien und Verordnungen der Europäischen Union 1. Teil
1998	Suderburg:	Anwendung von Richtlinien und Verordnungen der Europäischen Union 2. Teil
1999	Papenburg:	Küstenschutz, Analyse, Probleme, Lösungen
2000	Hannover:	Dezentrale Regenwasserbewirtschaftung
2000	Hannover:	Bedeutung von Waldstandorten für den Grundwasserschutz
2001	Hannover:	Geographische Informationssysteme
2002	Hannover:	Bodenschutz und Altlasten
2002	Hannover:	Diffuse Stoffeinträge
2003	Gandersum:	Emssperrwerk
2003	Hannover:	Grundwassermanagement zu Zeiten der Wasserrahmenrichtlinie

BWK-Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V.

Mitglieder am 17. Mai 2004: 767

Verfassung

Die Organe des Landesverbandes sind:

Mitgliederversammlung

Vorstand

Bezirksgruppen

Aachen, Detmold, Düsseldorf, Hagen, Lippstadt,
Köln/Bonn, Münster, Siegen und seit 1991 Herten

Vorstand

Vorsitzender

1947 – 1949	Frank, Bamenohl
1949 – 1951	Schöler, Düsseldorf
1951 – 1959	Schmeling
1959 – 1969	Baumgart, Düsseldorf
1969 – 1973	Zayc, Ratingen bei Düsseldorf
1973 – 1981	Foschepoth, Senden
1981 – 1989	Schoof, Düsseldorf
1989 – 2001	Dr. Irmer, Langenfeld
2001 –	Stulgies, Düsseldorf

Stellvertretender Vorsitzender

1947 – 1949	Schöler, Düsseldorf
1949 – 1960	Knie, Arnsberg
1960 – 1961	Wisioerek, Beckum
1961 – 1973	Link, Schwelm
1973 – 1981	Röttger, Teklenburg
1981 – 1989	Nowatzky, Hiddenhausen
1989 – 2001	Sowa, Lippstadt
2001 –	Hurtig, Soest

Geschäftsführer

1947 – 1949	Frank, Bamenohl
1949 – 1951	Schöler, Düsseldorf
1951 – 1966	Bertelmann, Düsseldorf
1966 – 1970	Holz, Erkrath b. Düsseldorf
1970 – 1973	Diener, Wuppertal
1973 – 1981	Eismann, Münster
1981 – 1989	Kranefoed, Münster
1989 – 2003	Klähn, Korschenbroich
2003 –	Kempken, Duisburg

Kassenverwalter

1947 – 1951	Utsch, Niedersohelderhütte
1951 – 1973	Schönherr, Düsseldorf

1973 – 1986	Boldt, Münster
1986 – 1994	Ziemer, Münster
1994 –	Weimer, Erkrath

Obmann für Fortbildung

1959 – 1969	Zayc, Ratingen b. Düsseldorf
1969 – 1977	Dr. Massing, Düsseldorf
1977 – 1985	Prof. Dr. Wardemann, Schieder-Schwalenberg
1985 – 1989	Schimmelpfennig, Dörentrup
1989 – 1992	Prof. Dr. Wardemann, Schieder Schwalenberg
1992 – 2001	Prof. Dr Witte, St. Augustin
2001 –	Prof. Dr. Heinemann, Köln

Obmann für Aus- und Fortbildung
sowie Öffentlichkeitsarbeit

1981 – 1985	Prof. Dr. Wardemann, Schieder-Schwalenberg
-------------	---

Obmann für Aus- und Fortbildung

1985 – 1988	Schimmelpfennig, Dörentrup
-------------	----------------------------

Referent für Ausbildung

1989 – 2002	Schindler, Bergheim
2002 –	Eckhardt, Bonn

Obmann bzw. Referent für Öffentlichkeitsarbeit

1985 – 1989	Nowatzky, Hiddenhausen
1989 – 990	Kranefoed, Münster
1990 – 1999	Loheide, Münster
1999 – 2002	Wagener, Duisburg
2002 –	Lengersdorf, Erwitte

Obmann bzw. Referent für berufsständische
Fragen

1953 – 1963	Thomas, Düsseldorf
1963 – 1973	Grosser, Münster
1973 – 1980	Schedensack, Münster
1980 – 1987	Herold, Münster
1987 – 2000	Gewecke, Siegburg
2000 –	Rubbert, Köln

Ehrenmitglieder

Eismann, Münster
Prof. Wardemann, Schieder-Schwalenberg
Zayc, Hilden; Dr. Irmer, Langenfeld
Klähn, Korschenbroich

Jahresmitgliederversammlungen mit Fachtagungen

1990	Hagen:	Konzepte zur Abfallwirtschaft, zur Sanierung alter Talsperrenmauern und zur Entsorgung von Flusssedimenten
1991	Siegen- Weidenau:	Umweltverträglichkeitsprüfung in der Wasser- und Abfallwirtschaft
1992	Kleve-Kellen:	Abwasserreinigung, Abwasserableitungskonzepte, P- und N-Elimination, Technologische Risiken
1993	Aachen:	gemeinsam mit dem BWK-Bundeskongress
1994	Paderborn:	Wird die Abwasserbeseitigung im ländlichen Raum unbezahlbar? – Gewässerqualität und Landwirtschaft, Konfliktlösung durch Kooperation, Landwirtschaft – Wasserwirtschaft? – Trinkwasserversorgung und –aufbereitung im Raum Paderborn
1995	Bonn:	Organisationsuntersuchung in der öffentlichen Verwaltung; – Wasserrückhaltung, Reaktivierung von Gewässerauen; – Trinkwasserschutz; Verbrennung von Siedlungsabfällen
1996	Herten:	Privatisierung in der Wasser und Abfallwirtschaft – wem nützt sie?
1997	Münster:	Gewässerauenprogramm NRW und kalte Verfahren der Abfallbehandlung
1998	Xanten:	Lebensader Rhein
1999	Minden:	Ausrichtung BWK-Bundeskongress „Abfall- und Kreislaufwirtschaft“; Problem, Trends, Lösungen, Zukunftsweisende Konzepte
2000	Bad Berleburg:	Wasser, Wald und Ökologie
2001	Düren:	Neue Impulse für den Gewässerschutz
2002	Soest:	Wasserwirtschaft – Landwirtschaft, Partner oder Gegner?
2003	Siegburg:	Extreme Hochwasser, Reicht unsere Vorbereitung aus?
2004	Duisburg:	Fortbildungsveranstaltung zu wasser- und abfallwirtschaftlichen Projekten im Ruhrgebiet

LV Rheinland-Pfalz und Saarland e.V.

Mitgliederstand am 1. Januar 2002: 421

1969 – 1973

1973 – 1993

1993 –

Heinemann, Altenkirchen

Wustinger, Kenn b. Trier

Scharenberg, Hamm/Sieg

Bezirksgruppen:

Kaiserslautern, Koblenz, Mainz,
Montabaur, Neustadt a. d. Weinstr.,
Landesgruppe Saarland

Vorsitzender:

1949 – 1961 Schulze-Berndt, Trier

1961 – 1969 Grobleben,
Neustadt a. d. Weinstr.

Stellvertreter Vorsitzender

1949 – 1961

1961 – 1965

1965 – 1969

1969 – 1973

1973 – 1975

1975 – 1985

1985 – 1989

1989 –

Bors, Trier

Liebschner, Saarbrücken

Wagner, Saarbrücken

Voigt, Kaiserslautern

Becker, Saarbrücken

Faulstich, Saarbrücken

Schmehr, Homburg

Meyer, Saarbrücken

Geschäftsführer		1967 – 1969	Pehl, Mainz
1949 – 1977	Bors, Trier	1969 – 1971,	Lanert, Boppard
1977 – 1993	Bierbrauer	1971 – 1973	Pehl, Mainz
1993 –	Werner, Koblenz	1973 – 1993	Loos, Mainz
		1993 –	Gebel, Koblenz
Kassenführer			
1949 – 1953	Ellwart, Koblenz	Obmann/ Referent für Presse/Öffentlichkeits-	
1953 – 1977	Bors, Trier	arbeit	
1977 –	Besch, Wadern	1970 – 1975	Becker, Saarbrücken
		1975 – 1979	Bittelmeyer, Saarbrücken
Obmann/Referent für Fortbildung		1979 – 1985	Klein, Saarbrücken
1956 – 1977	Bors, Trier	1985 – 1993	Schalm, Konz
1977 – 1993	Schalm, Konz	1993 –	Schmittel, Mainz
1993 – 1997	Dischinger, Deidesheim		
1997 – 2001	Prof. Dr.-Ing. Erzmann, Ralingen	Referent für Ausbildung	
2001 –	Prof. Dr.-Ing. Sartor, Lieser/Mosel	1988 – 1993	Dr. Schmidt, Saarbrücken
		1993 –	Prof. Dr.-Ing. Pfaud, F- Wissembourg
Obmann für berufsständische Fragen			
1950 – 1953	Grobleben, Neustadt a. d. Weinstr.	Ehrenmitglieder	
1953 – 1955	Pagnia, Koblenz	F. Schultze-Berndt, Trier († 1962)	
1955 – 1958	Hohegger, Koblenz	E. Schuster, Saarbrücken († 1969)	
1958 – 1967	Lüring, Koblenz	R. Grobleben, Neustadt a.d. Weinstr. († 1999)	
		H. Bors, Trier († 1983)	

Jahrestagungen

1990	Alzey:	Zukunftssicherung des ländlichen Raumes
1991	Kirchheimbolanden:	Wald und Wasser
1992	Neunkirchen (Saar):	Sanierung alter Lasten
1993	Andernach:	Wasserversorgung und Grundwasserschutz
1994	Saarburg:	Die Saar als Schifffahrtsstraße – Auswirkungen auf Wasserwirtschaft und Umwelt
1995		Der Ingenieur im Spannungsfeld zwischen Regelwerken und Kostendämpfungserwartungen
1996		Natürlicher und aktiver Hochwasserschutz
1997		Wasserwirtschaft und Altlasten-Einflüsse der Konversion auf Boden und Wasser
1998		Integrierte Wasserwirtschaft
1999		Wasser; Quelle des Lebens
2000		Flussgebietsplanung im nächsten Jahrtausend Aktivitäten in Rheinland-Pfalz und im Saarland im Vorgriff auf die EU-Wasserrahmenrichtlinie
2001		BUNDESKONGRESS: Wie viel Wasserwirtschaft braucht die Gesellschaft?

2002	Mensch und Fluss – Nutzungen und Zielkonflikte in großen Flussgebieten am Beispiel der Mosel
2003	„Schutz vor dem Wasser“ (Hochwasser- und Grundwasserstände, Erwartungshaltung und Fakten)

Fortbildungslehrgänge

1990	Ungarn:	Studienreise des Landesverbandes
1990	Mainz:	Ökologische Zielsetzung in Wasserwirtschaft und Flurbereinigung
1991	Mainz und Erfurt:	Wasserwirtschaftliche Zielsetzungen in der Bauleitplanung
1992	Kaiserslautern und Erfurt:	Wasserwirtschaftliche Aspekte bei der Abwasserbeseitigung, insbesondere im ländlichen Raum
1994		Neues Denken, neues Handeln im Abwasserwesen
1995		Neues Denken – Neues Handeln: Bauleitplanung – Wasserwirtschaft Altlastenproblematik – Ökokonto
1996		NEUES DENKEN, NEUES HANDELN in der Abfall- und Wasserwirtschaft: Neues Abfallrecht
1997		Neues Denken, neues Handeln Wechselwirkung KAG/Abfall- und Wasserwirtschaft
1998		Ökologische Regenwasserbewirtschaftung!
1999		Bemessung und Nachweis von Entwässerungsnetzen – Neue Vorgaben, Umsetzung und Konsequenzen
2000		Gesamtheitliche Betrachtung von Hochwasserschutzmaßnahmen
2002		Niederschlag-Abfluss- und Wasserbilanzmodelle
2003		Regenwasserbewirtschaftung in Siedlungsgebieten

BWK-Landesverband Sachsen e.V.

Gründung am 19.04.1990
Mitgliederstand 2004: 86

Bezirksgruppen

Dresden, Chemnitz, Leipzig

Vorstand

Vorsitzender

1990 – 2002 Prof. Dr. Kinze, Radebeul
2002 – Dr. rer. nat. Karlheinz Deutsch

Stellvertretender Vorsitzender

1990 – 2003 Dr. Müller, Dresden
2003 – Prof. Dr.-Ing. habil. Reinhard Pohl

Geschäftsführer

1990 – 1998 Dipl.-Ing. Bernd Opitz, Radebeul
1998 – 2003 Dr. Volker Hinke, Radebeul
2003 – Dr.-Ing. Roger Tynior, Zwickau

Schatzmeister

1990 – 1998 Antkowiak, Neusörnewitz
1998 – Dr. rer. nat. Isolde Meißner

Referent für Fortbildung und Öffentlichkeitsarbeit

1990 – 2002 Dr. Pohl, Dresden
2002 – 2004 Dr.-Ing. Dornack
2004 – Dipl.-Phys. Hans-Ulrich Besser

Seit 1990 – 34 Fortbildungsveranstaltungen des Landesverbandes und der Bezirksgruppen

BWK-Landesverband Sachsen Anhalt e.V.

2003 –

Dipl.-Ing. Gerd Trautmann,
Halle

Mitgliederstand am 1. Januar 2004: 118

Bezirksgruppen

Magdeburg, Halle

Vorstand

Vorsitzender

1990 – 2003 Manfred Simon, Magdeburg

2003 – Dr. Hans-Werner Uhlmann,
Halle

Stellvertretender Vorsitzender

1990 – 2003 Dr. Hans-Werner Uhlmann,
Halle

2003 – Prof. Dr. Robert Jüpner,
Potsdam

Geschäftsführer

1990 – 1999 Dr. Franz Sänger, Wernigerode

1999 – 2003 Dr. Hans-Werner Uhlmann,
Halle

2003 – Dipl.-Ing. Edmund Werner,
Wienrode

Schatzmeister

1990 – 1992 Gabriele Weckesser

1992 – 2003 Dipl.-Ing. oec. Hans-Jörg
Steingraf, Langendorf

Referent für Öffentlichkeitsarbeit

1990 – 1991 Dipl.-Ing. Werner Nedon

1991 – 1999 Dipl.-Ing. Hermann
Buchmüller, Halle

1999 – 2003 Dipl.-Ing. Peter Burkhardt,
Magdeburg

2003 – Dipl.-Geol. Christian
Hollweg, Halle

Referent für berufsständische Angelegenheiten

1990 – 1991 Dipl.-Ing. Detlef Brenndörfer

1991 – 1999 Dipl.-Ing. Peter Burkhardt,
Magdeburg

1999 – Dipl.-Ing. Detlef Möbes,
Magdeburg

Referent für Fortbildung

1990 – Dipl.-Ing. Horst Rogge,
Magdeburg

Referent für Ausbildung

1990 – 1999 Prof. Hans-Jürgen Gläser,
Magdeburg

1999 – 2003 Prof. Dr. Robert Jüpner,
Potsdam

2003 – Prof. Dr. Andrea Heilmann,
Wernigerode

Fachtagungen

1995 Wasserbauliche Aufgaben im Biosphärenreservat „Mittlere Elbe“

1996 Modernisierung von Schöpfwerken

1997 Konzepte und Möglichkeiten der Regenwasserableitung und -behandlung

1998 Anwendung von Großraummodellen zur Wasserbewirtschaftung

1999 Lösung von Nutzungskonflikten zwischen Naturschutz und Landnutzung im Elbetal

2000 Sodaproduktion im Raum Staßfurt und deren wasserwirtschaftlichen Auswirkungen

2001 Stauanlagen in Fließgewässern – aktuelle und zukünftige Nutzung

2002 Erfahrungen und Aufgaben bei der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie
im Lande Sachsen-Anhalt – Wasserkraftnutzung – regenerative Energiegewinnung
contra Fließgewässerökologie

2003 Das Kastrophenhochwasser 2002 – Erfahrungen und Schlussfolgerungen
im Land Sachsen-Anhalt – Hochwasserschutz an der Mulde im Landkreis Bitterfeld

Fortbildungslehrgänge

- 1995 Aktuelle Tendenzen in der Umwelthaftung und im Umweltstrafrecht
- 1996 Hochwasserschutzkonzeption im Einzugsgebiet der Saale
- 1997 Rekonstruktion der Talsperre Kelbra und ökologische Durchgängigkeit in der Thyra
- 1998 Perspektiven der Abwasserbehandlung in Sachsen-Anhalt
- 1999 Auswirkungen der Inbetriebnahme moderner Kläranlagen auf die Wasserbeschaffenheit der Saale im Lande Sachsen-Anhalt
- 2000 Sodaproduktion im Raum Staßfurt und deren wasserwirtschaftliche Auswirkungen
- 2001 Möglichkeit und Grenzen des Hochwasserschutzes an der Wipper
- 2002 Wasserwirtschaftliche und ökologische Verhältnisse im Oberrhein
Komplexer Umweltschutz in den Fels-Werken GmbH Rübeland-Elbingerode
- 2003 Hochwasserschutz an der Emsmündung

BWK-Landesverband Schleswig-Holstein und Hamburg e.V.

- 1963 – 1976 Zöllner, Niebüll
- 1976 – 1991 Paulsen, Rendsburg
- 1991 – Peters, Husum

Verfassung

Die Organe des Landesverbandes sind:
Mitgliederversammlung
Vorstand

- Geschäftsführer
- 1948 – 1950 Cousin, Hamburg
 - 1950 – 1963 Zöllner, Niebüll
 - 1963 – 1976 Paulsen Rendsburg
 - 1976 – 1985 Huuck, Bordesholm
 - 1985 – Tabken, Bad Oldesloe

Bezirksgruppen

Hamburg, Heide, Husum Itzehoe, Kiel, Lübeck, Rendsburg, Schleswig

- Kassenverwalter/Schatzmeister
- 1948 – 1950 Jungclaus, Hamburg
 - 1950 – 1956 Stürtz, Rendsburg
 - 1956 – 1970 Otterbach, Flensburg
 - 1970 – 1988 Vollert, Rendsburg
 - 1988 – 2003 Peters, Borsfleth
 - 2003 – Aha, Hamburg

Vorstand

1947: Gründungsvorstand
Cousin (Vorsitz)
Holtschmidt
Wilhelmer (aus Hamburg)
Schmidt
Zöllner (aus Schleswig-Holstein)

- Referent/Obmann für Fortbildung
- 1956 – 1959 Dr. Vinck, Kiel
 - 1959 – 1963 Dr. Zitscher, Heide
 - 1963 – 1965 Dr. Petersen, Kiel
 - 1965 – 1970 Dr. Zitscher, Kiel
 - 1970 – 1979 Dr. Gäbler, Molfsee
 - 1979 – 1981 Eiben, Kiel
 - 1981 – 1982 Dr. Gäbler, Molfsee
 - 1982 – 1991 Schindler, Lübeck
 - 1991 – 1994 Dr. Paulsen, Schleswig
 - 1994 – Dr. Haarhoff, Bad Oldesloe

Vorsitzender

- 1948 – 1949 Prof. Dr. Heiser, Hamburg
- 1949 – 1954 Weinholdt, Kiel
- 1954 – 1970 Suhr Kiel
- 1970 – 1979 Grüttner, Itzehoe
- 1979 – 1991 Dr. Gäbler, Kiel
- 1991 – Steiner, Großbarkau

Stellvertretender Vorsitzender

- 1948 – 1963 Menn, Pinneberg

Referent/Obmann		1988 – 1991	Saggau, Husum
des berufsständischen Ausschusses		1991 – 1995	Söhnholz, Bokhorst
1959 – 1964	Kambek, Husum	1995 – 1999	Sassenhagen, Ahrensböök
1964 – 1976	Schulenburg, Schleswig	1999 – 2003	Krob, Hamburg
1976 – 1988	Nolte, Kremperheide	2003 –	Henle, Bad Oldesloe
1988 –	Losch, Neumünster		
		Obmann/Referent für Ausbildung	
Referent/Obmann für Presse		1985 – 1988	Prof. Bischof, Eckernförde
– 1957	Dr. Vink, Kiel	1988 – 1991	Prof. Dr. Albicker, Eckernförde
1957 – 1970	Dr. Zitscher, Heide		
1970 – 1973	Andresen, Husum	1991 – 1999	Prof. Dr. Drebes, Eckernförde
1973 – 1975	Kylau, Lübeck/Stockelsdorf		
1975 – 1977	Carow, Kiel	1999 –	Prof. Dr. Dieckmann, Eckernförde
1977 – 1988	KlütZ, Bokel/Elmshorn		

Baustellenbesichtigungen des Landesverbandes

- 1990 Beltquerung in Nyborg, kommunale Abwasserbeseitigung und Abfallverwertung in Dänemark
- 1991 Deponie Georgswerder: Absetzteichanlage, Flotationsanlage für Sickerwasser
- 1992 Küstenschutz auf dem Fischland, Darß und Zingst, Bundeskongress in Rostock
- 1993 Maßnahmen der Abwassertechnik und des Küstenschutzes auf der Insel Föhr
- 1994 METHA und SARA in Hamburg (Aufbereitung von Hafenschlick und Reinigung von Spülfeldablaufwasser)
- 1995 Kläranlagen – Betreibermodelle an den Beispielen Ahrensburg und Bargtheide
- 1999 Die 4. Elbtunnelröhre in Hamburg
- 2000 Autobahnkreuz im Norden: A1/A20
- 2002 Küstenschutz: Maßnahmen im Neufelder Koog
- 2002 Air-Bus – Baustelle „Mühlenberger Loch“
- 2003 Air-Bus – Baustelle, Hochbau und Regenwasserbeseitigung

Jahresversammlungen mit Fachtagungen

- 1990 Meldorf: Sonderabfallentsorgung – Strategien in der Abfallwirtschaft
- 1991 Husum: Klima und Küste
- 1992 Rendsburg: Landwirtschaft und Umweltschutz
- 1993 Itzehoe: Die Elbe – ökologische und ökonomische Entwicklung unter neuen Vorzeichen
- 1994 Travemünde Die Ostsee – Lebensraum im Wandel
- 1995 Schleswig: Abfall – von Haithabu bis heute
- 1996: Dersau: Gewässerschutz als private und öffentliche Initiative
- 1997: Hamburg: Bundeskongress – Elbe – Strom mit Zukunft
- 1998: Meldorf: Investitionsförderung und Zukunftssicherung an der Westküste
- 1999: Husum: Küstenschutz im Spannungsfeld zwischen Tourismus und Naturschutz
- 2000: Rendsburg: Gewässerschutz zwischen Wunsch und Wirklichkeit
- 2001: Itzehoe: Gewässerentwicklung im Einzugsgebiet der Stör
- 2002: Travemünde: Kontinuität der Wasserwirtschaft in Schleswig-Holstein im Licht der EU- Wasserrahmenrichtlinie
- 2003 Landwirtschaft und Gewässerschutz
- 2004 Kreislaufwirtschaft contra Bodenschutz?

BWK-Landesverband Thüringen e. V.

Gründung: 3.5.1990

Mitglieder am 1. Januar 2004: 74

Verfassung

Die Organe des Landesverbandes sind:

Mitgliederversammlung

Vorstand

Bezirksgruppen

keine

Vorstand

Geschäftsführender Landesvorstand

Vorsitzender

1990 – 1995 Jochen Düber, Weimar

1995 – 2001 Gunnar Kämmer, Erfurt
(† 2003)

2001 – Dr. Konrad Thürmer, Weimar

Stellvertretender Vorsitzender

1990 – 1995 Gunnar Kämmer, Erfurt
(† 2003)1995 – 2003 Barbara Mittelstädt,
Wutha-Farnroda

2003 – Helmut Teltscher, Erfurt

Geschäftsführer

1990 – 1995 Bernd Graf, Gotha

1995 – 2000 Dr. Wolfram Thiele, Erfurt

2000 – 2001 Dr. Konrad Thürmer, Weimar

2001 –

Matthias Neff, Jena

Schatzmeister

1990 –

Sonnhard Lehmann, Erfurt

Referent für berufsständige Fragen

1990 – 2000

Heinz, Erfurt

Referent für Fortbildung

1990 – 1995

Gunnar Kämmer, Erfurt
(† 2003)

1995 – 2003

Barbara Mittelstädt,
Wutha-Farnroda

Referent für Öffentlichkeitsarbeit

1990 – 1995

Gunnar Kämmer, Erfurt
(† 2003)

Beisitzer

2000 – 2001

Matthias Neff, Jena

2002 – 2003

Helmut Teltscher, Erfurt

2002 –

Karl-Heinz Czerner, Erfurt

Ausrichtung des 42. BWK Bundeskongress 1991
nach Gründung

Große Exkursionen

1991 Belgien

1993 Ungarn

1995 Ostsee

1997 Frankreich

1999 Schweiz

3. Vorgängerorganisationen des BWK 1904 – 1945

Name des Verbandes

1904 – 1911

Verein Preußischer Meliorationstechniker

1911 – 1919

Verband Preußischer Meliorationstechniker

1919 – 1938

Verband Deutscher Kulturtechniker (VDK)

1938 – 1945

Reichsverband Deutscher Ingenieure für Wasserwirtschaft und Kulturtechnik e. V. im „Arbeitskreis Wasserwirtschaft“ innerhalb der Fachgruppe Bauwesen e. V. im NS-Bund Deutscher Technik (NSBDT)

Vorsitzender

1904 – 1910

Bäumer, Münster

1910 – 1919

Steinseifer, Bonn

1919 – 1920

Daub, Potsdam

1920 – 1921

Schumacher, Celle

1921 – 1927

Ernst, Fulda

1927 – 1933

Schönfelder, Lüneburg

1933 – 1935

Henrich, Berlin

1935 – 1940

Faltin, Berlin

1940 – 1941

Janssen, Berlin

1941 – 1945

Leiter des „Arbeitskreises
Wasserwirtschaft“
Dr. Schiller, Berlin

Verbandszeitschrift

1908 – 1919

Der Meliorationstechniker

1919 – 1932

Zeitschrift des Verbandes Deutscher Kulturtechniker

1932 – 1939

Deutsche Landeskulturzeitung (Ausgabe B) Zugleich Mitteilungsblatt der „Deutschen Landeskultur-Arbeitsgemeinschaft (Dela)“, wozu u. a. der Fachverein der höheren Kulturbaubeamten (FhK) und der Verband Deutscher Kulturtechniker (VDK) zählen

1939 – 1943

Deutsche Wasserwirtschaft

U. a. Organ des Reichsverbandes Deutscher Ingenieure für Wasserwirtschaft und Kulturtechnik (VDK). Bis April 1943 nur noch Veröffentlichungen der Fachgruppe Bauwesen

4. Träger des Ferdinand-Schweicher-Preises bis 1998

1970 Herr Regierungsdirektor Dipl.-Ang. *Heinrich Crome*, Hannover, für seinen Beitrag „Kybernetik – Grundlage für die elektronische Datenverarbeitung und Informationstechnik“ (11/ 1970, S. 313) und Herr Dr.-Ing. *Gerd Lange*, Beratender Ingenieur, Bremen, für seinen Beitrag „Die Bestimmung des Dränabstandes bei Bodenvernässungen durch gespanntes Grundwasser“ (11/1970, S. 318)

1971 Herr Dipl.-Ing. *Peter Schreiber*, Hannover, für seine Arbeit über „Die Anwendung von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen in der Wasserwirtschaft – Kosten-Nutzen-Analysen“ (12/ 1971, S. 335)

1972 Herr Baudirektor Dr.-Ing. *Karl Theodor Rager*, München, für seinen Beitrag „Die Beseitigung der Exkremate ans Massentierhaltungen als wasserwirtschaftliches Problem“ (5/1972, S. 131)

- 1973 Herr Ministerialrat *Dietrich Engelhardt*, Wittlaer, für seinen Beitrag „Kritische Bemerkungen zur Abwasserabgabe“ (3/1973, S. 53)
- 1974 Herr Ing. agr. *Arnold von Hirschheydt*, Dübendorf (Schweiz), für seinen Beitrag „Zur Trocknung von Gülle mittels biogen freigesetzter Wärme“ (8/1974, S. 227)
- 1975 Herr Dipl.-Ing. *Günter Klingebiel*, Siegen, für seinen Beitrag „Kunststofffolien als Dichtungselement in Trinkwasserbehältern des Wasserverbandes Siegerland“ (10/1975, S. 253)
- 1977 Frau Dipl.-Ing. *Magdalene Lippert*, Albachten, für ihren Beitrag „Der Einfluss des Bodenbewuchses auf die Grundwasserneubildung, aufgezeigt am Beispiel der Großlysimeteranlage St. Arnold/Rheine“ (1 / 1976, S. 7)
- 1978 Herr Dr. Ang. *Uwe Andreas Hansen*, Heide, für seinen Beitrag „Der Brandungsstau als Teil des Bemessungswasserstandes“ (1/1977, S. 31)
- 1979 Herr Dr. rer. nat. *Joachim Knie*, Krefeld, für seinen Beitrag „Der Dynamische Daphnientest, ein automatischer Biomonitor zur Überwachung von Gewässern und Abwässern“ (12/ 1978, S. 310)
- 1980 Herr Dr. rer. nat. Dipl.-Ing. *Hans-Jürgen Gäbler*, Kiel, für seinen Beitrag „Die Gewässer in der Kulturlandschaft“ (1/1979, S. 4)
- 1981 Herr Dr. phil. *Albrecht Otto*, Koblenz, für seinen Beitrag „Gewässerbelastung durch Land- und Forstwirtschaft“ (1/1980, S. 26)
- 1982 Herr Regierungsbauassessor *Hans Joachim Caspary*, Karlsruhe, für seinen Beitrag „Hydraulischer Kurzschluss beim Betrieb von Grundwasser Wärmepumpen“ (4/1981, S. 166)
- 1983 Herr Baudirektor *Hans Trögl*, Weißenburg, für seinen Beitrag „Das Ausgleichbecken Altmühltal – ein Beispiel der Zusammenarbeit von Wasserwirtschaft und Naturschutz“ (10/1982, S. 432)
- 1984 Herr Oberregierungsrat Dr.-Ing. *Eiko Lübbe*, Bonn, für seinen Beitrag „Einfluss der Landwirtschaft auf die Grundwassergüte“ (3/1984, S. 92)
- 1985 Herr Baudirektor Dipl.-Ing. *Heie F. Erchinger*, Norden, für seinen Beitrag „Außentieferräumung durch vollautomatisches Spülsiel in Neßmersiel Spülbecken als Vogelrast- und -brutgebiet“ (8/1984, S. 392)
- 1986 Herr Ministerialrat Dr.-Ing. *Gerd Staschen*, Hannover, für seinen Beitrag „Schadstoffe in Luft und Niederschlägen – eine Gefahr für unsere Gewässer?“ (3/1986, S. 133)
- 1987 Herr Oberregierungsrat Dr. rer. nat. *Walter Stork*, Düsseldorf, für seinen Beitrag „Untertagedeponien in Nordrhein-Westfalen“ (4/1987, S. 175)
- 1988 Herr Dr. rer. nat. *Volkert Dethlefsen*, Cuxhaven, für seinen Beitrag „Quellen und Auswirkungen der Schadstoffe in der Nordsee“ (2/1988, S. 75)
- 1989 Herr Ministerialrat *Manfred Kollmann*, Kiel, für seinen Beitrag „Ausgleichszahlungen in Wasserschutzgebieten“ (11/ 1988, S. 636)
- 1990 Herr Dr.-Ing. *Reinhard Dieckmann*, Bremerhaven, für seinen Beitrag „Anmerkungen zum zukünftigen Küstenschutz und Naturschutz aus geomorphologischer Sicht“ (1/1990, S. 44)
- 1991 Herr ir. *Johan Michael Goppel*, Delft (Die Niederlande), für seinen Beitrag „40 Jahre Internationale Kommission zum Schutz des Rheins – es gibt noch viel zu tun“ (5/1991, S. 302)
- 1992 Herr Dr.-Ing. *Johannes Seidel*, Weimar, für seinen Beitrag „40 Jahre Talsperrenbau in der ehemaligen DDR“ (10/1991, S. 612)
- 1993 Herr Dr. *Andreas Jaron*, Königswinter, für seinen Beitrag „Gewässerschutz in der EG-Kommission“ (2/1993, S. 64)

1994 Herr Dipl.-Ing. *Paul Geisenhofer*, München, für seinen Beitrag „Umweltverträglichkeitsprüfung bei wasserwirtschaftlichen Vorhaben in Bayern“ (4/1994, S. 14)

1995 Herr Dipl.-Ing. agr. *Andreas Wolf*, Köln, für seinen Beitrag „Grundwasserschonende Landbewirtschaftung – Erfahrungsbericht aus der Sicht der GEW-Werke Köln AG“

1996 Frau Dipl.-Hydrol. *Christiane Etzenberg* und Herr Dr. rer. nat. *Jörg Walther* für ihren Beitrag „Nitratbelastung des Grundwassers

und landwirtschaftliche Bodennutzung im Raum Meißen“ (10/1995, S. 34)

1997 Herr Dipl.-Ing. *Volker Hoffmann*, Essen, für seinen Beitrag „Abfallmitverbrennung in Kraftwerken – Rechtliche und ökologische Aspekte am Beispiel Klärschlamm“ (9/1997, S. 49)

1998 Herr Dipl.-Ing. *Karl Petersen*, Tönning, für seinen Beitrag „Küstenschutz und Naturschutz im Zielkonflikt – Ist der Küstenschutz am Ende?“ (8/1998, S. 45)

5. Verleihung des BWK-Studienpreises

1994 Herr Dipl.-Ing. *Peter Brautlecht*, für seine Diplomarbeit „Aspekte der Abwasserbeseitigung in Kläranlagen unter besonderer Berücksichtigung der Fäkalschlamm Entsorgung“

1995 Herr Dipl.-Ing. *Carsten Cuhls*, für seine Diplomarbeit „Shredderrückstände aus der Alttautoverwertung – Stoffeigenschaften, biochemische und chemisch-physikalische Stoffumwandlungen“

1996 Frau cand.-ing. *Tarja Bauer*, für ihre Diplomarbeit „In-situ-Aufbereitung von Grundwasser mit erhöhten Eisen-, Mangan- und Arsengehalten“

1997 Frau Dipl.-Ing. *Elke Petersson*, für ihre Diplomarbeit „Planung und Entwurf eines Bewässerungsspeichers in Äthiopien“

Inserentenverzeichnis

Björnsen Beratende Ingenieure GmbH	21
Dahlem Beratende Ingenieure GmbH Co. Wasserwirtschaft KG	41
Frilling Ingenieurbüro	25
Hydrotec, Ingenieurgesellschaft für Wasser und Umwelt mbH	2. US
Friedrich Köster GmbH & Co. KG	28
KSB Aktiengesellschaft	17
Naue Fasertechnik GmbH & Co. KG	33
Steinzeug Abwassersysteme GmbH	28, 41
Thalen Consult GmbH	20
Vieweg Verlag, GWV Fachverlage GmbH	3. US



BWK

die Umweltingenieure

Bundesgeschäftsstelle:

Salzstraße 1

21335 Lüneburg

Tel.: +49 4131 2063980

Internet: www.bwk-bund.de

E-Mail: info@bwk-bund.de

